

UTOPIE kreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

158 · Dezember 2003

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz 1075

Essay

JÖRG ROESLER

»Wie hältst Du es mit der Region?«

Linke Regionalparteien im westlichen Europa –
Erfahrungen für die PDS?

1077

Gesellschaft – Analyse & Alternativen

GRETCHEN BINUS

Monopolistisches Eigentum. Aktuelle Trends

1087

IRENE GALLINGE

Insolvenzen in neuen Dimensionen

1096

Mitbestimmung und Haushalt

UBIRATÁN DE SOUZA

Die Partizipative Haushaltsführung
im Bundesstaat Rio Grande do Sul (Brasilien)

1107

FRANCISCO DE OLIVEIRA

São Paulo als »Lackmustest«
der Partizipativen Haushaltsführung

1117

KLAUS-RAINER RUPP

Beteiligungshaushalt als linke Alternative
zur »Bürgerkommune«

1126

Grenzen der Privatisierung

MARIO CANDEIAS

»Das eine tun, das andere nicht lassen«.
Öffentliche Güter und soziale Rechte

1132

Standorte

HALINA BENDKOWSKI
Jenseits von EMMA. Oder: Wie werden das Wissen und
die Diskussionen des Feminismuserinnert und befördert? 1144

THOMAS MÖBIUS
Facetten der Politik des »Neuen Menschen«
in Sowjetrußland 1147

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 1152

Bücher & Zeitschriften

Detlef Nakath: Deutsch-deutsche Grundlagen.
Zur Geschichte der politischen und wirtschaftlichen
Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik
in den Jahren von 1969 bis 1982
(STEFAN BOLLINGER) 1154

Alexandra Kollontai: Mein Leben in der Diplomatie.
Aufzeichnungen aus den Jahren 1922 bis 1945
(HELLA HERTZFELDT) 1155

Ernst Zeno Ichenhäuser:
Wenn möglich – ehrlich. Lebensbericht von einem,
der auszog, Revolution zu machen
(MARIO KESSLER) 1157

Franz J. Hinkelammert, Henry M. Mora:
Coordinacion social del trabajo,
mercado y reproducción de la vida humana
(VICTORIA KENDLER) 1159

Günter Manz:
Aufstieg und Fall des Landes DDR –
Erinnerungen & Ansichten
(ANJA LAABS) 1161

Arne Heise:
Dreiste Elite – Zur Politischen Ökonomie
der Modernisierung
(FABIO DE MASI) 1162

Erich Mühsam:
Unpolitische Erinnerungen.
Peter A. Kropotkin:
Memoiren eines Revolutionärs, Band I und II
Neue Übersetzung aus dem Englischen
(JÖRN SCHÜTRUMPF) 1163

Summaries 1166

An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 1168

VorSatz

Die Frage steht schon lange im Raum, und viele Ideen sind geboren worden, wie sie zu beantworten sein könnte, aber zäh, sehr zäh gestaltet sich der Weg hin zu praktikablen Lösungen. Gemeint ist die Frage nach dem Dritten: nach dem Weg nicht nur jenseits der Diktatur, sondern auch jenseits einer parlamentarischen Demokratie, die ermüdet und ausgelaugt ist, ganze Weltteile »vergift« und selbst in ihren Hochburgen kaum noch Mehrheiten zur Teilnahme ermutigt.

Seit dem Beginn der neunziger Jahre dringt aus dem brasilianischen Porto Alegre das Signal vom »Beteiligungshaushalt« auch nach Europa herüber. Ein Signal – und nicht mehr? Im Januar 2003 ist das Weltsozialforum in eben diesem Porto Alegre zu Gast gewesen und hat aus dem Signal einen Fanfarenstoß gemacht. Der war noch nicht laut genug, um schon den Weg durch festgefügte deutsche Rathausmauern finden zu können, aber doch angetan, nicht länger mehr nur bei Attac Gehör zu finden und bei anderen Bewegungen, sondern auch in manchem Gewerkschafts- oder demokratisch-sozialistischen Parteibüro. Und auf der Straße natürlich – denn es war doch unübersehbar, daß die 100 000 Demonstrantinnen und Demonstranten in Berlin am 1. November in ihrem friedlichen und phantasievollen Protest ein wenig Porto Alegre in sich trugen. Also: neue Lust auf Einmischung und Veränderung!

Aber wie seltsam vereinzelt und unentschlossen gestaltet sich das alles in diesem noch immer vereinigungsranken und zugleich von Tag zu Tag mehr in der Globalisierungsfalle sich verfangenden Deutschland. Da tragen 100 000 Leute aus Ost und West ihre Unzufriedenheit mit der Agenda 2010 der Bundesregierung und mit dem gebetsmühlenartig auf sie einprasselnden Gerede von der Alternativlosigkeit dieses Raubzugs gegen den Sozialstaat auf die Straße – aber die, die sie dazu aufgerufen haben, können sich nicht darauf verständigen, eine Brücke zu bauen hinein in den parlamentarischen Raum, auf daß dort die Wände widerhallen vom Protest. Für einen Moment hatte ich auf dem Berliner Gendarmenmarkt die Vision, es müsse einen Auftrag geben der versammelten Menge an Gesine Löttsch und Petra Pau – die beiden direkt gewählten, aber fraktionslosen PDSlerinnen im Bundestag – dergestalt, daß sie den berühmten Satz des Römers Cato doch abwandeln mögen in ein vor jede ihrer Reden gestelltes »Im Übrigen haben uns 100 000 Menschen beauftragt, hier kund zu tun, daß die Agenda 2010 abgeschafft gehört!« Mehr als diese beiden Frauen sind doch an linker Opposition in diesem Parlament nicht geblieben – warum also Platz und ihre Kraft nicht nutzen und stärken? Und die der mitdemonstrierenden dreiköpfigen PDS-Ministerriege aus Mecklenburg-Vorpommern gleich mit?

Warum dieses Verschenken der Möglichkeiten?

Und seltsam, sehr seltsam handeln auch Deutschlands Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Ein paar Tage nach dem Protest der 100 000 hißten sie leere Stadtsäcke zum Protest gegen das finanzielle Ausbluten ihrer Kommunen. Aber einsam taten sie das – ganz so, als sei das Übel nur das ihres Amtes und nichts sonst. Warum holte niemand von ihnen die Bevölkerung herbei zum gemeinsamen Aufschrei? Wo doch kein Zweifel mehr daran sein kann, daß die Umverteilung von unten nach oben die Kommunen »da unten« genauso wie die Leute »da unten« trifft – und »unten« also viel mehr sich befinden als nur die, die gemeinhin das Prädikat »sozial schwach« zugeschrieben bekommen?

Wann also wird es geschehen, daß die »sozial schwache« Kommune und die »sozial schwachen« Menschen gemeinsam aufbegehren gegen den Raubzug der – was für ein Widersinn im Worte! – »sozial Starken«? Wann hängt am Rathaus das Plakat »Kommt alle mit – zum Protest in Berlin«, und wann marschieren Bürgermeisterin und Bürgermeister an der Spitze? Womit sie dann auch die DGB- und Sozialverbands-Oberen düpierten würden, die im Frühjahr einen »heißen Herbst« voraussagten und jetzt keinen Fuß mehr vor die Türe setzen. Wann also findet der Protest heraus aus den Niederungen von Parteidisziplin und Verbändeklüngel, von Eifersüchteleien und kleinlichen Vereinnahmungsängsten? Und die PDS in Gänze – und auch in Berlin – eine klare und gemeinsame Stimme zu all dem?

Die Aufsätze zweier Mitarchitekten des brasilianischen »Beteiligungshaushaltes«, mit denen »UTOPIE kreativ« in diesem Heft – angestoßen durch eine Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung vom November 2002 – den Abdruck einer Folge von Beiträgen zu diesem Thema beginnt, beschreiben einen Prozeß des konstruktiven Aufbrechens überkommener Strukturen, des ungeheuren Lernens einiger zehntausend Menschen im Praxis-Fach »direktes Mitgestalten« und machen zweierlei ganz deutlich: erstens, daß es mit dieser Form der direkten Demokratie nicht um eine Ersetzung der parlamentarischen Demokratie geht, sondern um deren Erweiterung und Bereicherung; und zweitens, daß Porto Alegre nicht als »Modell« im Sinne von »einfach nachmachen« mißverstanden werden sollte.

Aber es ist eine Herausforderung, die mit demokratischem Sozialismus zu tun hat. Wieder einmal – wie schon die Politik der Regierung des Salvador Allende in Chile 1970-1973 – aus Lateinamerika kommend. Projekte solchen demokratischen Sozialismus' – des so nötigen »Dritten« also – brauchen Hartnäckigkeit. Sie brauchen einen langen Atem, Geduld, politischen Willen und Willen zur Politik, und sie brauchen die Kraft der Mitgestaltung von unten.

Wenn dieses Heft von »UTOPIE kreativ« auf dem Tisch liegt, gibt es die Erfahrung des Europäischen Sozialforums in Paris. Wir werden genauer wissen, wie sie sich anhört – die europäische Klangfarbe des Fanfarenstoßes von Porto Alegre. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung gehört mit Seminaren und Rednerinnen und Rednern zu den Mitgestaltern dieses Forums. Es ist uns ernst mit der Herausforderung.

WOLFRAM ADOLPHI

JÖRG ROESLER

»Wie hältst Du es mit der Region?«

Linke Regionalparteien im westlichen Europa – Erfahrungen für die PDS?

Konflikte zwischen der Region und dem »Hauptland«, d. h. Konflikte von Minderheiten mit Mehrheiten in einem Staat werden »Dritten«, d. h. der Öffentlichkeit in anderen Ländern in der Regel erst bekannt, wenn sie eskalieren, d. h. die Schwelle der Gewalt überschreiten. Das traf für Jugoslawien Anfang der 90er Jahre genauso zu wie es für Tschetschenien oder das Baskenland bis heute gilt. Die Medien lenken die Aufmerksamkeit in solchen Fällen in der Regel auf rebellierende Gruppierungen. Die Parteienlandschaft der Konflikt-Regionen zu analysieren wird kaum der Mühe für wert gehalten. Im Folgenden soll es um die Rolle linker Parteien in jenen Regionen Europas gehen, in denen sich das Streben der Region nach Eigenständigkeit gegenüber dem »Hauptland«, der Minderheit gegenüber der »Staatsnation«, innerhalb, und nur manchmal auch außerhalb des bestehenden staatlichen Rahmens artikuliert und entfaltet. Der Blick richtet sich damit innerhalb unseres Kontinents also eher auf West- als auf Osteuropa.

Eigenständigkeitsbestrebungen und -erfolge westeuropäischer Regionen

Was die britischen Regionen Schottland, Nordirland (Ulster) und Wales, die französischen Korsika und Iparralde (nördliches Baskenland), die spanischen Regionen Euskadi (südliches Baskenland), Galicien und Katalonien, die Provinz Bozen (Südtirol) in Italien und die Färöer-Inseln als Bestandteil Dänemarks – die Aufzählung ist damit keineswegs abgeschlossen – als Regionen gemeinsam haben, ist der Disput mit dem »Hauptland« über ihre rechtliche, politische und sozioökonomische Interessenvertretung im »Nationalstaat«.

Unterschiedlich ist das Ausmaß gesonderter politischer Institutionen, über das die Regionen verfügen. Während Anfang 2003 das schottische Parlament über einen vertraglich abgegrenzten Bereich von Verantwortung gegenüber dem britischen Parlament in Westminster verfügt, bis hin zur (partiellen) Steuerhoheit, hat das walisische keine legislativen Befugnisse und ist das nordirische zur Zeit aufgelöst. Nordirland wird von London aus wieder einmal direkt regiert. Von den aufgeführten spanischen Regionen erfreut sich Euskadi (zumindest auf dem Papier) größerer Selbständigkeit als Katalonien (das auf dem Papier weniger, aber in der Realität mehr Rechte hat)¹ oder Galicien. Iparralde bemüht sich seit drei Jahrzehnten um den Status eines eigenen Departements innerhalb Frankreichs (mit Bayonne als Hauptstadt); bisher ohne Erfolg. Korsika

Jörg Roesler – Jg. 1940; Prof. Dr., Wirtschaftshistoriker, Mitglied der Leibniz Sozietät; Vorlesungen an der Universität der Künste Berlin; beschäftigt sich mit vergleichender Vereinigungsgeschichte. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Ein Gespenst verschwand in Europa, Heft 121/122 (November/Dezember 2000).

1 Jörg Roesler: Der Anschluss von Staaten in der modernen Geschichte. Eine Untersuchung aus aktuellem Anlass, Frankfurt/Main 1999, S. 375-378.

steht vor einem Referendum, das der Insel innerhalb Frankreichs eine größere Selbständigkeit bringen soll.

Unterschiedlich ist auch die Eingliederung der Regionen in die gesamtstaatliche Verwaltungsstruktur. In Großbritannien stimmen Region und jeweilige Verwaltungseinheit überein, Korsika ist dagegen in zwei Departements aufgeteilt, die Euskadi in drei (wenn man Navarra dazu zählt: vier) Provinzen mit separaten Verwaltungen, die Provinz Bozen (mit eigenen Selbstverwaltungsinstitutionen) ist Teil der italienischen Region Alto-Adige.

Wirtschaftlich sind das spanische Baskenland und Katalonien stärker entwickelt als das »Hauptland«, ebenso die Provinz Bozen gegenüber Gesamtitalien, d. h. das Mezzogiorno eingerechnet. Im Falle der anderen genannten Regionen liegt das wirtschaftliche Niveau z. T. deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Die Wohlstandsunterschiede zwischen Region und »Hauptland« entsprechen weitgehend dem wirtschaftlichen Produktivitätsgefälle.

Da bei der Selbstidentifikation in der Region die Geschichte eine wichtige Rolle spielt, ist noch wichtig zu vermerken, dass einige Regionen einmal politisch unabhängig waren (z. B. Katalonien und Schottland) bzw. einem anderen Staate als dem jetzigen »Hauptland« zugehörten, z. B. die Färöer-Inseln zu Norwegen, Südtirol zu Österreich(-Ungarn) und Korsika zur Republik Genua. Die Anerkennung einer früheren Eigenstaatlichkeit der Region ist zwischen Minderheit und Staatsnation z. T. umstritten, z. B. für das Baskenland und Wales. Die Zugehörigkeitsdauer zum »Hauptland« ist unterschiedlich, zählt aber in der Regel nach Jahrhunderten. Sie beträgt etwa 500 Jahre im Falle von Wales und Katalonien, fast 300 im Falle von Schottland, 250 Jahre für Korsika und über 90 Jahre für Südtirol.

Neben einer eigenen Geschichte ist auch die eigene Sprache Identifikationsmerkmal für die Region, allerdings in geringerem Maße als gewöhnlich angenommen. Nicht Schottisch oder Irisch sind ganz überwiegend die Muttersprachen in Schottland oder Nordirland, sondern Englisch und diese Sprache dominiert auch in Wales. In der Euskadi ist Spanisch (Kastilisch) unter der Bevölkerung weit verbreitet. Nur in einem Teil der genannten Regionen dominiert die Regionalsprache als Muttersprache gegenüber der Sprache des »Hauptlandes« eindeutig wie auf den Färöer-Inseln, auf Korsika, in Katalonien, Galicien und in Bozen-Südtirol.

Was alle diese Regionen trotz ihrer Unterschiede im Verhältnis zum »Hauptland« bzw. zur »Staatsnation« eint, ist, wie gesagt, ihr Wille, die Entwicklung ihres Landesteils eigenverantwortlich mitzugestalten (gegebenenfalls auch ganz ohne Beeinflussung durch die »Staatsnation« zu gestalten).

Vertretung der Eigeninteressen und politische Parteien in westeuropäischen Regionen

Alle genannten Regionen befinden sich heute innerhalb parlamentarischer Demokratien und sind, soweit das ihnen durch ihre jeweilige Zentralregierung zugestanden wurde, selbst demokratisch organisiert. Über Selbstverwaltungsinstitutionen verfügen (mit Ausnahme von Iparralde) heute alle genannten Regionen. Damit ist eine wich-

tige Voraussetzung für die legale politische Willensbildung gegeben. Regionale Parlamente bzw. Regierungen sind jedoch auch in Westeuropa erst das Ergebnis einer Entwicklung der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Färöer erhielten 1948 ihre Selbstverwaltungsorgane von Kopenhagen (wieder) zurück. Das auch von den Südtirolern akzeptierte Autonomiestatut datiert aus dem Jahre 1972. Für die spanischen Regionen wurde der Schritt zur Selbstverwaltung erst nach der Franco-Diktatur Ende der 70er Jahre eingeschlagen. England und Wales hatten bis 1999 zu warten, bevor sie eigene Parlamente (im Falle Schottlands auch eine eigene Regierung) erhielten. Für Korsika ist ein Regionalrat, der die Befugnis haben soll, französische Gesetze für Korsika abzuändern, seit 1998 im Gespräch. Für Iparralde gibt es noch keine derartigen Verhandlungen.

Zu den Wahlen für die Legislativorgane der Regionen treten in der Regel alle Parteien des »Hauptlandes« an² zusätzlich zu den eigentlichen Regionalparteien. Die »Hauptlandparteien« versuchen, sich auch als Interessenvertreter der Wählerschaft in der Region zu profilieren. Ihr Vorteil gegenüber den Regionalparteien war stets, dass ihre Vertreter auch die Zentralregierung stellten oder doch die wichtigste Oppositionspartei im Lande. Sie operieren gegenüber den Wählern der Region damit, dass sie an oder doch näher an den Hebeln der Macht seien als die Regionalparteien und daher für die Bevölkerung der Region eher als jene zumindest die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Anliegen der Regionalbevölkerung vertreten könnten als die örtlichen politischen Gruppierungen. Die geschilderte Rolle hat in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Wales und Schottland, in denen die »alten« Industrien dominierten, die Labour Party gespielt. Sie war und ist bis heute auch die stärkste Partei im Regionalparlament von Edinburgh und der legislativen Vertretung von Wales in Cardiff.

Die Regionalparteien, die für eine eigenständige Entwicklung ihrer Region eintreten, entstanden in der Regel nicht erst mit den regionalen Parlamenten. Sie haben vielmehr für deren Errichtung oftmals jahrzehntelang gekämpft. Grundsätzlich handelt es sich um zwei Typen von regionalen Parteien. Erstens um »Einheitsparteien« oder »Volksparteien«, deren ernsthafte Konkurrenten bei Regionalwahlen nur die »Hauptlandparteien« sind. Der »Vorzeigefall« einer Regionalpartei, die mehr oder minder alle Schichten der an der Stärkung der Rechte der Region interessierten Wähler vereint, ist die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gegründete Südtiroler Volkspartei. Aber auch in Schottland und Wales haben sich die für eine stärkere Selbständigkeit optierenden Wähler vor allem für eine Partei, die Scottish Nationalist Party (SNP) bzw. die Plaid Cymru (Walisische Nationalpartei) entschieden.³ In anderen Regionen hat es nur zeitweilige oder lockere Bündnisse aller Regionalparteien (gegen die »Hauptlandparteien«) gegeben, z. B. die »Indipendenza« auf Korsika.

Die »Volksparteien« versuchen, alle politischen Richtungen innerhalb der Region von rechts bis links in sich zu vereinigen, wobei die Klammer das gemeinsame regionale Eigeninteresse ist, das es gegenüber dem »Hauptland« durchzusetzen bzw. zu verteidigen gilt. Der Anteil der jeweiligen »Einheitspartei« der Region lag unter-

2 Eine gewisse Ausnahme bilden Ulster und Färöer.

3 Vgl. Sabine Heinz: Devolution – die vorsichtige Lockerung walisisch-englischer Bindungen bis 1997, in: Europa und seine regionalen Konflikte. Ursachen – Entwicklungen – Lösungen. 6 Fallbeispiele (Pankower Vorträge 49/2003, S. 47-53).

4 Michael Keating: The New Regionalism in Western Europe, Cheltenham 1998, p. 97.

schiedlich hoch. Im Falle der Südtiroler Volkspartei waren es bei den Wahlen von 1978 61 Prozent, 1988 60 Prozent, 1993 52 Prozent und 1998 57 Prozent. Die SNP dagegen konnte stets nur eine Minderheit der Wähler Schottlands für sich gewinnen: 11 Prozent 1970, 30 Prozent 1974, 17 Prozent 1978, 22 Prozent im Jahre 1992.⁴

In allen anderen der genannten Regionen bewerben sich zwei oder mehrere Regionalparteien um die Gunst der eine größere Eigenverantwortung der Region unterstützenden Wähler. In diesen Regionen, wie z. B. Katalonien, konkurrieren vom politischen Spektrum her Parteien sowohl der Rechten und der Mitte, die mit Blick auf ihre Klientel für eine größere Eigenverantwortung der Region eintreten, als auch – und das mag für deutsche Linke überraschend sein – Linksparteien.

Die Gemeinsamkeit von regionalen/nationalen und sozialen Zielstellungen bei linken Regionalparteien in Westeuropa

Die in Bezug auf die Selbstbestimmung für die Färinger konsequenteste Partei unter den Regionalparteien der Färöer ist die Republikanische Partei unter Högni Hovdal. Sie gilt als links orientiert. Hovdal hat in einem 2001 dem »Neuen Deutschland« gegebenen Interview als weitere Ziele seiner Partei »lokale Demokratie und Abrüstung« bezeichnet.

»Die neoliberale Deregulierung ist keine taugliche Strategie für die Lösung sozialer Großprobleme in Ostdeutschland.« (Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, Programmentwurf, Pkt 8, Ostdeutschland, in: Presse-dienst PDS 9/2003, S. 24)

Wirtschaftspolitisch hat die Partei, die sich in den Wahlen vom Mai 2002 zur zweitstärksten politischen Gruppierung der Region entwickelt hat, sich eindeutig gegen den Neoliberalismus positioniert. So lehnt sie die Privatisierung von Staatseigentum ab und will die Mitbestimmung der Gewerkschaften und der Fischer im wichtigsten Wirtschaftszweig, der Fischerei, staatlich garantieren.

Auf Korsika sind die »legalen Autonomisten«, die seit August 2001 in der »Indipendenza« mit anderen Regionalparteien zusammenarbeiten, mit 8 Abgeordneten in der korsischen Regionalvertretung präsent.

In Schottland wurde der bei den Parlamentswahlen Anfang Mai 2003 erreichte Prozentsatz von 7,5 Prozent für die Scottish Socialist Party als sensationell empfunden (ND vom 3. - 4. 5. 03).

In Ulster erreichte die Sinn Féin im Jahre 2001 17 Prozent der Wählerschaft. Die jenseits der irischen Insel mehr wegen ihrer nationalistischen Forderungen bekannte Partei gilt als »linksorientiert und republikanisch«. Sie ist in Nordirland wie in der Republik Irland präsent und hat sich 2002 als Partei der sozialen Verlierer des EU-Beitritts profilieren können.

Weitaus stärker linksorientiert als die genannten Regionalparteien ist die Partei der baskischen Volkseinheit (Herri Batasuna bzw. Batasuna, HB bzw. B). Seit ihrer Gründung 1978 und bis zu ihrem Verbot im März 2003 erhielt sie zwischen 16,3 Prozent (1994), 18 Prozent (1998) und 10 Prozent (2001) aller Stimmen in den drei baskischen Provinzen und etwa 10 Prozent im benachbarten Navarra. Die Batasuna konkurriert als Regionalpartei vor allem mit der »bürgerlichen« PNV (Baskische Nationalpartei). Batasuna strebt als Maximalziel auf politischem Gebiet ein unabhängiges Baskenland innerhalb der Europäischen Union an. Auf sozialem Gebiet ging es der HB/B vor allem um die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbe-

dingungen der baskischen Arbeiterschaft. Die Maximalforderung auf sozialem Gebiet ist seit der Gründung der HB/B ein sozialistisches Baskenland.⁵

Für die gleichzeitige Verfolgung von regionalen Zielen (stärkere Vertretung der regionalen Eigeninteressen, Ausbau der Eigenständigkeit bis hin zur Selbständigkeit) und sozialen Zielen sprechen bei den Linken bzw. links orientierten Parteien auf Färöer, in Nordirland, im Baskenland usw. nicht nur historische Gründe, sondern – unter den Bedingungen der Vorherrschaft einer neoliberalen Wirtschaftspolitik innerhalb der westeuropäischen Staaten und in der Europäischen Union – auch wirtschaftliche und soziale: Die Verbesserung der sozialen Bedingungen der Arbeiterschaft bzw. der gesamten Bevölkerung der (zurückgebliebenen) Region ist ohne eine minimal keynesianistisch-staatsinterventionistische, maximal auch durch staatliche Planungen zur Angleichung des Wirtschaftsniveaus der Regionen an das ökonomische und soziale Niveau des »Hauptlandes« gekennzeichnete Ordnungspolitik nicht zu verwirklichen. Mehr noch: Je stärker die Wirtschaft durch Rückzug des Staates »dem Wirken der Marktgesetze« überlassen wird, desto größer ist die Gefahr für die in ihrer Mehrheit unterdurchschnittlich entwickelten Regionen Westeuropas, dass die durch eine neoliberale Wirtschaftspolitik bewirkte soziale Polarisierung zu weiterem Zurückbleiben der Region und zur Abwanderung der jüngeren und aktiveren Teile seiner Bevölkerung führt. Am ausgeprägtesten ist diese Gefahr bisher im französischen Baskenland. Regionalpolitik müsste daher, zumindest in jenen Fällen, wo die Regionen wirtschaftlich benachteiligt sind, fast selbstverständlich Angelegenheit der Linken sein. Auch die behandelten regionalen »Volksparteien« zeigen sich gegenüber Staatsintervention in der Wirtschaft in der Regel aufgeschlossener als die regierenden konservativen oder sozialdemokratischen Parteien des »Hauptlandes«.

Eine regionalpolitische Sicht auf die PDS

Die PDS ist als Nachfolgepartei der SED gegründet worden. Ihre Führer haben sie, nachdem die DDR aufgehört hatte zu existieren, als gesamtdeutsche Partei links von der SPD bundesweit zu etablieren versucht. Wie weit links sie von der SPD sein sollte bzw., wie weit sie programmatisch und praktisch mit der SPD gehen sollte, darüber entbrannte innerhalb der PDS spätestens, nachdem sie den »Vereinigungsschock« überstanden hatte, ein lebhafter, zuweilen auch stürmisch geführter Meinungsstreit, der bis heute nicht beendet ist und auch die Auseinandersetzung um das zweite Parteiprogramm prägt. Es kann nicht Angelegenheit dieses Beitrages sein, die unterschiedlichen Auffassungen, die in zahlreichen Veröffentlichungen und auch Minderheitenvoten der PDS-Programmkommission ihren Niederschlag gefunden haben, zu kommentieren. Hier soll lediglich darauf aufmerksam gemacht werden, was im Meinungsstreit der PDS-Fraktionen bisher völlig unterbelichtet blieb: das Regionale. Konsequente Kritik daran ist bisher nur vom »Parteivolk« in Leserbriefen geübt worden, von denen stellvertretend einer hier zitiert sein soll: »Die PDS«, so eine Leserschrift ans »Neue Deutschland« vom 3. 1. 2003, »vermeidet geflissentlich, fast panisch, jeden

5 Michael Kasper: Baskische Geschichte in Grundzügen, Darmstadt 1997, S. 197.

»Die Ungleichbezahlung von gleicher Leistung ist die eigentliche Ost-Entvölkerungsprämie, die Deutschland kaputtmacht – nach und neben und in Wechselwirkung mit der Deindustrialisierung des Ostens.« (Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, Programmentwurf, Pkt. 8: Ostdeutschland, in: Pressedienst PDS 9/2003, S. 24)

Verdacht aufkommen zu lassen, sie wäre eine Ostpartei. Aber sie ist eine Ostpartei. Als solche begann sie unter sehr riskanten Umständen sehr erfolgreich. Mit der Zeit wurde sie zur eindeutigen Ostlobby auch für solche Leute im Osten, die nie etwas mit der SED am Hut hatten. Ostdeutschland wird derzeit fast komplett westregiert und bewirtschaftet. Nun ist sich die PDS als Ostlobby zu schade.«

Man kann zu diesem Plädoyer für die »Regionalpartei PDS« unterschiedliche Meinungen haben. Eines aber lässt sich nicht leugnen: Wenn die PDS kritisch zu ihrem historischen Erbe steht, dann muss sie auch bekennen, dass sie die Nachfolge einer Staatspartei angetreten hat, die nur in einem Fünftel Deutschlands regierte. Wenn die PDS historische Wurzeln in der SED hat, dann heißt das vor allem in Teilen der Bevölkerung der ostdeutschen Region.

Die Entwicklung in der Bundesrepublik nach dem Anschluss der DDR 1990 ist u. a. dadurch gekennzeichnet gewesen, dass alle im Bundestag vertretenen Parteien auch Parteien für den Osten sein wollten. Es herrschte die euphorische Auffassung, dass der verwaltungsmäßige und ökonomische Anschluss, das wirtschaftliche und soziale Aufschließen Ostdeutschlands ans westdeutsche Niveau in »historisch kürzester Frist« zu bewältigen sei und dass die Ostdeutschen die durch ihre erzwungene Abkoppelung vom größeren Teil Deutschlands entstandenen kulturellen und mentalen Unterschiede zum »Hauptvolk« rasch ablegen würden. Die PDS-Führung teilte zwar nicht den Optimismus der anderen Parteien, aber auch sie unternahm alle Anstrengungen, sich als gesamtdeutsche Partei zu etablieren – in ihrem Falle durch einen raschen Parteaufbau im Westen. Die Orientierung auf den Gesamtstaat und die Zurückstellung der Region entsprach nicht nur dem Willen der Führung, sondern auch einer linken deutschen Tradition. Die deutsche Linke hatte sich schon immer nicht nur mit der Nation, sondern auch mit der Region (im hier behandelten Sinne) schwer getan.

Die deutsche Sozialdemokratie hatte sich zwar 1871 aus internationalistischer Gesinnung gegen die Annexion Elsass-Lothringens ausgesprochen, wusste aber mit den besonderen Interessen z. B. der Elsässer, die diese im Unterschied zu den übrigen Deutschen im Reich hatten, nicht umzugehen. Obwohl das Reichsland, speziell das Unterelsass, damals zu den industriell entwickeltesten Gebieten des neu geschaffenen Deutschen Reichs gehörte und als konfessionell gemischte Region nicht in den »natürlichen« Einflussbereich der Zentrumspartei fiel, dauerte es bis 1888, bevor das Elsass seinen ersten sozialdemokratischen Vertreter in den Reichstag nach Berlin entsandte. Die Vertretung ihres regionalen Eigeninteresses hatten die Elsässer bzw. Elsass-Lothringen bis dahin und mehrheitlich auch bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges bei parteipolitisch ungebundenen Abgeordneten aus der Region, »den Elsässern« besser aufgehoben gefunden als bei Repräsentanten der »Hauptlandparteien«. Noch 1912 stellten die »Elsässer« 9 von 15 Abgeordneten des Reichslandes im Reichstag.⁶

In der Bundesrepublik wurde ab Mitte der 1990er Jahre deutlich, dass es eine Angleichung des Ostens an den Westen Deutschlands auf ökonomischem und auch sozialem Gebiet in absehbarer Zeit, d. h. innerhalb einer Generationsfolge, nicht geben würde. Die für

»Wer, wenn nicht wir im Osten, sind die, die zur Zeit niemand mehr vertritt. ... Eine PDS-Politik für die jetzt hier im Osten lebenden Menschen würde vorerst völlig genügen und würde die Partei vollständig auslasten.« (Leserzuschrift von Bernd Maywald, ND vom 10. 1. 2003)

»Unser Fehler war es, Ost-Interessen gegen den Westen statt mit dem Westen vertreten zu haben« (Peter Porsch, PDS-Fraktionschef in Sächsischen Landtag gegenüber der in Dresden erscheinenden »Sächsischen Zeitung«, ND vom 31. 12. 02).

6 Georges Cogniot: Kleine wahre Geschichte des elsässischen Volkes, in: Das Elsaß. Geschichte – Kultur – Wirtschaft, Berlin 1958, S. 33.

das Einholen des Westens unerlässlichen höheren Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts in den neuen im Vergleich zu den alten Ländern sanken in der zweiten Hälfte der 90er Jahre auf die Zuwachsraten der alten Bundesländer ab und fielen sogar darunter. Seit der gleichen Zeit kam auch die Angleichung der Löhne kaum mehr voran. Im Bereich der Vermögensentwicklung, dies hat Ulrich Busch in mehreren Arbeiten überzeugend nachgewiesen,⁷ verlief die Entwicklung bereits seit der Vereinigung nicht in Richtung Angleichung sondern Verstärkung der Unterschiede zwischen Ost und West. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre mussten auch die Soziologen erkennen, dass die ostdeutsche Identität, entstanden, wie man zunächst glaubte, nur durch drei Jahrzehnte erzwungener Kontaktlosigkeit und nach 1990 deshalb zum Dahinschmelzen verurteilt, sich nicht verflüchtigte. Selbst der häufige Kontakt mit den Mehrheitsdeutschen aus dem Westen, die nach 1990 in Scharen kamen und die Führungspositionen in Wirtschaft, Verwaltung und Bildung im Osten besetzten, führte nicht dahin, dass die zu DDR-Zeiten entwickelten ostdeutschen mentalen Besonderheiten verschwanden. Eher verfestigten sie sich. Eine tiefgründige Analyse dieser für die Einheit-senthusiasten kritischen Situation verdanken wir Rudolf Woderich.⁸

Seit Ende der 90er Jahre ist ein weiteres Moment des Unterschieds zwischen Ost- und Westdeutschland hinzugetreten: Seitdem hat die Wahrscheinlichkeit zugenommen, dass der Osten unter Beibehaltung der bisherigen Politik (der Kanzler Kohl und Schröder) den Westen kaum noch einholen kann. Damit verbunden ist auch, dass er demographisch schrumpft und die Region durch Verlust des jüngeren und aktiven Teils seiner Bewohner in Zukunft wahrscheinlich noch stärker hinter dem Westen zurückbleiben wird.

Dies ist eine – gegenüber der ersten Hälfte der 90er Jahre – prinzipiell neue Situation. Sie hat jüngst bei einigen PDS-Politikern wie dem Berliner Wirtschaftssenator Harald Wolf zum öffentlichen Nachdenken über eine besondere Wirtschaftsregion Ost geführt.

Not macht kühn. Das galt auch für die westeuropäischen Regionalparteien. Ein deutliches Zurückbleiben gegenüber dem »Hauptland« im sozioökonomischen Bereich hatte im französischen Baskenland zum Entstehen der regionalen Bewegung Iparretarrak geführt, in Schottland zu einem erneuten Stimmenanstieg der Scottish Nationalist Party im Kampf gegen den für das Gebiet jenseits des Tweed nur zerstörerischen Neoliberalismus einer Margareth Thatcher. Korsikas wirtschaftliches Zurückbleiben gegenüber dem französischen Festland ließ die korsische nationale Bewegung und Regionalparteien entstehen.

Der erste die Medien im Osten wie im Westen Deutschlands erreichende Versuch einer Partei in Deutschland, auf die alarmierende wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Ostdeutschland hinzuweisen, wurde vom SPD-Vizepräsidenten und Bundestagsvorsitzenden Wolfgang Thierse Anfang 2002 unternommen, als er verkündete: »Ostdeutschland steht auf der Kippe«. Er konnte sich mit dieser Sicht innerhalb seiner Partei nicht durchsetzen, genauso wenig wie etwa die schottischen und walisischen Labourabgeordneten mit ihren Vorstellungen gegenüber ihren Londoner Parteizentralen in den 70er Jahren. Im Falle von Thierses Vorpreschen haben die Par-

7 Vgl. zum Beispiel Ulrich Busch: Vermögensdifferenzierung und Disparität der Lebensverhältnisse im vereinigten Deutschland, in: Berliner Debatte Initial 5/96, S. 103-119; Ulrich Busch: Eigentumsformation via Vermögenstransfer. Die deutsche Lösung der Eigentumsfrage, in: Hans-Joachim Stadermann, Otto Steiger (Hrsg.): Verpflichtungsökonomik, Eigentum, Freiheit und Haftung in der Geldwirtschaft, Marburg 2001, S. 221-154.

»Die Partei hat versäumt, rechtzeitig auf das neue Selbstbewusstsein der Menschen im Osten zu reagieren. Das schlechte Ergebnis bei der Bundestagswahl ist dafür die Quittung gewesen.« (Die PDS-Vorsitzende Gabi Zimmer am 29. 12. 2002 im Rundfunk.)

8 Rudolf Woderich: Gelebte und inszenierte Identitäten in Ostdeutschland, in: WeltTrends 15/1997, S. 97-98.

»Je länger der Aufholprozess stagniert, desto deutlicher werden sich Abwärtstrends beschleunigen und auch das Erreichte, die teilweise teuer bezahlte Substanz gefährden. Stabilität und Vertrauen werden in die Region nur zurückkehren, wenn verlässliche Rahmenbedingungen geschaffen und Prioritäten bei Zukunftsinvestitionen im Osten gesetzt werden.« (Wolfgang Thierse: Fünf Thesen zur Vorbereitung eines Aktionsprogramms für Ostdeutschland, Berlin 2002, S. 6).

»Es muss klar gesagt werden: Sparen kann man im Fall Ostdeutschlands nur, wenn man in die wirtschaftliche Entwicklung invest-

tiert!« (Wolfgang Thierse. Fünf Thesen zur Vorbereitung eines Aktionsprogramms für Ostdeutschland, Berlin 2002, S. 6.)

»Seit einigen Jahren stagniert der wirtschaftliche Aufholprozess. Wie kann er wieder in Gang kommen: einfache wirtschaftspolitische Antworten lauten: Ostdeutschland muss zu einer arbeits- und tarifrechtlichen Sonderzone werden, das lockt neue Investoren. Oder Ostdeutschland braucht noch mehr Fördermittel ...« (Harald Wolf, seit August 2002 Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen in Berlin, im ND vom 2. 5. 2003)

»Angesichts der bundespolitischen Mehrheitsverhältnisse werden ostdeutsche Anliegen nur dann eine Erfolgsaussicht haben, wenn sie parteiübergreifend als Interessen der östlichen Bundesländer artikuliert werden. Es bieten sich die Felder Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderung, EU-Strukturfonds und Verwaltungsmodernisierung an, um durch gemeinsame Bemühungen aus dem ›Sondergebiet Ost‹ eine ›Modellregion Ost‹ wachsen zu lassen.« (Harald Wolf, ebenda)

»Angesichts des erfolgreichen Westens erscheint der Osten als abgehängt. Ostdeutschland ist aus dieser Sicht kein Land des Übergangs mehr, sondern auf Dauer zweitrangig gestellt. Nachdem sich eine schnelle Angleichung des Ostens an den Westen als Illusion herausgestellt hat, heißt das: Wer bleibt, wird es nicht ohne die eine oder andere Form der Identifikation mit Ostdeutschland tun.« (Wolfgang Thierse: Fünf Thesen

teioberen – offensichtlich aus ordnungspolitischen wie wahltaktischem Kalkül – entschieden, dass Kanzler Gerhard Schröders Politik der »neuen Mitte«, immer deutlicher neoliberal werdend, nicht durch die bei der Verwirklichung von Thierses Forderungen unvermeidlich werdende Stärkung der Rolle des Staates in der Wirtschaft im Osten (und letztlich auch in Gesamtdeutschland) in Frage gestellt werden dürfe.

Damit blieb parteipolitisch der Platz der »Interessenvertretung Ost« Anfang des neuen Jahrzehnts weiter vakant – bzw. durch die PDS bestenfalls halbherzig besetzt. Doch Probleme, sich für ostdeutsche Interessen einzusetzen, sollte die PDS nicht haben. Ihr wichtigstes Wählerpotenzial liegt im Osten. (Das für die Partei enttäuschende Wahlergebnis in den Bundestagswahlen im Herbst 2002 resultierte fast vollständig aus Verlusten in dieser Region). Ihr Programm ist dem Neoliberalismus nicht zugeneigt, sondern betont die soziale und ökologische Rolle, die der Staat in der Gesellschaft zu spielen hat und lässt Raum für die Einflussnahme des Staates auf die Wirtschaft.⁹

Sieht man auf die PDS aus dieser Sicht, dann gibt es aus den Erfahrungen von westeuropäischen Regionalparteien, seien sie linke oder »Volksparteien«, eine Reihe von Anregungen für politische Schritte im Interesse der ostdeutschen Region.

Eine davon könnte die Institution des »Scottish Office« sein: Das war ein im Ergebnis der schottischen »Home-Rule-Bewegung« entstandenes Amt der britischen Regierung, deren Leiter von ihr ernannt und mit einem beachtlichen Budget ausgestattet (1998 14 Milliarden Pfund Sterling) wurden. Die Aufgabe dieser Institution war es, bestimmte Folgen der britischen, verständlicherweise vor allem auf die Verhältnisse in den englischen Landesteilen ausgerichteten Gesetzgebung an die speziellen schottischen Bedingungen anzugleichen, d. h., ungewollte Differenzen zwischen England und Schottland auszugleichen. Im Unterschied zu den in den 90er Jahren von den Kanzlern der Bundesrepublik eingesetzten diversen Sonderbeauftragten für den Osten mit unsicherem Statut und ohne abgegrenztes Budget war das Scottish Office nicht abhängig von der Prioritätensetzung der jeweiligen Regierung. Auch würde eine ähnliche Einrichtung in den neuen Ländern nicht mehr jenen subjektiv bedingten Schwankungen unterliegen, die einer an die Person des Bundeskanzlers geknüpfte »Chefsache Ost« nun einmal inhärent sind. Das Scottish Office wurde 1999 aufgelöst, sein Etat zur Verfügung des neugebildeten schottischen Parlaments gestellt.

Sollte das »Scottish Office« unbeabsichtigte Folgen der britischen, zwangsläufig an England orientierten Gesetzgebung für Schottland ausgleichen, so wurde bei den Verhandlungen, die die Regierung Jospin im Jahre 2000 mit den korsischen Regionalisten führte, der Vorschlag geboren, einen zu schaffenden Regionalrat der Insel mit dem Recht auszustatten, »nationale«, d. h. auf das eigentliche Frankreich ausgerichtete Gesetze für Korsika abzuändern. In der Bundesrepublik wäre zur Ausübung dieser Funktion ein spezifisches Gremium notwendig, das an die Stelle der spärlichen »Ad-hoc-Konferenzen« der ostdeutschen Ministerpräsidenten treten müsste. Sicher ginge das nicht ohne Abänderung oder Reinterpretation des Grund-

gesetzes. Ganz fremd sind der PDS derartige Überlegungen übrigens nicht. Vor Jahren bereits wurde von den Linken im Osten das Projekt einer »dritten Kammer« neben Bundestag und Bundesrat angesprochen. Die Vorschläge von damals waren auf ein Vetorecht dieser Kammer für alle substantiell Ostdeutschland betreffenden Gesetzesvorlagen gerichtet.

All dies sind Anregungen bzw. Vorschläge, deren Verwirklichung sich innerhalb des Spektrums der politisch zur Zeit in Deutschland eine Rolle spielenden Parteien nur die PDS auf ihre Fahnen schreiben könnte. Wer nun zu bedenken gibt, dass die PDS-Führung sich aber schon in der ersten Hälfte der 90er Jahre – unter deutlich anderen Bedingungen bzw. Aussichten, wie ich noch einmal betonen möchte – entschieden hat, gesamtdeutsche Partei zu werden und die Auffassung vertritt, dass sie daran festhalten müsse und deshalb keine regionalen (d. h. alle neuen Länder gemeinsam betreffenden) Projekte vertreten könne, der weist unwillkürlich auf ein Manko des gegenwärtigen Parteaufbaus der PDS hin. Die Partei ist nach bisherigem Verständnis zwar für die Probleme einzelner Bundesländer im Osten oder Westen ansprechbar, nicht aber wegen der Rücksicht auf ihre Mitglieder- und Wählerschaft im Westen für »reine Ostthemen«. Deshalb hat sie zunehmend darauf verzichtet, die Interessenvertretung für die Ostdeutschen konsequent wahrzunehmen.

Wie aber kann die Doppelaufgabe, die sich die PDS nach der Wende aufgeladen hat, alle deutschen Wähler links von der SPD und dann noch speziell die Ostdeutschen politisch zu vertreten, bewerkstelligt werden? Wie kann die Vertretung gesamtnationaler *und* regionaler Interessen von einer Partei vorgenommen werden, ohne deren Führung durch diesen Spagat fast arbeitsunfähig zu machen?

Darauf hat die deutsche Geschichte nach 1945 eine bemerkenswerte Antwort gefunden, die unter dem Namen »Unionsmodell« bekannt ist.

Die Brauchbarkeit des »Unionsmodells« für die PDS

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte es in Bayern, damals ein wirtschaftlich gegenüber anderen Teilen Deutschlands (insbesondere Schwaben, dem Rheinland und Westfalen sowie Sachsen) eine ökonomisch und sozial zurückgebliebene Region, »durchaus starke Strömungen gegeben, Bayern zu einem selbständigen Staat zu machen«. Überzeugte christlich-konservative Politiker wie Franz Josef Strauß wussten, dass sie auf das Eigeninteresse der Bayern Rücksicht nehmen, »die landschaftliche und landsmannschaftliche Prägung«¹⁰ des größten Landes der Amerikanischen Besatzungszone in ihrer Parteiarbeit zu respektieren hatten. Dies um so mehr, als sie sich mit ihrer regionalen Konkurrenz der »radikal föderalistischen« Bayernpartei auseinander zu setzen hatten. Ein Aufgehen der bayrischen regionalen christlich-konservativen Partei (CSU) in der Bundes-CDU, ein Prozess, der sich in allen übrigen Bundesländern nach 1949 vollzog, hätte die CSU, die 1950 bei den Landtagswahlen »nur« 27,4 Prozent der Stimmen erhielt, zugunsten der Bayernpartei um den Ruf einer konsequenten Interessenvertreterin Bayerns gebracht. Die »geographische Aufteilung« der neuen christlichen Volkspartei der Bundesrepublik, die Schaffung einer Fraktionsge-

zur Vorbereitung eines Aktionsprogramms für Ostdeutschland, Berlin 2002, S. 8.)

9 Vgl. Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus. Überarbeiteter Entwurf, in: Pressedienst PDS 9/2003, S. 4-5.

»Mit der PDS sind auch wichtige Themen aus dem Bundestag verschwunden, vor allem die Ost-Themen.« (Der Grünen-Politiker Werner Schulz gegenüber der »Berliner Zeitung«, ND vom 2. 1. 03)

»Es ist unmöglich, ein so kompliziertes Phänomen wie die CSU auf einen einfachen Nenner zu bringen, und gerade das macht die Stärker unserer Partei aus.« (Franz Josef Strauß: Die Erinnerungen, Berlin 1989, S. 40)

10 Ebenda, Berlin 1989, S. 99, 41.

meinschaft CDU/CSU, ermöglichte es der CSU, gleichzeitig die Christdemokraten als Volkspartei »rechts von der SPD« zu stärken, und überzeugend die bayrischen Eigeninteressen zu vertreten. Je besser ihr dies in den Augen der bayrischen Wähler gelang – 1958 erreichte die CSU in den Landtagswahlen bereits 47,5 Prozent der abgegebenen Stimmen – desto mehr stärkte sie auch (mit 1957 55 an Stelle von 1949 24 Abgeordneten) die gemeinsame Fraktion von CDU und CSU im Bundestag.¹¹

11 Karl G. Tempel: Die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland und die Rolle der Parteien in der DDR. Grundlagen, Funktionen, Geschichte, Programmatik, Organisation, Berlin 1987, S. 81, 115, 117.

Trotz allen immer wieder auch öffentlich geführten Streits innerhalb der Fraktionsgemeinschaft hat diese über fünf Jahrzehnte gehalten, da sie offensichtlich die beste Sicherung für einen höchstmöglichen Anteil dieser konservativen oder Mitte-Rechtspartei an Wählerstimmen in der Bundesrepublik und dem Freistaat Bayern war.

Man kann natürlich einwenden, dass die Bedingungen, die 1949/50 das Zustandekommen des »Unionsmodells« ermöglichten, 2003 nicht vorhanden sind, auch wenn sie vielleicht 1990 einmal gegeben waren. Man kann auch einwenden, dass der PDS das Pendant zur CDU, die große Wählerschaft im Westen, fehle. Man darf bei derartigen Überlegungen das Unionsmodell sich allerdings nicht zu sklavisch zum Vorbild nehmen. Dessen Vorteil und die Garantie seines Erfolgs blieb – nach Strauß – stets, dass es flexibel zu handhaben war.

Blicken wir auf die westeuropäische Regionalpolitik mit der Absicht, dort eine vergleichbare Konstellation zu finden, dann existiert in Spanien zwar kein Unionsmodell, aber doch eine enge Kooperation zwischen einer kleineren Linkspartei des Hauptlandes (Vereinigte Linke) und den linken Regionalparteien des Baskenlandes wie auch Kataloniens. Die Vereinigte Linke Spaniens, in der die Kommunisten eine wesentliche Rolle spielen, ist diejenige Partei, die die politischen Forderungen (Realisierung der dem Baskenland von Madrid im Statut von Gernika (Guernica) zugebilligten Selbständigkeit) und die wirtschaftlichen Forderungen der baskischen Regionalparteien unterstützt und sich, anders etwa als die spanischen Sozialisten, auch eindeutig gegen den 2002/03 von der Aznar-Regierung in Szene gesetzten Verbotsprozess gegen Batasuna als angebliche Partei von Anhängern des Terrorismus gewandt hat.

Beim »Unionsmodell« handelt es sich, das sei abschließend betont, nicht nur um eine Gedankenkonstruktion, sondern um ein in der Praxis bewährtes Modell, das m. E. der PDS anempfohlen werden kann, damit sie sich aus ihrem historisch begründeten Dilemma, sowohl gesamtdeutsche Partei links der SPD als auch Interessenvertreterin des Ostens (und damit linke Regionalpartei) zu sein, befreien kann. Dazu müsste sie das Vorurteil überwinden, dass links und regional Gegensätze sind. Der Entwurf des Parteiprogramms, in dem die PDS die katastrophale Lage im Osten Deutschlands richtig beschreibt und auf Abhilfe pocht,¹² könnte für diesen Gesinnungswandel eine Ausgangsbasis sein

»Werden die skizzierten Maßnahmen nicht getroffen, kommt es zur »Verstetigung« von Ungleichheit. Damit würde Konfliktpotenzial angehäuft, das sich als sozialer Ex- oder Implisionsstoff entladen kann.« (Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, Programmentwurf, Pkt. 8, Ostdeutschland, in: Presseedienst PDS 9/2003, S. 25)

12 Vgl. ebenda, S. 24-25.

GRETCHEN BINUS

Monopolistisches Eigentum. Aktuelle Trends

»Eigentumsfragen sind Fragen der Macht und des Kräfteverhältnisses in der Gesellschaft. Progressiver Wandel der Eigentumsverhältnisse muß durch Gegenmächte bewirkt werden.«¹ Mit dieser Feststellung aus dem überarbeiteten PDS-Programm-Entwurf wird ein Grundproblem strategischer sozialistischer Orientierung zur »Überwindung der Dominanz des privatkapitalistischen Eigentums« – so noch im Programm der PDS von 1993 – in den Mittelpunkt gerückt. Sicher gibt es über die Wege dorthin auch heute noch unterschiedliche Auffassungen. Hier wird als strategische Linie formuliert, daß es auf absehbare Zeit vor allem darauf ankommen wird, die Verfügungsgewalt über *hoch konzentriertes* Kapitaleigentum oder *scheinbar* anonyme Finanzfonds schrittweise sozialen Kriterien zu unterwerfen. Gleichzeitig wird in diesem Entwurf aber auch unterstrichen, daß an der durch das Grundgesetz gegebenen Möglichkeit der Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln und ihrer Überführung in Gemeineigentum oder anderer Formen der Gemeinwirtschaft festgehalten wird, wenn dies nach Ansicht der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger zu sozialer Gerechtigkeit und effizienter Bereitstellung sozialer Grundgüter beiträgt.

Die ganze Kompliziertheit der Eigentumsfrage wird deutlich, wenn man berücksichtigt, daß Eigentum und natürlich auch Kapitaleigentum an Produktionsmitteln keine starre Kategorie ist. Es unterliegt mit der Entwicklung der Produktivkräfte, der Wissenschaft, Technik und Bildung sowie der Mittel ihrer Beherrschung, des Zugangs und der Verfügung über Ressourcen Wandlungsprozessen. Diese Veränderungen müssen zur Kenntnis genommen und analysiert werden, um im Zusammenhang mit demokratischen Alternativen praktikable Schritte zu einer anderen wirtschaftlichen und politischen Regulation in Richtung auf einen sozialen Umbau des gesellschaftlichen Systems zu kommen.

Exkurs: Monopolkapital als dominierendes Kapitalverhältnis

In der marxistischen Theorie wird Eigentum nicht einfach als Besitz- oder Verfügungsrecht über Sachen angesehen, sondern als gesellschaftliches Verhältnis der Menschen zueinander in bezug auf die gegenständlichen Bedingungen der Produktion.² Eigentum an Produktionsmitteln als Voraussetzung sozialer Verhältnisse beinhaltet die Beziehungen von Klassen, sozialen Schichten und Individuen zueinander im Hinblick auf die Wirtschafts-, Wissens- und Natur-

Gretchen Binus – Jg. 1936; Prof. Dr. sc. oec., Wirtschaftswissenschaftlerin, Wirtschaftshistorikerin, Tätigkeit am Deutschen Wirtschaftsinstitut (DWI) und am Institut für Internationale Politik und Wirtschaft Berlin (IPW), Hochschullehrerin an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, zahlreiche Veröffentlichungen vor allem zur Monopolproblematik.

1 Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus – Überarbeiteter Entwurf, in: Pressedienst der PDS Nr. 9 vom 28. 2. 2003.

2 Vgl. dazu die Beiträge von Ulrich Busch und Hans-Georg Trost in: UTOPIE kreativ, Heft 155 (September 2003).

ressourcen, die Aneignung dieser Produktionsvoraussetzungen, die Verfügung über ihre Gestaltung und Organisation sowie die Aneignung der Resultate. Jede Veränderung einer Eigentumsform geschieht auf Grundlage einer neuen Verteilung der Produktionsbedingungen unter die Individuen. Es konstituiert sich damit zugleich stets eine bestimmte Form der gesellschaftlichen Produktion. Eigentümer sind in wichtige gesellschaftliche Zusammenhänge integriert, Nichteigentümer von ihnen ausgeschlossen.

Monopolistisches Eigentum ist eine besondere Form des Kapitaleigentums. Es steht im Zusammenhang mit der Herausbildung des ökonomischen Monopols als ein weiterentwickeltes Kapitalverhältnis und neue Bewegungsform des Kapitals auf einer hohen Stufe der Konzentration und Zentralisation von Produktion und Kapital. Für das Erfassen dieser Eigentumsform bedarf es der Unterscheidung zwischen dem Monopol als *historische Kategorie in der Entwicklung des Kapitalismus* und dem Monopol als *Markt- oder Organisationsform des Kapitals*. Als *weiterentwickeltes Kapitalverhältnis* entspricht das Monopol der Logik der Kapitalverwertung und ist Triebkraft der Entwicklung. Es bestimmt damit die *sozialökonomische Grundstruktur* des Kapitalismus in ihren Veränderungen und ihrer Wirkung auf Produktivkraftentwicklung, Klassenverhältnisse, Politik, auf internationale Beziehungen und die soziale Lage der Menschen.

Als Bewegungsform vertieft das Monopol über die Konzentration und Zentralisation von Produktion und Kapital, über die ständige Entwicklung und Vertiefung der Arbeitsteilung und eine immer umfassendere Verflechtung der Produktion im nationalen und internationalen Maßstab die Vergesellschaftung der Produktion auf kapitalistischer Basis und verwandelt somit Privatkapital in *Gesellschaftskapital*. Auf bestimmte Art und Weise trägt es damit zur Lösung der Widersprüche zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung bei. Es verändern sich dabei die Kapitalverhältnisse und auch die Konkurrenzbeziehungen. Das Monopol durchbricht mit ökonomischer und außerökonomischer Gewalt die Barrieren für profitable Kapitalanlagen und setzt eine Umverteilung des Mehrprodukts der Gesellschaft zugunsten des Großkapitals durch. Die wachsende Verfügungsmacht des Monopols über gesellschaftliche Kapitalien gestattet so einerseits die Entwicklung der Produktivkräfte, bedingt andererseits aber einen ständigen Wandel in den Bedingungen der Kapitalverwertung.

Diese Entwicklung erfolgt in bestimmten Organisations- und Marktformen, die sich entsprechend dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte und den Kapitalverwertungsbedingungen herausbilden, Bestand haben oder auch an Bedeutung verlieren. Im Rahmen sich wandelnder Organisations- und Marktformen vollziehen sich die Übergänge zu neuen gesellschaftlichen Betriebsweisen des Kapitals, z. B. der postfordistischen, erfolgt die relative Verselbständigung der Finanzinstitutionen oder die Aufkündigung von finanzkapitalistischen Kooperationen – stets entsprechend der Durchsetzung der Kapitalverwertungsinteressen unter den sich wandelnden Verwertungsbedingungen. In verschiedenen Organisationsformen zentralisiert sich das von der Profitproduktion relativ losgelöste Ka-

pitaleigentum: Als Konzerne und Banken, transnationale Unternehmen, Kartelle, Wirtschaftsvereinigungen, Versicherungen, Investmentfonds, Medienkonzerne sind uns alle diese Marktformen geläufig. Sie beherrschen die Welt – heute mehr als je zuvor.³ Die damit verbundenen Profitstrategien der einzelnen Monopole spielen eine entscheidende Rolle für das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit, Akkumulation und Wachstum, Gestaltung der Wirtschaftsstrukturen und der *Durchkapitalisierung* anderer gesellschaftlicher Bereiche – und das alles im Rahmen härtester Konkurrenz und Verteilungskämpfe.

Die dominierenden Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse sind in der heutigen Entwicklung des Kapitalismus durch die Macht des Großkapitals bestimmt. Mächtige internationale Konzerne beherrschen die Weltwirtschaft, drängen verstärkt Politik, Staaten und Staatengemeinschaften unter ihr Diktat. Nur wenige Zahlen sollen genügen, um das erreichte Ausmaß der Monopolherrschaft im internationalen Rahmen zu verdeutlichen:⁴

- Die Zahl der von der UNCTAD registrierten Transnationalen Unternehmen hat sich von 37 000 mit 170 000 ausländischen Tochtergesellschaften und den dort 24 Millionen Beschäftigten auf 65 000 mit insgesamt 850 000 ausländischen Tochtergesellschaften und 54 Millionen Beschäftigten erhöht.

- Der Anteil der Auslandsfilialen der internationalen Konzerne am Weltsozialprodukt ist von 6,5 auf 11 Prozent gestiegen. Einschließlich der Muttergesellschaften mit ihren nationalen Tochterunternehmen bestreiten sie heute *ein Viertel des Welt-Bruttosozialprodukts*.

- *Zwei Drittel des gesamten Welthandels* entfallen auf die internationalen Konzerne, wobei die Hälfte davon als konzerninterner Handel abgewickelt wird.

- *80 Prozent der weltweiten Forschung und Entwicklung* entstammt dem Netzwerk der Transnationalen Unternehmen.

Für Deutschland weist das jüngste Monopolgutachten bei der Erfassung von rund 3,31 Millionen Unternehmen mit Sitz in Deutschland unter Berücksichtigung der Unternehmensverflechtungen auf die Dominanz der wirtschaftlichen Macht des Großkapitals hin.⁵

Akkumulation und Enteignung – zwei Seiten monopolistischer Eigentumsentwicklung

Die Machtverhältnisse des Großkapitals sind Ergebnis der Akkumulation, der ständigen Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter.⁶ Das Monopol selbst ist aus der kapitalistischen Akkumulation und dem ihn tragenden Prozeß der Konzentration und Zentralisation von Produktion und Kapital hervorgegangen. Nach Marx entwickelt sich mit der Akkumulation des Kapitals die spezifisch kapitalistische Produktionsweise und mit der spezifisch kapitalistischen Produktionsweise die Akkumulation des Kapitals.⁷ Aus der gegenseitigen Wirkung beider Faktoren ergeben sich nicht nur die Methoden zur Steigerung der Produktivkraft der Arbeit, die Umwälzungen in der technischen Zusammensetzung des Kapitals, der Wandel in der Produktionsorganisation, sondern auch das Wachstum des gesellschaftlichen Kapitals, die damit verbundenen Veränderungen in den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen und in der Kapitalverfügung.

3 Bei dem Voranschreiten der »*oligopolistischen Monopolisierung*« – so kann man den Prozeß der Expansion des Großkapitals in seinen verschiedenen Formen auch nennen – geht es nicht einfach um die Herausbildung immer größerer Unternehmenseinheiten, sondern darum, »wie sich unter den verschiedenen Organisationsformen die monopolistischen Kapitalverhältnisse entwickeln, sich die monopolistische Aneignung von Profit und Einkommen gestaltet.« (Horst Heiniger: Zur Aktualität der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Z, Nr. 31, September 1997, S. 49).

4 Vgl. Leo Mayer, Fred Schmid: Macht der Multis, in: isw forschungshefte, Januar 2003, S. 11.

5 Der Anteil der zehn größten Konzerne am Gesamtumsatz im Produzierenden Gewerbe betrug 1997 etwa 45 Prozent. Die zehn größten Gruppen im Lebensmitteleinzelhandel verfügten 1999 über einen Marktanteil von nahezu 80 Prozent. Im Berichtszeitraum 2000/2001 erreichten die »100 Größten« mit 274 Milliarden € einen Anteil an der Wertschöpfung aller Unternehmen von 20,01 Prozent. (Vierzehntes Hauptgutachten der Monopolkommission 2000/2001, Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/9903, vom 28. 8. 2002, S. 21, S. 27).

6 »Die Akkumulation ist die Eroberung der Welt des gesellschaftlichen Reichtums. Sie dehnt mit der Masse des exploitierten Menschenmaterials zugleich die direkte und indirekte

Herrschaft des Kapitalisten aus.« Karl Marx in: Das Kapital. Erster Band, in MEW, Bd. 23, S. 619.

7 Ebenda, S. 655.

8 Hinzu kommt die Durchkapitalisierung solch eines neuen Bereiches wie der sogenannten immateriellen Güter, d. h. immaterieller Faktoren, die zur Effizienz der Unternehmen beitragen und aus deren Einsatz zukünftig wirtschaftliche Vorteile zu erwarten sind. Dazu zählen die Nutzung von Patenten, Marken, Know-how, Fertigkeiten, die der Monopolisierung unterworfen werden.

9 Nach Harveys Auffassung »hat die Unfähigkeit, einen nachhaltigen Akkumulationsprozeß im Sinne von Produktion auf erweiterter Grundlage in Gang zu bringen, dazu geführt, daß die Bestrebungen massiv zugenommen haben, durch Enteignung zu akkumulieren« (David Harvey: Der »neue« Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung, Supplement der Zeitschrift Sozialismus, Hamburg, Nr. 5 Mai 2003, S. 2).

10 »Aber das »Beteiligungssystem« dient nicht nur dazu, die Macht der Monopolisten riesenhafte zu vermehren, es ermöglicht außerdem, jede Art von dunklen und schmutzigen Geschäften straflos zu betreiben und das Publikum zu schröpfen, denn formell, nach dem Gesetz, sind die Leiter der »Muttergesellschaft« für die »Tochtergesellschaft« nicht verantwortlich, die als »selbständig« gilt und »vermittels« der sich alles »drehen« läßt.« W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalis-

Mit der seit Beginn der 70er Jahre anhaltenden Überakkumulationskrise und der veränderten Weltsituation seit dem Ende der Systemkonkurrenz und des Kalten Krieges hat die monopolistische Akkumulationsstrategie eine spezifische Ausprägung erfahren. Sie ist nicht nur dadurch charakterisiert, daß sich Schwerpunkte und Richtungen der Kapitalanlage verändern – so von der Produktionssphäre in den Dienstleistungsbereich oder in die neuen Sphären des bisher »nichtkapitalistischen Milieus« der Welt –, daß sich der Charakter der Direktinvestitionen wandelt, von der Umwandlung des Geldkapitals in Produktionspotential verstärkt in Finanzinvestitionen, in Aktien- und Anleihefinanzierung. Die Kapitalakkumulation erstreckt sich auch auf neue Bereiche des Lebens, der sozialen Reproduktion und der Kultur, die bislang nicht dem Profitprinzip unterworfen waren.⁸

Das *Spezifische* der jetzigen Kapitalakkumulation betrifft aber vor allem *die Art und Weise*, wie sich bei diesen Veränderungen die monopolistische Verfügung über gesellschaftliches Kapital durchsetzt. In erster Linie sind davon die *Eigentumsfrage* – und damit auch das Demokratieproblem berührt. Es ist ein Kernproblem des ökonomischen Monopols, daß seine Entwicklung als Eigentumsverhältnis mit *für die weitere Akkumulation notwendigen Enteignungsprozessen* verbunden ist. Nur die Verfügungsmacht über anwachsende, gewaltige gesellschaftliche Kapitalien gestattet eine weitere Entwicklung der Produktivkräfte, die Beherrschung von Ressourcen, die Verfügung über die Organisation der Produktion und andere gesellschaftliche Bereiche sowie die Aneignung ihrer Resultate, damit letztlich die Realisierung der Profite. Dies schließt den auf ökonomischer und außerökonomischer Macht beruhenden und für die weitere Akkumulation notwendigen Enteignungsprozeß aller anderen Eigentümer ein. *Ohne die Formen kapitalistischer Enteignung kann sich das monopolistische Eigentum nicht weiterentwickeln.* Wiederanlage realisierter Profite und Enteignung sind daher zwei Seiten ein und desselben Prozesses. Seit seiner Herausbildung im »imperialen Zeitalter« konstituiert sich das ökonomische Monopol ständig aus dieser Symbiose heraus, wobei beide Seiten in verschiedenen Zeitperioden ein unterschiedliches Gewicht haben können. In konjunkturellen Wachstumsabschnitten kann die Akkumulation durch Wiederanlage des Mehrwerts in die erweiterte Reproduktion ein größeres Gewicht haben. Aber gerade in der heutigen Zeit hat der Prozeß der Enteignung mit der verstärkten Internationalisierung des Kapitals, mit der Ausdehnung der Kapitalakkumulation in neue Bereiche solche Wucht und Breite erreicht, daß David Harvey den »neuen« Imperialismus als Akkumulation durch Enteignung charakterisiert.⁹

Der Spezifik der Akkumulation durch Enteignung wird insbesondere über das *Beteiligungssystem* Rechnung getragen. Auf seine Rolle für die Machtausdehnung der Monopole hat bereits Lenin hingewiesen.¹⁰ Gegenüber 1916 sind heute jedoch ganz andere Dimensionen und Qualitäten zu verzeichnen. Im Zentrum der Entwicklung zur monopolistischen Beherrschung ganzer volkswirtschaftlicher Bereiche und der Ausdehnung in andere gesellschaftliche Sektoren geht es darum, über soviel Kapital zu verfügen, wie für die Anwendung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und zur Erringung von

neuen Markt- und Machtpositionen für die Aufrechterhaltung des Profitmechanismus notwendig ist. Unter den heutigen Bedingungen der Akkumulation wächst daher im Rahmen der Kapitalmobilisierung dem *Beteiligungssystem* über Fusionen und Aufkäufe anderer oder der Beteiligung an anderen Unternehmen, Aktienkauf, -verkauf sowie -tausch eine herausragende Bedeutung zu. Das zeigt sich bei den führenden Unternehmen u. a. darin, daß im Akkumulationsprozeß eine deutliche Verschiebung in der Struktur der externen Finanzierung vom Bankkredit zur Ausgabe von Beteiligungskapital (vor allem Aktien) festzustellen ist. Selbst nach Abebben der Fusionswelle in den 90er Jahren hält dieser Trend an. So ist ein weiteres starkes Engagement des Großkapitals an Unternehmenszusammenschlüssen zu verzeichnen.¹¹

Aus dieser Entwicklung erklärt sich auch der bedeutend angewachsene Stellenwert der Börse; denn sie vermittelt zwischen Sparern, die ihr Geld gewinnbringend anlegen, und den Unternehmen, die dieses Geld direkt an sich ziehen wollen. Zugleich modifiziert sich durch die Art der Kapitalmobilisierung auch die Zielsetzung kapitalistischen Handelns. In der Profitorientierung wird der *Aktienwert* selbst zu einem wichtigen Entscheidungskriterium für die Strategie der Konzerne. Hohe Aktienkurse zur Gewinnung künftiger Aktionäre, die sich an dem Unternehmen beteiligen sollen, bestimmen daher die sogenannte Shareholder-value-Orientierung. Kapitalverfügung und die Aneignung anderer Einkommen und Ressourcen durch die mächtigsten Unternehmen bekommen mit dieser Entwicklung völlig neue Ausmaße. Das jährliche Transaktionsvolumen bei Fusionen und Aufkäufen weltweit wird in den letzten Jahren in *Billionen* Dollar angezeigt. Große Konzerngebilde wachsen, andere treten von der Bildfläche ab.¹²

Gesellschaftskapital als monopolistisches Machtverhältnis

Damit im Zusammenhang wächst der Grad der Vergesellschaftung des Kapitals. Auf diese Besonderheiten in der Entwicklung des monopolistischen Kapitalismus verwies Peter Hess bereits vor mehr als einem Jahrzehnt.¹³

Die Vergesellschaftung des Kapitals, die in der Entwicklung monopolistischer Eigentumsstrukturen zum Ausdruck kommt, wird in vielfältigsten Formen sichtbar. Dies zeigt sich sozusagen »klassisch« auf der einen Seite gerade in der heutigen Zeit mit der zunehmenden Verwandlung von Privatkapital in *Gesellschaftskapital*. So hat die Eigentumszentralisation in *Aktiengesellschaften*, die Marx in ihren Anfängen beobachten konnte, heute völlig *neue Maßstäbe* erreicht. Durch die weitere Ausbildung dieses Gesellschaftskapitals, des Kapitals *assoziierter Kapitale*, wird das Privateigentum an Produktionsmitteln in bestimmtem Maße aufgehoben, sozusagen »negativ« überwunden. Das Anwachsen des Aktienkapitals¹⁴ und die unübersehbare Zunahme der Zahl der Aktionäre (in allen Schichten der Bevölkerung) unterstreicht diesen Trend¹⁵. Dies gilt insbesondere für das sogenannte »anonyme Aktienkapital« großer Investmentfonds. Bemerkenswert ist, daß demgegenüber die Zahl der Belegschaftsaktionäre bei etwa 1,5 Millionen stagniert und anteilmäßig zurückging.

mus, in : Werke, Band 22, Berlin 1960, S. 232.

11 Die »100 Größten« waren an den beim Bundeskartellamt 2000/2001 angezeigten 2570 vollzogenen Zusammenschlüssen allein zur Hälfte – mit 49 % – beteiligt. (Vierzehntes Hauptgutachten, a. a. O., S. 246).

12 Der Vorstandsvorsitzende der Siemens AG zum kompletten Aufkauf des französischen Unternehmens Alstom für 1,1 Milliarden €: »Der Kauf ist eine wichtige strategische Weichenstellung. Wir haben jetzt eine Stellung in der Öl- und Gasindustrie und können auch kleinere und mittlere Gasturbinen anbieten. Es hätte viel zu lange gedauert, selbst diese Produktion aufzubauen und teurer wäre es auch noch geworden als der Kauf der Alstom Sparte.«

13 »Die Monopolisierung stellt sich mehr und mehr in der zentralisierten Verfügung über das kapitalistische Eigentum dar. Das *kapitalistische Privateigentum wurde innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise überwunden, das Kapital vergesellschaftet. Es ist ein Widerspruch in sich, Ausdruck des Übergangscharakters des heutigen Kapitalismus.*« (Peter Hess: Zur Aktualität der Imperialismustheorie, in: Z, Nr. 4, Dezember 1990, S. 73 f.).

14 Seit 1995 werden vom Bundesamt für Statistik darüber keine Angaben mehr gemacht; bis dahin konnte eine ständige Zunahme sowohl der Aktiengesellschaften als auch des Grundkapitals verzeichnet werden.

15 Die Zahl der Aktionäre (über 14 Jahre) ist in

Deutschland im Zeitraum von 1992 bis 2002 von 3,2 Millionen auf 5 Millionen gestiegen. Unter Einschluß der Fondsbesitzer, deren Zahl aufgrund der außerordentlichen Entwicklung der Finanzmärkte und des stürmischen Wachstums der Investmentbanken sich im Zeitraum von 1997 bis 2002 von 2,3 auf 6,6 Millionen erhöht hat, machen Aktionäre und Fondsbesitzer 2002 mehr als 18 Prozent der Bevölkerung über 14 Jahre aus (Infratest-Umfragen im Auftrag des Deutschen Aktieninstituts, Stand: Mai 2003).

16 Vgl. Hoppenstedt, Companies & Sectors, Finanzinformationen für Deutschland, Darmstadt, Wien, Zürich Jahrgang 2000/2001; Hoppenstedt: Handbuch der Großunternehmen, Darmstadt 2002.

17 Beim Telekommunikationskonzern Ericsson (Schweden) z. B. haben die A-Aktien der Familie Wallenberg das tausendfache Stimmrecht der B-Aktien, die andere Eigentümer halten. An den rund 50 Mio. € Vorzugsaktien des 670 Mio. € betragenden Grundkapitals ist die Belegschaft zwar mit 30 Prozent beteiligt, aber sie besitzt kein Stimmrecht. (Süddeutsche Zeitung, 20. Mai 2003).

18 So konstatierte die Bundesbank für die Entwicklung des Geldvermögens der privaten Haushalte, daß die Kursverluste im Jahr 2001 bei rund 60 Prozent lagen, was 2002 zur Folge hatte, »daß das Geldvermögen nominal erstmals seit Beginn der Zeitreihe 1949 gesunken ist«. (Deutsche Bundesbank: Die gesamtwirtschaftlichen Finanzie-

Die Großunternehmen sind in der Sicht auf ihre Eigentumsstruktur nicht allzu publikationsfreudig. Feststellbar ist aber neben dem Ausweis von Großaktionären – wie anderen Konzernen, Banken, Versicherungen, Familien, Stiftungen – der Hinweis auf einen relativ breiten Streubesitz am Grundkapital von bis zu 90 Prozent. Unter den 25 »Größten« haben folgende Großkonzerne dies mit Daten unterstrichen:¹⁶

Konzern	Grundkapital in Mio. €	Zahl der Aktionäre
Siemens AG	2664,7	607 000
Deutsche Bank AG	1578,3	494 000
Bayer AG	1869,7	400 000
Commerzbank AG	1408,7	365 000
Münchener Rückversicherung-Gesellschaft AG	453,0	70 000

Die in diesen Zahlen zum Ausdruck kommende Vergesellschaftung des Kapitals besagt jedoch keineswegs, daß die »Eigentümer« in alle Entscheidungsbefugnisse einbezogen wären, zumal die Trennung von Kapitaleigentum und Kapitalfunktion hier auf die Spitze getrieben ist. Nach wie vor wird die Macht über das vergesellschaftete Kapital bei wenigen Großeigentümern und deren Funktionären durch verschiedene *Formen der Kapitalverfügung* über Hunderttausende von Aktienbesitzern, wie Mehrfachstimmrecht, Depotstimmrecht der Banken, Vorratsbeschlüsse des Managements u. ä., abgesichert.¹⁷ Mit neuen Mechanismen erfolgt eine weitere Zusammenballung der Verfügung in wenigen Händen bei einem gleichzeitigen Anwachsen der Zahl der Aktionäre. Die Millionen von Kleinaktionären, zum großen Teil Lohnabhängige, sind als Eigentümer nicht nur von wichtigen Entscheidungen ausgeschlossen. Ihre Enteignung durch Kursverluste steht zudem bei jedem Unternehmensrisiko an.¹⁸

Über die Vergesellschaftung des Kapitals in den einzelnen Konzerngebilden hinaus verdichtet sich die monopolistische Eigentumsstruktur über Unternehmensgruppierungen und umfangreiche Kapitalverflechtungen. Die Monopolkommission identifizierte auf Basis der 3,3 Millionen Unternehmen rund 1,3 Millionen Tochtergesellschaften, von denen über 900 Tausend mehrheitlich von einem ultimativen Eigner kontrolliert werden und bestätigte bisherige Erkenntnisse über die Machtkonzentration in Deutschland, »daß die Verflechtung der Unternehmen zu Konzernen und sonstigen Gruppen im Sinne wirtschaftlicher Entscheidungseinheiten ein grundlegendes Organisations- und Strukturprinzip der Wirtschaft ist«. Im Rahmen dieser Verflechtungen über Tochtergesellschaften nehmen die Gemeinschaftsunternehmen mit einem direkten Eigner von 50 Prozent mit 15,3 Prozent einen hohen Anteil ein.¹⁹

Der über das Beteiligungssystem funktionierende Mechanismus trägt vor allem verstärkt zur Internationalisierung monopolistischer Eigentumsstrukturen bei. Das deutsche Großkapital versucht, sich darüber internationale Machtstellungen und Akkumulationsquellen zu sichern. Die Verdopplung des Bestandes der deutschen Direktinvestitionen im Ausland von 300,8 Milliarden auf 627,8 Milliarden €

in der kurzen Zeit von 1998 bis 2001 ist zu 80 Prozent über das Beteiligungskapital, d. h. Großfusionen und Unternehmensübernahmen, realisiert worden. Auf diesem Weg wuchs der Grad der monopolistischen Eigentumsstruktur deutscher Großkonzerne im Ausland. Konzentrierten sich Ende 1998 mit 98 Milliarden € 30 Prozent des deutschen Unternehmensvermögens auf die 10 deutschen Investoren mit dem höchsten Auslandsbesitz, so waren es Ende 2001 mit 304 Milliarden € bereits 40 Prozent. Auf der anderen Seite haben aber auch die ausländischen Konzerne im gleichen Zeitraum ihren Bestand an Direktinvestitionen in Deutschland verdoppelt – von 218,5 auf 469,3 Milliarden €, woran die Investitionen in Beteiligungen mit 43 Prozent einen geringeren Grad erreichten.²⁰ Die ausländischen Direktinvestitionen verändern aber den Charakter nationaler Kapitalstrukturen in Deutschland. Es wächst die Anzahl der von ausländischen Eignern kontrollierten Unternehmen. Ihre Zahl beträgt gegenwärtig rund 21 000 Tochtergesellschaften. Unter den größten hundert Unternehmen befinden sich gegenwärtig bereits 23 im ausländischen Einzelbesitz – 1998 waren es 17 Unternehmen.²¹

Kleine und mittlere Unternehmen im Monopolgefüge

Einen besonderen Stellenwert im monopolistischen Aneignungs- und Enteignungsprozeß von Ressourcen nimmt der Wirtschaftssektor der *kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)* ein. Keineswegs ist es so, daß unter dem Dach des vergesellschaftlichten Eigentums kein Platz für kleine und mittlere Kapitale oder das Entstehen neuer Kapitale ist. Gerade der mittelständische Sektor hat unter den Bedingungen neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse und Technologien zunehmende Bedeutung für die Volkswirtschaft und auch für die expansiven Strategien der Konzerne erlangt und dem Entstehen vieler neuer individueller Kapitale außerordentliche Impulse gegeben. Das Aufkommen der *New Economy* hat das deutlich gemacht. Vor allem wirkten die wachsende Flexibilisierung, Differenzierung und Diversifikation der Produktion und die zunehmende Bedeutung von Dienstleistungen als Schub für eine Aufwertung der mittelständischen Unternehmen in der Wirtschaftsstruktur des Kapitalismus.

Diese Entwicklung hat einen eigenständigen Charakter, steht aber zugleich im äußerst engen Zusammenhang mit den neuen Bedingungen der Kapitalakkumulation und den Veränderungen monopolistischer Kapitalverhältnisse. Die 3,3 Millionen KMU werden von der Bundesregierung Deutschland als »eine tragende Säule der deutschen Wirtschaft« bezeichnet, denn sie stellen 70 Prozent der Arbeitsplätze, 80 Prozent der Ausbildungsplätze und erwirtschaften 45 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.²² Für das Großkapital aber ist nicht dieses volkswirtschaftliche Gewicht so sehr von Bedeutung, sondern die großen Möglichkeiten der durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt bedingten Arbeitsteilung für die Profitproduktion. Deshalb ist die Entwicklung der kleinen und mittleren Unternehmen nicht unabhängig vom Wandel der monopolistischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse zu betrachten. Ohne Zweifel hängen die Veränderungen in der Organisation der Produktion großer Konzerne mit der neuen Dynamik in der unternehmensüber-

ungsströme im Jahre 2002, in: Monatsbericht Juni 2003, S. 29 ff.)

19 Die »20 Größten« deutschen Unternehmen sind zudem über 38 Gemeinschaftsunternehmen miteinander verflochten. Eine wechselseitige Kapitalverflechtung untereinander konnten von den »100 Größten« im Jahr 2000 42 aufweisen. (Vierzehntes Hauptgutachten, a. a. O., S. 25, S. 211).

20 Die Entwicklung der Kapitalverflechtung der Unternehmen in Deutschland mit dem Ausland von Ende 1998 bis 2001, in: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Juni 2003, S. 53 und 63.

21 Darunter sind einige wie Ford, Unilever, IBM und Shell mit jahrzehntelangem Standort in Deutschland. Relativ langsam hingegen wandelt sich jedoch auch die nationale Kapitalstruktur der anderen großen international tätigen Konzerne, wobei eine multinationale Eigentumsstruktur dieser Gesellschaften bisher kaum sichtbar ist.

22 Jahreswirtschaftsbericht 2002 der Bundesregierung, Deutscher Bundestag, Drucksache 14/8175, S. 41.

greifenden Arbeitsteilung zusammen. Diese wiederum bringen Wachstumspulse auch für kleinere Unternehmen als Anbieter von Dienstleistungen, Zulieferer und Spezialproduzenten hervor. Im Mittelpunkt der Interdependenzen zwischen Großkapital und KMU steht eine bessere Kapitalverwertung der Konzerne durch effektive Verbindung von Kapitalkraft für Basisinnovationen und den Lösungsfähigkeiten der KMU hinsichtlich der Ausdifferenzierung neuer Technologien für verschiedene Anwenderbereiche und Spezialmärkte sowie für Dienstleistungen.

Die Einbindung von KMU in die expandierenden monopolistischen Strukturen ist daher sehr unterschiedlich. Sie reicht von der unmittelbaren Abhängigkeit der Zulieferer und Dienstleister von marktbeherrschenden Konzernen wie in der Auto- oder Elektroindustrie über die Integration dieser Unternehmen in monopolistische Produktions- und Forschungsverbände oder industrielle Netzwerke auf regionaler Ebene bis hin zu ganz neuartigen Interdependenzen zwischen Großkapital und KMU auf der Basis neuer Technologien, oft ohne juristische oder kapitalmäßige Verflechtung.

Wie verschieden diese Abhängigkeiten auch sein mögen, insgesamt wird die Akkumulation der KMU durch die wirtschaftliche Dominanz und Profitlogik des Großkapitals geprägt. Die führende Stellung der Großunternehmen in Forschung und Entwicklung – in Deutschland konzentrieren sie 83 Prozent aller Beschäftigten in Forschung und Entwicklung in ihren Laboratorien –, ihre Stellung auf den Finanzmärkten, ihre Preis-, Kredit- und Zinspolitik, ihre Stellung im wirtschaftlichen Verbandswesen und politischen Parteienspektrum verleihen ihnen die Überlegenheit im Konkurrenzkampf mit den KMU zur Unterordnung und Ausbeutung des mittelständischen Sektors. Sie können diese Regulierungsmechanismen sehr flexibel nutzen, indem sie sich die zukunftsversprechenden Wissens- und Technologieressourcen aneignen, sie direkt in ihren Herrschaftsbereich integrieren. Durch neue Technologien und Wirtschaftsbereiche wie Informations- und Biotechnologie haben die traditionell klassischen Industriekonzerne wie der Chemie- und Elektroindustrie keineswegs an Positionen verloren. Im Gegenteil, sie haben ihre Überlebenschancen erweitert.²³

Aus der Allmacht des Großkapitals in der Wirtschaft erwächst die äußerst labile wirtschaftliche und soziale Situation der mittelständischen Unternehmen. Rigoroser Druck auf Kosten und Preise sowie Lieferbedingungen, Kreditrestriktionen der Banken bedingen die existenzbedrohende Situation der mittelständischen Unternehmen, ihre miserable Finanzsituation und die prekären Arbeitsverhältnisse. Die Enteignung der KMU hat dadurch grandiose Ausmaße angenommen. Sie schlägt sich in der anwachsenden Insolvenzflut von Unternehmen nieder.²⁴

Hier zeigt sich, daß die Interessenlagen der KMU als Kapital-eigentümer kaum mit denen der großen Konzerne übereinstimmen. Objektiv müßte dieser Unternehmensbereich Positionen gegen die Vorherrschaft der mächtigen Konzerne einnehmen und somit Bündnispartner in einer breiten demokratischen Bewegung werden. Es kommt noch hinzu, daß sich gegenwärtig durch den schnellen wissenschaftlich-technischen Fortschritt Wandlungsprozesse in den

23 So erklärte der Vorstandsvorsitzende der Bayer AG, Manfred Schneider: »Was wir derzeit erleben, ist weniger eine Dominanz der neuen Wirtschaftszweige als vielmehr der sehr erfolgreiche Wandel der so genannten alten Ökonomie zu neuen, wesentlich effizienteren Strukturen.« (Handelsblatt, 15. 12. 2000).

24 Von 1995 bis 2002 ist die Zahl der jährlichen Unternehmensinsolvenzen in Deutschland von 22 344 auf 37 700 kontinuierlich angestiegen, wobei der größte Teil auf den mittelständischen Sektor entfällt. Die Zahl der davon jährlich betroffenen Arbeitsplätze hat sich von 394 000 auf 590 000 erhöht, der finanzielle Schaden aus diesen Unternehmenszusammenbrüchen ist von 32,3 auf 38,4 Milliarden € angewachsen. (Insolvenzen, Neugründungen, Löschungen Jahr 2002, Creditreform, Neuss, 4. Dezember 2002).

Produktionsbedingungen entwickeln, die *Chancen* für die Zurückdrängung der Dominanz des Großkapitals eröffnen. Der wachsende Stellenwert der KMU in der Wirtschaft insbesondere mit der Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien, ihre Einbindung in regionale Wirtschaftskreisläufe und Netzwerkstrukturen aufgrund der zunehmenden unternehmensübergreifenden Arbeitsteilung bieten Ansätze eines politischen Strategiewechsels zur Stärkung der Position der KMU in den Beziehungen gegenüber den Großunternehmen.

Schluß

Das monopolistische Eigentum führt mit seiner neuen Dynamik in der Vergesellschaftung des Kapitals und der erweiterten Kapitalverfügung zur Aneignung der materiellen und geistigen Ressourcen zur Enteignung, Ausplünderung und Unterwerfung der Gesellschaft. Dies zeigt die inhumane Widersinnigkeit dieses Systems. Gegenwehr und Alternativen zur Zurückdrängung der Dominanz des Monopolkapitals sind daher eine erstrangige Herausforderung für alle demokratischen Kräfte. Dieter Klein bezeichnet den Demokratischen Sozialismus als ein transformatorisches Projekt mit der Aufgabe, »eine Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten einer emanzipativen Entwicklungsalternative« zu erreichen. Der Kerngedanke ist eine alternative Eigentumspolitik auf Grundlage einer so weitreichenden Erneuerung der Demokratie, daß jegliche Form von Eigentum dem Gemeinwohl unterworfen wird.²⁵ In der Tat braucht das überzeugende praktikable Konzepte und Strategien, wenn Mehrheiten gewinnen keine Vision bleiben soll. Es gibt viele Ansätze dazu und die Diskussion um die Fortentwicklung der Wirtschaftsdemokratie ist bereits in ein neues Stadium getreten.²⁶ Es wird höchste Zeit, alle Vorstellungen zu bündeln, zu werten und zu gewichten, sie in eine theoretische und praktikable Agenda umzusetzen.

25 Dieter Klein: Demokratischer Sozialismus – ein transformatorisches Projekt, in: UTOPIE kreativ, Heft 147 (Januar 2003), S. 17 ff.

26 Vgl. Fritz Vilmar: Wirtschaftsdemokratie – eine Alternative, in: Widerspruch, Zürich 43/2002, S. 39ff.; Ulla Plener: Wirtschaftsdemokratie fürs Allgemeinwohl – Weg zur sozialen Gerechtigkeit, Berlin 2001.

IRENE GALLINGE

Insolvenzen in neuen Dimensionen

Seit mehr als einem Jahrzehnt wird die Öffentlichkeit mit jährlich steigender Zahl von Unternehmenszusammenbrüchen konfrontiert. Wirtschaftliche Potentiale werden in wachsendem Umfang lahmgelegt und vernichtet, Arbeitsplätze gehen massenweise verloren – die volkswirtschaftlichen Schäden sind enorm. 2002 haben mehr als viermal so viele Unternehmen wie zu Beginn der neunziger Jahre Insolvenz beantragt.

Eine so andauernde Welle von Firmenpleiten hat es in Deutschland noch nicht gegeben. Sie paßt nicht mehr in das traditionelle Schema vom Wirtschaftsablauf, in dem zyklisch rasch ansteigende und wieder sinkende Insolvenzzahlen typisch sind, in dem Insolvenzen eine strukturbereinigende Funktion ausüben und den Weg freimachen für neues Wachstum. Intensives Insolvenzgeschehen ist ein ständiger Bremsfaktor der wirtschaftlichen Entwicklung geworden, was auf Veränderungen der Wachstums- und Entwicklungsbedingungen im Kapitalismus hinweist.

Zunächst spiegelt sich im Anwachsen von Insolvenzen die lang anhaltende schlechte Wirtschaftslage wider. In allgemeinere Zusammenhänge gestellt, reflektiert das gegenwärtige Insolvenzgeschehen aber auch monopolistische Anpassungsstrategien an die veränderten ökonomischen und politischen Bedingungen der Kapitalverwertung, deren Durchsetzung widersprüchliche Wirkungen zeigt. Neue Erscheinungsformen und Merkmale entstehen. Dazu gehört, daß der sprunghafte und fortwährende Anstieg der Insolvenzen seit den neunziger Jahren von einem hohen Niveau aus erfolgt. Des weiteren hat die Fokussierung auf den Sektor der kleinen und mittleren Unternehmen – obwohl es nach wie vor Zusammenbrüche von Großunternehmen gibt – derart zugenommen, daß die Entwicklungsmöglichkeiten des mittelständischen Wirtschaftssektors dadurch generell beeinträchtigt werden. Die Differenzierung der Firmenzusammenbrüche hat nach Branchen und Regionen zugenommen. Ständig hohe Insolvenzzahlen sind vor allem in Ostdeutschland inzwischen ein längerfristig wirkendes Wachstumshemmnis geworden.

Seit jeher gehört es zur Funktionsweise der kapitalistischen Marktwirtschaft, daß Unternehmen neu entstehen und wieder verschwinden, daß sich die Zahl, die Struktur, die Größe usw. der am Markt tätigen Unternehmen fortlaufend verändert. In der Vergangenheit war die Entwicklung der Insolvenzen überwiegend von den Bewegungen des Wirtschaftszyklus abhängig. Bankrotte von Unternehmen tragen immer dazu bei, unter dem Gesichtspunkt der Kapi-

Irene Gallinge – Jg. 1939; Dr. oec.; bis 1990 Mitarbeiterin am Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) in Berlin (DDR), danach im Institut für Sozialökonomische Strukturanalysen (SÖSTRA) e.V.; Arbeitsgebiete: Konzerne und Konzentrationsprozesse in der Wirtschaft, Konjunktur-entwicklung, Unternehmen in den neuen Bundesländern; Mitarbeit in der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandum-Gruppe)

talverwertung entstandene Disproportionen in der Verteilung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals zu verringern. Überflüssige, sich schlecht oder gar nicht mehr verwertende Kapitale und Kapitalteile werden aus dem Verwertungsprozeß herausgelöst und die entsprechenden Unternehmen gehen bankrott. In der Krise wuchs die Zahl der Bankrotte, in Zeiten guter Konjunktur sank sie. Das hat generell auch heute Gültigkeit.

Table 1:

Unternehmensinsolvenzen in Deutschland

	Zahl der Insolvenzen	Anstieg in Prozent	Zahl der Insolvenzen		Zahl der Arbeitsplätze insolventer Unternehmen
			Westdeutschland	Ostdeutschland	
1990	8.730	- 9,0	8.730	-	.
1991	8.837	-	8.445	392	64.000****
1992	10.920	23,6	9.828	1.092	100.000****
1993	15.148	38,7	12.821	2.327	235.000****
1994	18.837	24,3	14.926	3.911	333.000
1995	22.344	18,7	16.470	5.874	394.000
1996	25.530	14,3	18.111	7.419	487.000
1997	27.474	7,6	19.348	8.126	554.000
1998	27.828	1,3	19.213	8.615	501.000
1999*	26.476	- 4,9	16.772**	7.567***	471.000
2000*	28.235	6,6	18.062**	8.047***	448.000
2001*	32.278	14,3	21.664**	8.506***	503.000
2002*	37.579	16,4	26.638**	8.847***	590.000

* Einschließlich Kleingewerbe ** Ohne Berlin West *** Ohne Berlin Ost **** Nur alte Bundesländer

Quelle: Statistisches Bundesamt: *Wirtschaft und Statistik, Wiesbaden, Nr. 4/2003; Creditreform: Insolvenzen – Neugründungen – Löschungen, I. Halbjahr 2003, Neuss 2003.*

Lange Zeit galt der sprunghafte Anstieg von Unternehmensinsolvenzen in Krisenphasen als eine Art Frühindikator, der die Beendigung der Rezession und den bald folgenden wirtschaftlichen Aufschwung anzeigte. Dem lag die Beobachtung zugrunde, daß es einen engen Zusammenhang zwischen der kurzen zeitlichen Aufeinanderfolge der verschiedenen Phasen des Konjunkturzyklus einerseits sowie dem Auf und Ab von Unternehmensbankrotten andererseits gibt. Zahlungsunfähigen und in Schwierigkeiten befindlichen Unternehmen gelang es häufig, den Beginn der konjunkturellen Talfahrt zu überleben, so daß die Zahl der Bankrotte erst gegen Ende der Rezession bzw. vor dem Aufschwung ihren höchsten Anstieg verzeichnete. Von diesem Zusammenhang hat sich die Konjunkturforschung längst verabschiedet, denn den Krisenzyklus in seiner früheren Regelmäßigkeit gibt es nicht mehr.

Schon Anfang der zwanziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts stellte Eugen Varga, der sich ein halbes Jahrhundert mit dem Wesen und der Zyklizität in der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung auseinandersetzte fest, daß der Krisenzyklus infolge sich verändernder wirtschaftlicher und politischer Bedingungen selbst ständigen Veränderungen unterliegt.¹ Mit der zunehmenden Verflechtung der

1 Vgl. Eugen Varga: *Ausgewählte Schriften 1918-1964*, Band 3, Berlin 1979.

kurzfristig zyklischen und der längerfristig strukturellen Krisenerscheinungen konnte dies in den letzten Jahrzehnten deutlich beobachtet werden. Es blieb nicht ohne Einfluß auf Tempo, Umfang und Formen des Insolvenzgeschehens.

Insolvenzen dienen auch unter den gegenwärtigen Bedingungen mit dazu, Monopolprofit zu garantieren und die Wanderung des monopolisierten Kapitals in lukrativere Anlagebereiche zu erleichtern. Das gelingt aber nur noch bedingt, läuft viel langwieriger und vielschichtiger ab als in früheren Zeiten und schafft auch nicht mehr die Voraussetzungen für den folgenden Wirtschaftsaufschwung. Ständig hohe Insolvenzzahlen, anhaltend hohe Freisetzung von Beschäftigten, denen keine ausreichend kompensierenden Investitions-, Produktions- und Beschäftigungsimpulse gegenüberstehen, gehen damit einher. Selbst in Jahren »hervorragender konjunktureller Verfassung« nehmen die Bankrotte zu, stellte Creditreform fest.² Der Konjunkturzyklus, d. h. die kurzfristige zyklische Überakkumulation von Kapital und deren rasche gewaltsame Beseitigung, reicht also längst nicht mehr als einziges Erklärungsmuster für das anhaltend hohe Insolvenzgeschehen aus.

Seit längerem vor sich gehende Umbrüche haben an Wirksamkeit gewonnen. Strukturelle Anpassungsprobleme von Wirtschaftszweigen, Branchen und Unternehmen, das Ungleichgewicht zwischen Inlands- und Auslandsexpansion der Unternehmen sowie die nicht bewältigte deutsche Wirtschaftseinheit spielen heute eine zunehmende Rolle. Strukturell bedingte Überakkumulation von Kapital ist zu einem wichtigen Bestimmungsfaktor für das gegenwärtige Insolvenzgeschehen geworden.

Insolvenzen können nicht losgelöst von der Konzentration in der Wirtschaft gesehen werden. Der finanzkapitalistisch dominierte Konzentrations- und Monopolisierungsschub seit den neunziger Jahren hat die Anhäufung von Kapital und Macht zugunsten einer geringen Zahl von Monopolgruppen stark beschleunigt. Fusionen und Übernahmen, Käufe und Verkäufe, häufig global und in Megadimensionen, haben sprunghaft zugenommen. Doch nicht nur über die noch meßbare Enteignung, Aneignung und Zentralisierung fremder Ressourcen – besonders derjenigen von Klein- und Mittelunternehmen – werden monopolistische Expansions- und Machtstrategien heute verwirklicht. Insolvenzen haben unterstützenden Effekt. Sie zeigen sozusagen die andere Seite der monopolistischen Verfügung über fremde Ressourcen an. Insolvenzwellen sind ebenso Kulminationsprozesse für den Monopolisierungsschub wie Konzentrationswellen, da beide objektiv monopolistische Verwertungsinteressen bedienen. Der Unterschied besteht vor allem darin, daß Konzentration bei den führenden Monopolgruppen und zu deren Gunsten erfolgt, Insolvenzen dagegen überwiegend im Bereich der abhängigen und nichtmonopolisierten kleinen und mittelgroßen Unternehmen angesiedelt sind und zu Lasten dieses Sektors gehen. Konzentration und Kapitalvernichtung sind häufig nicht mehr meßbar und verwirklichen sich über vielfältige Formen von Abhängigkeit, Beherrschung und Benachteiligung. Dazu kommt, daß sich mit der allgemeinen Durchsetzung des Shareholder-Value-Prinzips und der wachsenden Rolle der Banken neue Bewertungskriterien für Unternehmen her-

2 Creditreform: Wirtschaftslage Mittelstand, Frühjahr 1999.

ausbilden. Nicht nur die Verwertbarkeit der Kapitale für den Markt entscheidet über ihre Existenz, sondern ihr Wert am Kapitalmarkt. Die klassische Funktion der Unternehmensinsolvenz, nämlich den Markt zu bereinigen, kann auch unter diesem Aspekt nur noch bedingt wirksam werden.

Für das Jahr 2002 wurde vom Statistischen Bundesamt die Rekordzahl von 37 579 Unternehmensinsolvenzen ausgewiesen, 16,4 Prozent mehr als im Jahr davor. Schon seit Anfang der neunziger Jahre erhöhte sich die Zahl der Bankrotte jährlich in beispiellosem Tempo und ab 1993 gab es – mit leichter Ausnahme von 1999 – nur noch Rekordjahre. Nach jüngsten Angaben wurde für das erste Halbjahr 2003 mit 19 953 Insolvenzen ein weiterer Anstieg um 9,1 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum registriert. Neben der Vielzahl von kleinen und mittleren Unternehmen aller Branchen mußten auch renommierte Unternehmen wie der Baukonzern Philipp Holzmann AG, der Maschinenbauer Babcock Borsig AG, Sachsenring Automobiltechnik AG, Photo Porst AG, Grundig AG und andere nach jahrelangen Schwierigkeiten endgültig Konkurs anmelden.

Allerdings ist die gegenwärtige Pleitewelle kein deutsches Phänomen. In allen kapitalistischen Ländern hat die Zahl der Insolvenzen beträchtlich zugenommen, wenn auch zum Teil in geringerem Tempo und mit größeren Schwankungen. Die durchschnittlichen Steigerungsraten in den Ländern der europäischen Gemeinschaft lagen in den letzten beiden Jahren bei 58 bzw. 10,7 Prozent. Knapp drei Viertel aller Insolvenzen in Europa entfallen auf Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien. Im Unterschied zu den USA, wo vor allem spektakuläre Megapleiten wie die der Konzerne Enron, Worldcom, Kmart oder United Airline die Wirtschaft merklich erschütterten, gab es in Europa weniger Großpleiten, die außerdem viel geringere Dimensionen aufwiesen. Dagegen war die Gesamtzahl der Unternehmensbankrotte in Europa in den letzten Jahren jeweils mehr als dreimal so hoch wie diejenige in den USA.

Tabelle 2:

Die größten Firmenpleiten in Europa in den Jahren 2001 und 2002

	Umsatz (Mill. ₣)	Beschäftigte	Branche
Swissair (Schweiz)	10.672	72.000	Luftverkehr
Philipp Holzmann (Deutschland)	6.400	23.000	Bauwesen
Babcock Borsig (Deutschland)	5.113	22.000	Maschinenbau
Kirch Media (Deutschland)	3.300	10.000	Medien
Railtrack (Großbritannien)	3.051	11.530	Eisenbahnverkehr
Moulinex (Frankreich)	2.600	21.000	Haushaltselektrik
Sabena (Belgien)	2.091	7.845	Luftverkehr
André (Schweiz)	1.962		Großhandel

Quelle: Zusammenstellung nach Creditreform: Insolvenzen in Europa

Die Bundesrepublik wies während des vergangenen Jahrzehnts die größte Kontinuität bei der Zunahme sowie im vergangenen Jahr den stärksten Anstieg und nach Frankreich die zweithöchste Zahl von Insolvenzen aus. Historische Vergleiche drängen sich auf. Zur Zeit der großen Weltwirtschaftskrise im Jahre 1931 wurden in Deutschland 27 900 Konkurse und Vergleiche gezählt, unter den Bedingungen eines geringeren Unternehmensbestandes einer der gravierendsten Einschnitte in der neueren deutschen Wirtschaftsgeschichte. Unternehmen aller Größenklassen, Branchen und Regionen waren von Zusammenbrüchen betroffen. Der Pleitenrekord von damals hatte mehr als sechs Jahrzehnte Bestand.

Danach bremsten Kriegsvorbereitung, Krieg und die Besonderheiten der Nachkriegsentwicklung zunächst den Anstieg von Insolvenzen. In den Jahren des »Wirtschaftswunders« erhöhte sich die Zahl ebenfalls nur moderat. Mit 2 827 Insolvenzen wurde 1962 der niedrigste Jahreswert seit Einführung der amtlichen Konkursstatistik im Jahre 1895 ausgewiesen, ein Niedrigrekord, der unangefochten bis heute steht. Denn die zunehmend krisenhafte Wirtschaftsentwicklung ließ in den siebziger und achtziger Jahren die Zahl der Insolvenzen bald wieder ansteigen. Während der konjunkturellen Aufschwünge erfolgte ihr zeitweiliges Absinken, aber immer nur bis auf ein Niveau, welches über dem des vorangegangenen Tiefstands lag.

Für das Jahr 2003 wird in der Bundesrepublik mit mehr als 40 000 Firmenpleiten gerechnet, was einer Zunahme von gut 6 Prozent gegenüber 2002 entspricht. Damit würden insgesamt zwar nur 1,25 Prozent der Unternehmen von Pleiten erfaßt; die negativen Auswirkungen der Insolvenzen auf Wirtschaft und Beschäftigung sind jedoch nicht gering und nehmen noch zu. Denn der Umfang vernichteter Unternehmenspotentiale wächst, die insolvenzbedingte Arbeitslosigkeit erhöht sich und der Volkswirtschaft werden weitere materielle und finanzielle Schäden zugefügt.

Mittelstand im Zentrum des Insolvenzgeschehens

Die Insolvenzbetroffenheit von Unternehmen ist unterschiedlich. Ein weitaus überwiegender Teil entfällt auf Klein- und Mittelunternehmen (KMU), was sich zunächst aus der Tatsache erklären läßt, daß diese Unternehmenskategorie zahlenmäßig überwiegt.³ Nur 0,3 Prozent gehören in die Kategorie Großunternehmen. Bei näherer Betrachtung wird aber auch deutlich, daß KMU generell insolvenzanfälliger sind als Großunternehmen. Ihre finanzielle und Marktsituation ist in der Regel schlechter, ihre materiellen und personellen Ressourcen können sich mit denen von Großunternehmen nicht messen. Des weiteren ist erkennbar, daß innerhalb des Sektors der Klein- und Mittelunternehmen selbst große Unterschiede existieren. Klein- und Kleinstunternehmen werden am stärksten von Insolvenzen betroffen.

Die Zahl insolventer Großunternehmen ist statistisch nicht relevant. Trotzdem können Pleiten weniger Großunternehmen höhere volkswirtschaftliche Schäden verursachen und ein Vielfaches an Arbeitsplätzen vernichten als eine Vielzahl von Bankrotten kleiner Firmen. Das war beispielsweise im Jahre 2002 der Fall, als es in der

3 Als Klein- und Mittelunternehmen gelten in der Bundesrepublik gemäß der Definition des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn (IfM) Unternehmen mit bis zu 499 Beschäftigten und einem Jahresumsatz bis zu 50 Millionen €.

Bundesrepublik eine eher untypische Anhäufung von größeren Insolvenzen gab. Gravierender sind die durch Großpleiten in Gang gesetzten Pleitenketten, die für zahlreiche kleine und mittlere Lieferfirmen zum unverschuldeten Bankrott führen, da deren Forderungen als erste nicht mehr beglichen werden. Der Anteil von Unternehmen, die Schwierigkeiten durch Forderungsausfälle von Kunden erlitten, wird mittlerweile mit 62 Prozent beziffert.

Während Großunternehmen durch ihre wirtschaftliche Bedeutung, ihre hohen Beschäftigtenzahlen, vor allem aber durch ihre weitreichenden Verflechtungs- und Vernetzungsbeziehungen in Wirtschaft und Politik nach einem Bankrott mehr Chancen auf Neuanfang, Übernahme oder teilweise Weiterexistenz haben, trifft das auf die Masse der KMU nicht zu. Die maßgeblichen Beteiligungen der Großbanken an fast allen bedeutenden Unternehmen begünstigen dazu vorrangig solche Lösungen, die neben den Interessen der Banken als Hauptgläubiger auch die Interessen der überschuldeten Großkreditnehmer, an denen sie ja beteiligt sind, bedienen. Die Interessen der kleineren Liefer- und Abnehmerfirmen bleiben unberücksichtigt. Außerdem ist wegen der politischen Brisanz von Großpleiten, wie jüngst die Beispiele des Philipp-Holzmann-Konzerns und die gerade noch abgewendeten Pleiten der Konzerne Mobilcom und Bankgesellschaft zeigten, mit politischer und finanzieller Unterstützung des Staates zu rechnen. Dieser Weg bleibt KMU in der Regel verschlossen.

Insolvenzen sind also in erster Linie ein Problem des mittelständischen Wirtschaftssektors und in besonderem Maße existenzbedrohend für kleine Unternehmen. Mehr als drei Viertel aller insolventen Unternehmen haben nicht mehr als 10 Beschäftigte, nur 1,5 Prozent haben mehr als 100 Beschäftigte. Nach Branchen entfällt ein gutes Drittel der Pleiten auf den gesamten Dienstleistungsbereich, etwas mehr als ein Viertel auf Handel und Gastgewerbe und knapp ein Viertel auf das Baugewerbe. Der Bausektor weist mit 130 Pleiten je 10 000 Unternehmen die höchste Insolvenzquote aus, es folgen Handel mit 61 und Dienstleistungen mit 59 Pleiten. Allein das verarbeitende Gewerbe mit einem Anteil von rund 12 Prozent an allen Insolvenzen, weist mit 50 Pleiten je 10 000 Unternehmen eine geringere Quote aus, hauptsächlich deshalb, weil die Unternehmen durchschnittlich etwas größer sind.

Nach Umsätzen zeigt sich ein ähnliches Bild. Im Jahre 2002 entfiel auf Unternehmen mit Jahresumsätzen von jeweils bis zu 500 000 € – das entspricht lediglich der Hälfte des Umsatzes, der als Obergrenze für die Klassifizierung als Kleinunternehmen gilt – genau die Hälfte aller Insolvenzen. Auf Unternehmen mit Umsätzen bis 5 Millionen € – das ist die untere Grenze für die Einordnung als Mittelunternehmen – entfielen rund 92 aller Insolvenzen. Dagegen kamen auf Großunternehmen mit Umsätzen von jeweils 50 Millionen € und mehr lediglich 0,6 Prozent.⁴

Vom Statistischen Bundesamt werden die Insolvenzen nach Forderungsgrößenklassen gegliedert. Demnach entfallen auf ein Drittel der bankrotten Unternehmen Forderungen bis zu jeweils 50 000 €, auf weitere 40 Prozent Forderungen zwischen 50 000 und 250 000 €. Knapp zwei Drittel aller insolventen Unternehmen mußten demnach

4 Creditreform: Insolvenzen – Neugründungen – Lösungen, Jahr 2002.

5 Statistisches Bundesamt: Wirtschaft und Statistik, Wiesbaden, Nr. 4/2003.

6 Deutsche Bundesbank: Monatsbericht, April 2003.

7 Vgl. Creditreform: Insolvenzen – Neugründungen – Lösungen, I. Halbjahr 2003.

8 Creditreform: Wirtschaftslage und Finanzierung im Mittelstand, Frühjahr 2003.

wegen Schulden bis zu einer viertel Million € ihre Zahlungsunfähigkeit erklären.⁵ Nur 169 der insolventen Unternehmen hatten Schulden von jeweils mehr als 25 Millionen €. Auf sie entfiel mit insgesamt 29 Milliarden € allerdings die Hälfte aller insolvenzbedingten Forderungen.

Unterschiedlich zu beurteilen sind die spezifischen Ursachen der Insolvenzen nach Branchen, Unternehmensgröße und Standort. Weitere Unterschiede resultieren aus der spezifischen Marktsituation, aus Management- und Qualifikationsproblemen, aus der Innovationsfähigkeit sowie aus anderen Gegebenheiten. Eine generelle Hauptursache – gleichfalls mit im einzelnen sehr unterschiedlichen Merkmalen – stellen die ungelösten Finanzierungsprobleme für den Mittelstand dar. Die Finanzlage einer Vielzahl von KMU ist extrem schlecht, vor allem ihre Eigenkapitaldecke ist völlig unzureichend. Angaben darüber variieren erheblich, stimmen jedoch in der Grundaussage überein. So errechnete die Deutsche Bundesbank für 2002 eine durchschnittliche Eigenkapitalausstattung der KMU von 17,5 Prozent.⁶ Andere Berechnungen und Schätzungen liegen noch darunter. Vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband wurde die durchschnittliche Eigenkapitalausstattung auf etwa 7 Prozent beziffert und Creditreform schätzt, daß die Eigenkapitalquote bei mindestens zwei Fünfteln der KMU unter 10 Prozent liegt.⁷ Nach allgemeinen Erkenntnissen gelten Unternehmen mit weniger als 10 Prozent Eigenkapital als hoch insolvenzgefährdet und erst ab einer Quote von etwa 30 Prozent finanziell als einigermaßen stabil. Unter 10 Prozent liegen die Eigenkapitalquoten beispielsweise bei 53,6 Prozent der Unternehmen in der Holz-, Papier- und Druckindustrie, bei 46,2 im Kreditgewerbe und bei 45,2 Prozent der Unternehmen im Ausbau- und Bauhilfsgewerbe.⁸

Tabelle 3:
**Eigenkapitalausstattung des Mittelstandes
bezogen auf die Bilanzsumme**

	1999	2000	2001	2002
Bis 10 Prozent	36,4	39,4	37,2	37,7
Bis 20 Prozent	25,7	27,2	25,1	27,0
Bis 30 Prozent	14,2	14,8	16,2	17,7
Über 30 Prozent	18,3	14,6	15,4	17,7

Quelle: Creditreform: Wirtschaftslage und Finanzierung im Mittelstand, Neuss, verschiedene Jahrgänge.

Klein- und Mittelunternehmen in Deutschland verfügen im Vergleich zu Unternehmen anderer Länder im Durchschnitt über weniger Eigenkapital. Sie sind stärker auf die Finanzierung durch Banken angewiesen, wodurch sie aber unter den gegenwärtigen Veränderungen auf den Finanzmärkten unter besonders starken Anpassungsdruck geraten sind. Strengere Ratingpraxis der Banken wird dazu führen, daß die Eigenkapitalproblematik als Bonitätskriterium für Unternehmen künftig noch größeren Stellenwert erhält. Eigenkapital

muß vor allem als Haftungskapital fungieren, um Verluste ausgleichen zu können und um eine mögliche Zahlungsunfähigkeit abzuwenden. Zugleich stellt es bei der Aufnahme von Fremdkapital eine Sicherheit für den Kreditgeber dar. Unzureichendes oder fehlendes Eigenkapital von Unternehmen ist für die Kreditvergabe der Banken folglich ein Risiko, welches von letzteren immer weniger akzeptiert wird – nicht aus eigener Existenzangst, sondern unter dem Aspekt, weniger hohe Gewinnraten realisieren zu können. Selbst Spitzenverdiener Deutsche Bank bedient sich des Arguments vom zu großen Risiko bei der Reduzierung seines Kreditvolumens für den Mittelstand.

Seit Jahren ziehen sich die Großbanken aus dem wenig profitablen Geschäft mit KMU zurück. Nach Angaben der Bundesbank hat sich das Volumen der Kreditausreichung an Unternehmen in der Bundesrepublik verringert. Auch der Markt für Beteiligungskapital ist rückläufig. Von Creditreform befragte Unternehmen teilten mit, daß Kreditwünsche von ihnen zur Hälfte von den Banken abgelehnt würden.⁹ Mit Recht wird somit die restriktive Kreditvergabepolitik der Banken für die finanzielle Misere der KMU mitverantwortlich gemacht. Sollte sich die Eigenkapitalsituation der KMU nicht in den nächsten Jahren erheblich verbessern, ist das Ende der Insolvenzwelle nicht abzusehen. Die Beschlüsse im Rahmen des Abkommens Basel II stellen ein weiteres, noch nicht voll absehbares Handicap für die Finanzierung mittelständischer Unternehmen dar. Im Zentrum der diesbezüglichen Diskussionen steht eine mögliche Verteuerung von Krediten sowie eine noch restriktivere Haltung der Banken gegenüber den KMU.

Von der Bundesregierung wird gern darauf hingewiesen, daß der Mittelstand »Beschäftigungsmotor«, »Herzstück« und »Rückgrat« der Wirtschaft sei. Immerhin hatten mittelständische Unternehmen Anteile von 99,7 Prozent an der Zahl, 43,2 Prozent am Umsatz, 69,7 Prozent an der Beschäftigung und 48,8 Prozent an der Bruttowertschöpfung aller Unternehmen. Doch die Kluft zwischen der kleinen Zahl finanzstarker, miteinander verflochtener Monopolgruppen auf der einen Seite und der großen Masse meist finanzschwacher KMU auf der anderen Seite wird größer.¹⁰ Die Existenz- und Wachstumsbedingungen für Klein- und Mittelunternehmen haben sich generell verschlechtert.

Im vierzehnten Gutachten der Monopolkommission wird festgestellt, daß die zehn größten Unternehmen in der Bundesrepublik infolge zunehmender Konzentration »in sämtlichen Branchen« ihren Anteil an der Wertschöpfung, am Anlagevermögen und am Cash Flow aller Unternehmen im Zeitraum 2000/2001 gegenüber 1998/1999 weiter erhöhen konnten.¹¹ Für den gleichen Zeitraum stellte das Institut für Mittelstandsforschung eine leichte Zunahme des Anteils der KMU an der Beschäftigung fest; jedoch eine Abnahme ihres Anteils am Umsatz, an der Wertschöpfung und an den Bruttoinvestitionen aller Unternehmen.¹²

Insolvenzen hemmen Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland
Ostdeutschland hat, gemessen an der Bevölkerung und am Unternehmensbestand, einen überdurchschnittlich hohen Anteil an den

9 Creditreform: Insolvenzen – Neugründungen – Löschungen, I. Halbjahr 2003.

10 Vgl. Dietmar Wittich: Neues aus der Klassengesellschaft, in: UTOPIE kreativ, H. 157 (November 2003), S. 989 f.

11 Vierzehntes Hauptgutachten der Monopolkommission 2000/2001, Bundestagsdrucksache 14/9903.

12 Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn, Mittelstand – Definition und Schlüsselzahlen.

Firmenzusammenbrüchen in der Bundesrepublik. Nach dem relativ kurzen Gründungsboom Anfang der neunziger Jahre erreichte die Zahl der Insolvenzen schon 1992 mit 1 092 Fällen ein hohes Niveau und ist seitdem, mit Ausnahme des Jahres 1999, ständig weiter gestiegen. 2002 belief sie sich nach Angaben des Statistischen Bundesamtes auf 8 847, was einem Anteil von 23,5 Prozent an allen Unternehmensinsolvenzen entsprach. Zwar ist dieser Anteil geringer als in den Jahren davor; das weist aber weniger auf eine verbesserte Lage im ostdeutschen Unternehmenssektor hin, als vielmehr auf die Tatsache, daß nun auch Unternehmen in Westdeutschland verstärkt von Firmenpleiten erfaßt werden.

Wie instabil die ostdeutsche Unternehmenslandschaft ist, zeigt ein Vergleich der Häufigkeit von Insolvenzen. Kamen im Durchschnitt der Bundesrepublik im vergangenen Jahr auf 10 000 Unternehmen 129 Insolvenzen, so lag die Häufigkeit in Ostdeutschland weit darüber und reichte von 189 Unternehmen in Thüringen bis zu 300 Unternehmen in Sachsen-Anhalt. In jedem der neuen Bundesländer gab es, bezogen auf den jeweiligen Unternehmensbestand, mehr Insolvenzen als in den alten Ländern. Der Abstand zwischen Ost- und Westdeutschland ist teilweise noch größer geworden. In der Region Ostdeutschland haben Insolvenzen weitaus negativere Auswirkungen auf die Wirtschafts- und Beschäftigungslage als in Westdeutschland und tragen erheblich zur Stagnation von Wachstum und Investitionen und zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit bei.

»Nirgendwo anders hat sich so schnell und mit so viel Tatkraft eine neue Unternehmerschicht entwickelt«, heißt es im jüngsten Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit. Es ist die Rede von 530 000 selbständigen Unternehmen in den neuen Bundesländern.¹³ Allerdings belegen Vergleiche mit dem Unternehmensbestand in den alten Bundesländern, daß nach wie vor eine große Lücke existiert, durch die, nach Einschätzung des IWH Halle, auf längere Sicht der wirtschaftliche Aufholprozeß wesentlich gehemmt wird.¹⁴ Der hohen Zahl von Insolvenzen steht verschärfend eine sinkende Zahl von Unternehmensneugründungen gegenüber. Dadurch ist die Unternehmensdichte (Unternehmen je 10 000 Einwohner), die als Maßstab für die Intensität wirtschaftlicher Aktivitäten in der Region gilt, geringer als in Westdeutschland. Insbesondere trifft das für die Gruppe der wirtschaftlich bedeutenderen Unternehmen zu, die der Umsatzsteuerpflicht unterliegen bzw. bei den IHK eingetragen sind.

Durch die geringe Unternehmensdichte wird in Ostdeutschland die Herausbildung von regionalen Unternehmensclustern und Netzwerken erschwert, die zur Intensivierung der Wirtschaftsaktivitäten führen und schließlich Wertschöpfung und Beschäftigung in der Region erhöhen können.

Insolvenzfördernd wirkt die Tatsache, daß ostdeutsche Unternehmen im Schnitt kleiner sind als Unternehmen in Westdeutschland. Die vorwiegend kleinbetriebliche Größenstruktur der Unternehmen spiegelt sich denn auch im Pleitegeschehen der neuen Bundesländer wider. Im Jahre 2002 wiesen 58,2 Prozent der ostdeutschen Unternehmen Umsätze bis zu einer halben Million € aus, in Westdeutschland 47,3 Prozent. Ab einer halben Million € steigt entsprechend der Anteil westdeutscher Unternehmen. Nach Angaben von

13 Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit, Berlin 2003.

14 IWH Halle: Wirtschaft im Wandel, Halle, Nr. 9/2001.

Creditreform wurden 2002 in Westdeutschland 210 Unternehmen mit Umsätzen von jeweils 50 Millionen € und mehr zahlungsunfähig. In Ostdeutschland, wo es viel weniger Großunternehmen gibt, waren es immerhin noch 20, die eben aus diesem Grund aber wirtschaftlich auch viel schwerer ins Gewicht fielen. Ein ähnliches Bild ergibt sich beim Vergleich der Beschäftigtenzahlen insolventer Unternehmen.

Die Branchengliederung der Unternehmensbankrotte weist in den letzten Jahren auf eine Annäherung zwischen Ost- und Westdeutschland hin. Dennoch ist sie im Zusammenhang mit dem geringeren Wirtschaftspotential und der höheren Zahl von Insolvenzen ein Merkmal der ineffizienteren Wirtschaftsstruktur Ostdeutschlands geblieben. In jedem Wirtschaftsbereich liegt beispielsweise der Anteil insolventer Unternehmen in den neuen Bundesländern deutlich über dem Durchschnitt der Bundesrepublik insgesamt.

Tabelle 4:

**Insolvenzen nach Wirtschaftsbereichen
in Ostdeutschland im Jahre 2002**

	Anzahl	Anteil (in %) an allen Insolvenzen in Ostdeutschland	Anteil (in %) an allen Insolvenzen des Wirtschaftszweiges in der BRD
Verarbeit. Gewerbe	1.010	9,1	25,6
Baugewerbe	3.640	32,8	41,7
Handel	2.480	22,3	28,3
Dienstleistungen	3.970	35,8	24,9

Quelle: Creditreform: Insolvenzen – Neugründungen – Lösungen, Jahr 2002, Neuss 2002; teilweise berechnet.

Anfang der neunziger Jahre entstandene Deformationen und Disproportionen im ostdeutschen Unternehmensgefüge haben sich als Erbe der transformationsbedingten Liquidation von Unternehmenspotentialen großen Stils und der sofortigen Unterordnung der ostdeutschen Wirtschaft unter die Interessen des in Westdeutschland verankerten Großkapitals somit verfestigt.

Das Baugewerbe, welches Anfang der neunziger Jahre rasch expandierte, ist noch immer größter Pleitenbereich. Im verarbeitenden Gewerbe, dem entscheidenden Bereich für wirtschaftliches Wachstum, gibt es die wenigsten Insolvenzen. Wenn jedoch in Betracht gezogen wird, daß gerade dieser Bereich im Vergleich zu Westdeutschland besonders klein und von ungünstigerer Struktur ist, so kann der Schluß gezogen werden, daß die relativ wenigen Pleiten ein relativ hohes wirtschaftliches Gewicht haben und Entwicklungsprozesse empfindlich hemmen können.

Das intensive Insolvenzgeschehen in der Bundesrepublik hat einen so hohen Stellenwert als Hemmnis der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung erlangt, daß wirtschaftspolitische Reaktionen nicht mehr ausbleiben können. So werden von Creditreform die Ar-

beitsplatzverluste zusammengebrochener Unternehmen für das Jahr 2002 mit 590 000 beziffert. Vom Statistischen Bundesamt wurden 274 000 betroffene Beschäftigte gemeldet, die jedoch, wie eingeräumt wurde, als Untergrenze gelten dürften, da einerseits die Meldungen der Finanzämter sehr lückenhaft seien und andererseits Entlassungen oft schon im Vorfeld der Bankrotterklärung vorgenommen werden. In manchen Fällen werden nicht alle Beschäftigten sofort entlassen sondern für einen begrenzten Zeitraum in spezielle Gesellschaften überführt. In jedem Falle allerdings ist angesichts dieser Zahlen dringend Handlungsbedarf geboten.

Die Verbesserung der Existenzbedingungen des Mittelstandes insgesamt und insbesondere der Unternehmen in den neuen Bundesländern muß dabei im Vordergrund stehen. Von Wirtschaftsminister Clement wurde Anfang des Jahres die Offensive »pro Mittelstand« vorgestellt. Sie hat Steuererleichterungen für Kleinbetriebe, Aussetzung der Mitgliedsbeiträge an die Kammern der Wirtschaft für Existenzgründer, Erleichterungen bei der Vergabe von Kleinkrediten und andere Maßnahmen zum Inhalt. Abgesehen von der unzureichenden finanziellen Unterstützung sind die vorgesehenen Maßnahmen schon deshalb wenig erfolgversprechend für die Abwendung der hohen Insolvenzgefährdung von KMU, weil sie Stückwerk bleiben.

Unter den wirtschaftlichen und politischen Bedingungen in der Bundesrepublik dürften kaum Chancen vorhanden sein, eine nachhaltige Mittelstandsförderung, eingebettet in konzeptionell umfassende wirtschaftspolitische Vorstellungen über die künftige Rolle von KMU, überhaupt in die Wege zu leiten. Eines der wichtigsten Ziele wäre die dauerhafte Verbesserung der Finanzsituation von KMU. Das müßte Änderungen in der Haltung der Banken gegenüber KMU einschließen, was aber entsprechend der Logik der Kapitalverwertung im Widerspruch zu den Interessen des Finanzkapitals steht. Wirksame Mittelstandsförderung bedarf starker politischer Unterstützung. Die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik, die bisher unübersehbar die Interessen des Großkapitals schützt und stützt, müßte eine radikale Wende vollziehen.

Wie wenig wirksam wirtschaftspolitische Maßnahmen wirklich sind, zeigen zum Beispiel die Ergebnisse der neuen Insolvenzordnung. Sie wurde im Jahre 1999 in der Bundesrepublik eingeführt, um die bis dahin geltende nicht mehr zeitgemäße Konkurs- und Vergleichsordnung sowie die in den neuen Ländern geltende Gesamtvollstreckungsordnung zu ersetzen. Zu ihren Hauptzielen gehörte es, die Sanierung und den Fortbestand von in Zahlungsschwierigkeiten geratene Unternehmen zu ermöglichen und Kleinunternehmen die Schuldenbefreiung zu erleichtern. Auf diese Weise erhoffte die Bundesregierung, die Zahl der Insolvenzen zu senken und – da entschuldete Unternehmer eher einen neuen Anfang wagen – eine neue Gründungswelle zu initiieren. Diese Ziele wurden bisher nicht erreicht. »Vor allem die Banken, Finanzämter und EU-Behörden zeigen sich kaum kompromissbereit«, nennt das Institut für Mittelstandsforschung als einen der Hauptgründe dafür.¹⁵ Das neue Insolvenzrecht wurde bereits Ende 2001 wieder novelliert.

15 Institut für Mittelstandsforschung: Erste Auswirkungen der Insolvenzrechtsreform 1999 auf mittelständische Unternehmen, Bonn 2001.

UBIRATÁN DE SOUZA

Die Partizipative Haushaltsführung im Bundesstaat Rio Grande do Sul (Brasilien)

Seit mehr als zehn Jahren zieht das Thema »Mitbestimmung bei der Amtsführung« die Aufmerksamkeit von Zivilgesellschaft, Regierungskreisen und akademischer Welt auf sich. Die Partizipative Haushaltsführung hat sich zu einem revolutionären Projekt entwickelt. Aus diesem Grund erweckt sie das Interesse derjenigen, die für die Demokratisierung der Macht eintreten, und trifft zugleich auf Widerstand bei denen, die eine auf wenige Mandatsträger konzentrierte Amtsführung favorisieren.

Die Partizipative Haushaltsführung ist ein Verfahren der direkten, freiwilligen und universellen Demokratie, bei dem die Bevölkerung über den öffentlichen Haushalt und die öffentliche Politik diskutieren und entscheiden kann. Die Beteiligung der Bürger beschränkt sich nicht auf den Akt der Wahl der Exekutive und des Parlaments, sondern geht viel weiter, da über die öffentliche Amtsführung mitentschieden und diese kontrolliert wird. Der einzelne Bürger ist somit nicht mehr nur ein Handlanger der traditionellen Politik, an der er nur einmal alle vier Jahre durch die Abgabe seiner Stimme teilnimmt. Er wird vielmehr zu einem permanenten Protagonisten an der öffentlichen Amtsführung.

Die Partizipative Haushaltsführung vereint die direkte Demokratie mit der repräsentativen Demokratie. Dies ist eine der größten Errungenschaften der Menschheit, die bewahrt und qualifiziert werden muß. Die repräsentative Demokratie ist notwendig, jedoch reicht sie nicht aus, um den Prozeß der Vertiefung der Demokratie innerhalb der menschlichen Gesellschaft voranzubringen. Mehr denn je ist es notwendig, sie mit den verschiedensten Formen der direkten Demokratie zu verbinden, bei denen der Bürger nicht nur an der öffentlichen Amtsführung teilnehmen, sondern auch den Staat mit kontrollieren kann. Die Partizipative Haushaltsführung von Porto Alegre und im Bundesstaat Rio Grande do Sul sind konkrete Beispiele der direkten Demokratie.

Ein anderes Verhältnis zum Staat

Nach dem Fall der Berliner Mauer wurde offensichtlich, daß die Mauer in zwei Richtungen gleichzeitig gefallen ist: nach Osten und nach Westen. Wir befinden uns in einer Krise der fiskalischen und politischen Legitimität des heutigen Staates. Der liberale bürgerliche Staat in seinem aktuellen neoliberalen Zustand hat den Prozeß der sozialen Ausgrenzung und der Konzentrierung menschlicher Ansiedlungen auf die urbanen Zentren vorangetrieben, womit das

Ubiratán de Souza – Dr., Ökonom, 1999-2002 Sekretär des Kabinetts für Haushalt und Finanzen im brasilianischen Bundesstaat Rio Grande do Sul. Der hier abgedruckte Text folgt mit leichten Kürzungen einem Vortrag, den der Autor auf der Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Vereins Helle Panke zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V. »Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert«, die vom 15. bis 17. 11. 2002 in Berlin stattfand, gehalten hat.

»Nachhaltigkeit ist mehr als umweltschonende Entwicklung. Von diesem Grundsatz ausgehend, wurden im Rahmen der Konferenz »Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert«, die vom 15. bis 17. November 2002 in Berlin stattfand, auch Fragen diskutiert, die meist nicht sofort mit dem Thema Nachhaltigkeit in Verbindung gebracht werden. Die hier dokumentierten Beiträge aus Brasilien beschäftigen sich mit solchen Fragen. ... Es geht ... also in erster Linie um Nachhaltigkeit in ihrer sozialen Dimension. Es geht darum, wie ein durch soziale Stabilität und Solidarität geprägtes Denken und Handeln befördert werden kann – und welche Anforderungen daraus an die Politik und an die Politikerinnen und Politiker erwachsen.«
Lutz Brangsch, Leiter des Bereiches Politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, im Entwurf eines Vorwortes für einen dann allerdings unrealisiert gebliebenen Sammelband zur genannten Konferenz vom November 2002.

Scheitern der sogenannten Kompensationspolitik zur Lösung der Probleme der kapitalistischen Gesellschaft deutlich geworden ist. Der Kampf gegen soziale Ausgrenzung erfordert eine öffentliche Politik, die die gerechte Verteilung von Mitteln und Macht auf Städte und auf Länder fördert, indem sie die Formen der direkten Teilnahme der Bevölkerung an der öffentlichen Amtsführung konkret umsetzt. Die Partizipative Haushaltsführung gibt Antworten auf die Herausforderungen der heutigen Zeit und vor allem auf die Legitimitätskrise des heutigen Staates. Sie weist außerdem auf moderne Art und Weise auch den Weg für eine Überwindung der Krise des vergangenen bürokratischen Sozialismus, indem sie kreative und originelle Antworten auf die wichtige politische Frage nach den Gründen des Verfalls und des Zusammenbruchs in Osteuropa, also nach der autokratischen Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft, gibt.

Bei der direkten Demokratie der Partizipativen Haushaltsführung ist es wichtig, daß die Bevölkerung sich auf eine freie und universelle Weise auf öffentlichen Versammlungen beteiligt. Jedem Bürger, unabhängig von seiner Partei-, Verbands- oder Religionszugehörigkeit, ist die Teilnahme an diesem Prozeß garantiert. Das heißt: Niemand hat Privilegien oder einen festen Platz innerhalb der Formen der delegierten Vertretung. Es ist dieses universelle Prinzip, das bei der 13jährigen Erfahrung mit der Partizipativen Haushaltsführung in Porto Alegre und während der 3jährigen im Bundesstaat Rio Grande do Sul dafür gesorgt hat, daß der Prozeß nicht von bestimmten Verbänden für Parteiinteressen vereinnahmt oder von ihnen dominiert werden konnte, so daß die Gesellschaft ihrem Willen auf pluralistische und universelle Weise Ausdruck verleihen konnte.

Diese Form der universellen Beteiligung hat ermöglicht, daß Bürger, die keinerlei Verbindung zu irgendeiner Organisation hatten, dazu angeregt wurden, an den Versammlungen teilzunehmen und dort ihre Forderungen auszusprechen. Das kollektive Zusammenleben innerhalb der Partizipativen Haushaltsführung hat dazu geführt, daß diese Bürger andere Formen der Organisation innerhalb ihrer Gemeinschaft gesucht und somit den Prozeß der Bürgerorganisation gestärkt haben. Auf der anderen Seite können diejenigen, die schon in Institutionen, Verbänden oder Bürgerbewegungen organisiert sind, ihre soziale Basis für die universelle Teilnahme an der Partizipativen Haushaltsführung mobilisieren, auf eine Berücksichtigung ihrer Prioritäten hinwirken und somit ihre Organisation noch weiter stärken. Verlierer bei der universellen Mitbestimmung sind die »Pseudoführer« und »Geisterorganisationen«, die von sich behaupten, Tausende von Menschen zu vertreten, jedoch nicht einmal ihre eigene Führung zu mobilisieren vermögen, Prioritäten zu setzen und Abgeordnete zu wählen.

Die grundlegende Frage der Partizipativen Haushaltsführung ist die Diskussion über den gesamten Haushalt sowie über die öffentliche Politik. Die Bevölkerung darf in ihrer Fähigkeit zur Amtsführung nicht unterschätzt werden, indem ihr nur ein Teil des Haushalts zur Diskussion und Entscheidung vorgelegt wird. Es ist notwendig, den gesamten Haushalt offen zu legen, die Personalausgaben, die Verschuldung der öffentlichen Haushalte, notwendige Dienstlei-

stungen, Investitionen und Aktivitäten innerhalb der Hauptgeschäftstätigkeit, Entwicklungsprojekte ebenso wie die finanziellen Ressourcen, die außerhalb des Haushalts seitens der Bank des Bundesstaates zur Verfügung gestellt werden. Auf diese Weise wird die Bevölkerung immer vertrauter mit den Ausgaben und der öffentlichen Politik und sie schafft damit zugleich die Voraussetzung für ihre effektive Teilnahme an der gesamten öffentlichen Amtsführung. Das kann natürlich nur gelingen, wenn die Regierung der Bevölkerung alle Daten zu Ausgaben und Einnahmen vollständig zugänglich macht und Fachbegriffe erläutert. In Porto Alegre zum Beispiel hat die Partizipative Haushaltsführung Mechanismen zur Kontrolle der Gehaltszahlungen geschaffen, indem eine aus der Regierung, dem Rat der Partizipativen Haushaltsführung und der Kreisebene der Dienstleistungsgewerkschaft bestehende Kommission einberufen wurde, die über die Personalaufstockung im Bereich der öffentlichen Ämter diskutiert und entschieden und somit eine interne und externe Kontrolle über den politischen Aufstieg einzelner Personen ausgeübt hat. Es wurde außerdem ein Bewußtsein dafür entwickelt, daß die Investitionen in sozialen Bereichen wie Bildung und Gesundheit zu neuen Kosten für Personal und Dienstleistungen führen, die bei einem Anstieg der öffentlichen Einnahmen auf gerechte Weise finanziell berücksichtigt werden müssen.

Politischer Wille und Autonomie

Der öffentliche Haushalt ist in Art. 165 Absatz III der brasilianischen Verfassung und in Art. 149 Absatz III der Verfassung der einzelnen Bundesstaaten sowie in Gesetzen zu Staatsorganen auf kommunaler Ebene verankert. Von Bedeutung für die Partizipative Haushaltsführung sind außerdem selbstverständlich auch Art. 1 der Verfassung mit seinem Grundsatz, wonach alle Macht vom Volke ausgeht, Art. 5 Absatz XVI, mit dem das Versammlungsrecht festgeschrieben ist, sowie Art. 5 Absatz XXXIV, der das Recht des einzelnen auf das Einbringen von Petitionen bei Behörden sowie die Auskunftspflicht der Behörden in Angelegenheiten persönlichen Interesses der oder des Anfragenden sichert. Außerdem legt das neue Gesetz zur Offenlegungspflicht vom Mai 2000 in Art. 48 fest, daß Transparenz gewährleistet werden muß – und zwar unter anderem mit der Durchführung von öffentlichen Anhörungen, auf denen Pläne und Gesetze zu Haushaltsleitlinien sowie der Haushalt selbst ausgearbeitet und diskutiert werden.

Damit ist klar, daß für die Partizipative Haushaltsführung kein spezielles Gesetz erforderlich ist, sondern lediglich der politische Wille der gewählten Regierungsvertreter zur repräsentativen Demokratie. Die gewählten Regierungsvertreter behalten das Recht, den Haushaltsantrag auszuarbeiten und ihn dann an die Legislative zu schicken, damit diese ihn als Gesetz verabschiedet. Die repräsentative Demokratie bleibt bei der direkten Demokratie der Partizipativen Haushaltsführung also nicht außen vor, sondern wird sogar noch aufgewertet. Das Parlament hat weiterhin alle konstitutionellen Vorrechte der Analyse von und der Abstimmung über Vorlagen zum Haushaltsgesetz.

Die Partizipative Haushaltsführung sollte durch Regulierungen, Verteilungskriterien und Planungsmethodik gekennzeichnet sein. Je-

»Die Autoren können sich ... auf eine intensive Diskussion dieser Fragen in Lateinamerika stützen. So charakterisiert Leonardo Avritzer die Spezifik dieser Debatte in dieser Region dahingehend, daß in ihr die Fixierung auf die ›Wahl-Demokratie‹ und einen daraus resultierenden ›democratic elitism‹ aufgelöst und ein breiterer Blick auf die Eröffnung von Räumen politischen Handelns eröffnet wird, als es in der tradierten Diskussion bisher üblich war (vgl. Avritzer, Leonardo: *Democracy and the Public Space in Latin America*, Princeton and Oxford 2002, p. 3). Es geht also nicht (nur) um die Korrektur von Fehlentwicklungen in den klassischen demokratischen Institutionen, sondern um ein eigenes Verständnis von Demokratie, das stark durch die Stärkung direkt-demokratischer Elemente geprägt ist. Damit wird jedoch die Demokratie-Debatte aus ihrer Erstarrung in Institutionen-Fragen gelöst und erhält wieder unmittelbar politischen Charakter. Die Frage nach Interessen und den Wegen ihrer Durchsetzung in Staat und Gesellschaft rückt gegenüber dem diese Zusammenhänge oft eher verdeckenden Parteiengeplänkel in den Vordergrund und zunehmend in das Licht der Öffentlichkeit.«
Lutz Brangsch, a. a. O.

»Die vorgestellten Veränderungen in den staatlichen Institutionen sind so nicht der Endpunkt der Bemühungen. Der Partizipative Haushalt in Porto Alegre ist nicht Selbstzweck – er ist ein Mittel, um Menschen die Möglichkeit zu geben, sich mit ihren Lebensverhältnissen auseinander zu setzen, sich Gedanken über Ursachen ihrer Lebensumstände zu machen und schließlich eigene Lösungswege für die großen wie für die kleinen Probleme zu finden. Es ist ein primär politisch-kulturelles Projekt, kein finanztechnisches. Diese kulturelle Dimension ist es, die den hier dargelegten Erfahrungen aus Brasilien das Besondere gibt. Dies wird meist unterschätzt.«

Lutz Brangsch, a. a. O.

doch sollten diese Regeln selbständig von den Gemeinden erarbeitet werden und einen Sozialvertrag zwischen Regierung und Gesellschaft bilden. Die Partizipative Haushaltsführung ist kein fertiges, perfektes und nicht mehr zu diskutierendes Werk. Das wäre auch gar nicht möglich, denn die Behauptung von Perfektion wäre ein Ausdruck von Autoritarismus und käme einer Verneinung des dialektischen Prozesses der konstanten Veränderung und Überwindung des Alten durch das Neue gleich. Mit solchem Verständnis sollten Regierung und Gesellschaft jedes Jahr die Regelung und das Verfahren der Partizipativen Haushaltsführung einer kritischen Bewertung unterziehen; und der Rat der Partizipativen Haushaltsführung sollte dann unabhängig und selbstreglementiert, ohne Bevormundung durch Exekutive und Legislative, diskutieren und entscheiden, welche Veränderungen vorzunehmen sind.

Das Prinzip Selbstreglementierung, das bei der Partizipativen Haushaltsführung in Porto Alegre und im Bundesstaat Rio Grande do Sul angewendet wird, hat zu einer konstanten Modernisierung der demokratischen Mechanismen und der Mechanismen zur partizipativen Planung geführt.

Damit die Partizipative Haushaltsführung ein effektiver und ernsthafter Prozeß der Bürgerbeteiligung wird und nicht nur beratende Funktion hat, ist es notwendig, daß die von Bevölkerung und Regierung getroffenen Entscheidungen dokumentiert und veröffentlicht werden. Bei dem in Rio Grande do Sul laufenden Projekt besteht dieses Dokument aus den Planungsmaterialien auf dem Gebiet der Investitionen und Dienstleistungen. Damit wird ermöglicht, daß die Bevölkerung die Ausführung von beschlossenen Arbeiten und Dienstleistungen begleiten und überwachen kann. Die Regierung muß jährlich Rechenschaft ablegen, womit eine effektive gesellschaftliche Kontrolle über die Staatsführung garantiert wird.

Herausbildung eines freiheitlichen Bürgerbewußtseins

Das Verfahren der Partizipativen Haushaltsführung hat die Herausbildung eines freiheitlichen Bürgerbewußtseins befördert. Dieses Bewußtsein ist nicht das Ergebnis eines geplanten und dogmatischen Verfahrens, das direkt von einer Elite gelenkt und durch die Medien verbreitet worden ist, sondern es hat seinen Ursprung in der Entdeckung der Kraft der kollektiven Praxis durch die Bürger. Dabei ist die Solidarität jener Leitfaden, durch den das soziale Bewußtsein in jedem Bürger wachgerufen wird. Dieses Bewußtsein erweckt in den Menschen auch das Bewußtsein für ihre Rechte als Bürger, denn sie haben das Recht auf Bildung, Gesundheit, die Verbesserung ihrer Lebensqualität und andere Rechte, die nicht im Bereich des öffentlichen Haushaltes liegen, die jedoch von dem allgemeinen Kampf der Bevölkerung für die Umstrukturierung der Wirtschaft und der Gesellschaft abhängen. Dieses Bürgerbewußtsein hat auch zur Solidarität der Mehrheiten in bezug auf die Anerkennung und Gewährleistung der Rechte von Minderheiten geführt.

Ein anderer wichtiger Faktor der psychosozialen Auswirkungen ist die öffentliche Anerkennung des einzelnen Bürgers durch seine Gemeinschaft innerhalb der Partizipativen Haushaltsführung, die wiederum zu einer Stärkung seines Selbstbewußtseins führt.

Demokratisierung der sozialen Beziehungen

Die Erfahrung der Partizipativen Haushaltsführung spielt eine strategische Rolle bei der Demokratisierung der vielfältigen sozialen Wechselbeziehungen – nicht nur zwischen dem einzelnen und den Behörden selbst, sondern auch zwischen dem einzelnen und den Institutionen, den Gewerkschaften, den politischen Parteien und zwischen all diesen Gremien untereinander.

Anders als bei der Partizipativen Haushaltsführung in Porto Alegre, wo es um die direkte Verbindung zwischen der Stadtregierung und der Bevölkerung geht, gibt es im Bundesstaat Rio Grande do Sul für die öffentliche Staatsmacht außer der Bevölkerung noch ein anderes politisches Subjekt: die Verwaltungen und Parlamente auf kommunaler Ebene.

In diesem Sinne hat sich ein Raum zur Qualifizierung der Beziehungen zwischen Bundesstaatsregierung und den Präfekturen mit Beteiligung und Kontrolle durch die Bevölkerung geöffnet. Die freiwillig von der Regierung auf bundesstaatlicher Ebene bereitgestellten Haushaltsmittel für die politische Zusammenarbeit mit kommunalen Regierungen werden unter Einbeziehung der von der Partizipativen Haushaltsführung in Rio Grande do Sul aufgestellten Prioritäten und von objektiven Kriterien der regionalen Verteilung beleuchtet. Den kommunalen Räten – zum Beispiel für Gesundheit, Sozialhilfe, Landwirtschaft, Wohnungsbau – kommt somit zusammen mit den kommunalen Abgeordneten der Partizipativen Haushaltsführung eine entscheidende Rolle zu. Und zwar nicht nur bei der Ausarbeitung des Haushalts, sondern vor allem bei seiner Durchführung, indem sie sowohl die direkt vom Staat als auch die in Zusammenarbeit mit den Kommunen durchgeführten Investitionen überprüfen. Die traditionellen und lobbyorientierten politischen Beziehungen weichen somit auf allen Ebenen einer neuen Form der öffentlichen Amtsführung unter sozialer Kontrolle, wodurch der föderative Pakt zwischen Staat und Kommunen qualifiziert wird.

Widerstände

Der Aufbau der Partizipativen Haushaltsführung auf bundesstaatlicher Ebene hat zu neuen Herausforderungen und Lehren bei der Bürgerbeteiligung und der demokratischen Planung innerhalb der öffentlichen Amtsführung geführt.

Politikern mit traditionellem Politikverständnis ging und geht es noch immer darum, mit allen Mitteln die Umsetzung der Partizipativen Haushaltsführung zu verhindern – ob auf juristischem Wege oder durch politische Aktionen mit populistischem Charakter.

Das Projekt der Partizipativen Haushaltsführung auf Bundesstaatsebene hat die politische Rechte und die Lobbypolitiker erschreckt, die nicht bereit sind, politische Macht zu verlieren und die Veränderungen der politischen Kultur innerhalb der Gesellschaft, die eine Folge dieses Prozesses sind, zu akzeptieren.

Viele Kritiker meinen, das Projekt der Partizipativen Haushaltsführung sei nur auf kommunaler Ebene möglich und könne nicht auf Bundesstaats- oder gar Bundesebene angewandt werden, da diese sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht viel kom-

»Wenn den Exponenten dieser Politik unterstellt wird, sie würden mit dem Partizipativen Haushalt die Menschen für dumm verkaufen, weil sie die Illusion nähren, im kapitalistischen System ließen sich grundlegende Machtverhältnisse allein durch Umverteilung lösen; oder, daß sie mit ihren Bemühungen nur die Menschen von den wirklich wichtigen Auseinandersetzungen in Grundfragen ablenken würden, wird allerdings auch der Ansatz überfordert. Im Rahmen des von den Autoren vorgestellten Konzeptes wird ein Baustein für die Gestaltung von Gesellschaft geschaffen, vor allem aber ein neuer Raum für die Auseinandersetzungen um die Zukunft eröffnet – nicht mehr und nicht weniger. Die hier dargestellten Vorstellungen ersetzen nicht weitergehende politische Projekte, sie stellen sie jedoch in einen neuen Kontext, eröffnen neue Bündnisoptionen und die Möglichkeit der Nutzung neuer Formen. Sie verändern wichtige Rahmenbedingungen für politisches Handeln, vor allem der bisher diskriminierten und marginalisierten Gruppen.«
Lutz Brangsch, a. a. O.

»Ist Selbstveränderung nicht selbstverständliches Element der dargestellten Prozesse, werden sie sich erschöpfen und tatsächlich nichts anderes als ein weiteres Instrument von Klientelpolitik werden. Dieser Gefahr ist man sich in Porto Alegre durchaus bewußt. Sergio Baierle, der bereits seit vielen Jahren den Partizipativen Haushalt in Porto Alegre analytisch begleitet, spricht in diesem Zusammenhang davon, daß sich der Partizipative Haushalt dort genau aus diesem Grunde an einem Scheideweg befinde (Baierle, Sergio: *The Porto Alegre Thermidor? Brazil's Participatory Budget at the Crossroad*, in: *Socialist Register 2003*, p. 305 ff.) Daher beschreiben die Autoren ihre Erfahrungen auch als offene Lernprozesse. Diese Lernprozesse betreffen die Parteien und Organisationen, aber auch die »einfachen Menschen«, diejenigen, die an demokratischen Prozessen unmittelbar teilnehmen. Demokratie setzt auch Lernen voraus.«
Lutz Brangsch, a. a. O.

plexer seien. Unsere Erfahrung in Rio Grande do Sul beweist das Gegenteil.

Selbst bei der schwierigen, von der vorhergegangenen Regierung übernommenen finanziellen Situation ist die Kraft der Partizipativen Haushaltsführung auf bundesstaatlicher Ebene viel größer als auf kommunaler Ebene. Die Größenordnung der Haushalts- und anderweitiger Ressourcen, die durch eine Politik der finanziellen Gesundung des Bundesstaates potenziert werden können, eröffnet mittelfristig die Möglichkeit, beträchtliche materielle Ergebnisse in der Politik, im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen und bei Projekten zur Arbeits- und Einkommensbeschaffung zu erzielen.

Die Partizipative Haushaltsführung im Bundesstaat hat einen Prozeß der Radikalisierung der Demokratie ausgelöst, der Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen der Gesellschaft und allen öffentlichen Bereichen des Staates haben wird. Je mehr die Bevölkerung über den Haushalt des Bundesstaates diskutiert, desto stärker wird auch die Diskussion der kommunalen Haushalte angeregt. Die Haushaltsdebatte des Bundesstaates in der legislativen Phase durch öffentliche Anhörungen der Planungs- und Finanzkommission ist ein Beweis dafür.

Dabei muß immer wieder unterstrichen werden: Die Partizipative Haushaltsführung im Bundesstaat befindet sich erst in ihrem Anfangsstadium. Ihre Realisierung verläuft nicht linear, sondern sie bringt viele Auseinandersetzungen und Kämpfe mit sich – Kämpfe, bei denen die Regierung und die verschiedenen Bereiche der Gesellschaft die Fähigkeit ausprägen müssen, Verbündete innerhalb der gesamten Gesellschaft zu finden, denn nur dann wird es möglich sein, die reichen und vielfältigen Erfahrungen der Bürgerbeteiligung und der Entwicklungsprojekte für Rio Grande do Sul zu akkumulieren.

An der Umsetzung der Partizipativen Haushaltsführung des Bundesstaates für das Jahr 2000 nahmen an den öffentlichen Versammlungen in den Kommunen direkt und freiwillig nicht weniger als 190 000 Menschen teil. Sie debattierten, machten Vorschläge, stimmten ab und entschieden somit über die Prioritäten im Bereich der Investitionen, der öffentlichen Dienstleistungen und der Entwicklungsprojekte für den Bundesstaat. Priorität haben diesen Entscheidungen zufolge Landwirtschaft, Bildung, Gesundheit sowie die Arbeits- und Einkommensbeschaffung.

Der Bundesstaat wurde in 22 Regionen aufgeteilt, die mit denen der Regionalen Entwicklungsräte (*Conselhos Regionais de Desenvolvimento – COREDES*) identisch sind. Diese regionalen Räte waren 1994 kraft Gesetz auf bundesstaatlicher Ebene mit dem Ziel einberufen worden, durch repräsentative Institutionen die Beteiligung der Gesellschaft an der Planung der regionalen Entwicklung zu fördern. Auf dieser regionalen Basis wurde nun also die Bevölkerung dazu aufgerufen, Prioritäten für Arbeiten sowie für öffentliche Dienstleistungen und Programme in den Bereichen Landwirtschaft, Sozialhilfe, Kultur, Bildung, Stromversorgung, Arbeit und Einkommen, Wohnungsbau, Kanalisation, Gesundheit, Sicherheit, Öffentlicher Personenverkehr und Asphaltierung von Straßen zu diskutieren und festzulegen.

Öffentliche Versammlungen auf kommunaler und regionaler Ebene

In den Monaten März bis Juni 1999 wurden drei öffentliche Versammlungen auf kommunaler Ebene in den 467 Kommunen des Bundesstaates und in weiteren sich in der Emanzipierungsphase befindenden Kommunen abgehalten, wo die Bürger diskutieren, Vorschläge machen und über Programme jeder einzelnen Kommune im Kontext ihrer Region abstimmen konnten. Außerdem wurden Abgeordnete gewählt, die die Kommunen bei den Regionalen Vollversammlungen vertreten. Um ein demokratisches Vorgehen zu sichern, wurden Wahlscheine und ein transportables Computersystem genutzt, mit dessen Hilfe die Wahl- und Abstimmungsergebnisse schnell und zuverlässig ermittelt werden konnten.

In manchen Kommunen wurden in Abhängigkeit von Einwohnerzahl und geographischer Lage mehrere Versammlungen einberufen, so daß die Zahl der kommunalen Versammlungen im gesamten Bundesstaat am Ende 622 betrug.

Bei der vorher abgestimmten Planungsmethodik wurden als Ergebnis jeder dieser Versammlungen drei Punkte für das als am wichtigsten befundene Thema, zwei Punkte für das zweitwichtigste und ein Punkt für das drittwichtigste Thema vergeben, so daß bei einer Summierung dieser Punkte herausgefunden werden konnte, welches Thema tatsächlich oberste Priorität genießt und welche Themen sich in welcher Reihenfolge anschließen. Den gewählten Abgeordneten kam dann die Aufgabe zu, die Forderungen der Kommunen zu systematisieren und eine regionale Themenhierarchie herzustellen. Unter den regionalen Abgeordneten wurden dann die Räte gewählt, die den Rat der Partizipativen Haushaltsführung des Bundesstaates bilden. Außerdem gab die Regierung des Bundesstaates eine erste Schätzung zu den Einnahmen und den großen Kostenpunkten für das kommende Jahr ab.

Die thematischen Prioritäten und die Forderungen in bezug auf Arbeiten und Dienstleistungen, die innerhalb der Themenpunkte auf regionaler Basis hierarchisiert sind, wurden von der Regierung bezüglich ihrer technischen, rechtlichen und finanziellen Machbarkeit in Hinblick auf die Ausarbeitung des Haushalts und die Planung der Investitionen und Dienstleistungen analysiert und dann zum Planungsindikator für die Zuteilung von Ressourcen für Arbeiten und Dienstleistungen auf regionaler Ebene.

Oberste Priorität genossen die Themen Landwirtschaft mit 854 Punkten, Bildung mit 667 Punkten und Gesundheit mit 579 Punkten.

Zeitgleich mit den kommunalen Versammlungen fanden in den 22 Regionen des Bundesstaates offene Versammlungen zu den Prioritäten der Entwicklung der jeweiligen Region und des Bundesstaates statt. Dafür war eine thematische Grundlage geschaffen worden, zu der auch ein Überblick über die Haushaltsressourcen und über jene Finanzmittel, die von der Bank des Bundesstaates, BANRISUL, außerhalb des Haushaltes zur Verfügung gestellt wurden, gehörte. Die Ergebnisse der Abstimmung wurden zum Planungsindikator für die Planungen des Bundesstaates. Oberste Priorität auf dieser Ebene hatten die Themen Landwirtschaft mit 54, Arbeit und Einkommen mit 48 und Transport mit 11 Punkten.

»Die Publikation dieser Beiträge ist so aus meiner Sicht keine Flucht vor den Unannehmlichkeiten der Auseinandersetzungen mit den verkrusteten politischen Strukturen in Europa in die exotischen Gefilde Südamerikas. Ich meine, daß die hier vorliegenden Beiträge und die dahinter stehenden Debatten und Praktiken wichtige Anregungen für unsere Diskussionen zur ›Demokratisierung der Demokratie‹, zur Ausweitung des Rechtes auf Bürgerbegehren, zur Zukunft der kommunalen Selbstverwaltungen und ähnliches sind. Sie sind vor allem eine Bereicherung dieser Diskussion in der Hinsicht, daß sie die Frage der politischen Kultur der linken Bewegung selbst mit Nachdruck auf die Tagesordnung stellen und davon ausgehend die Fähigkeit der Menschen zu Selbstorganisation und selbstbestimmtem politischen Handeln ernst nehmen.«

Lutz Brangsch, a. a. O.

Der Staatsrat der Partizipativen Haushaltsführung im Bundesstaat

Im Juli 1999, nach Abschluß der regionalen Vollversammlungen und der Thematischen Vollversammlung auf Bundesstaatsebene, wurden die Räte, aus denen sich der Staatsrat der Partizipativen Haushaltsführung im Bundesstaat zusammensetzt, in ihr Amt eingeführt. Die Räte konnten über den Haushaltsantrag, der bis zum 15. September der Legislativen Versammlung vorgelegt werden mußte, diskutieren und abstimmen. Außerdem konnten sie über die Planung der Investitionen und Dienstleistungen der Partizipativen Haushaltsführung diskutieren und abstimmen. Das Mandat der Räte dauerte ein Jahr, ihre Arbeit war freiwillig und wurde nicht vergütet.

Der Staatsrat der Partizipativen Haushaltsführung von Rio Grande do Sul setzte sich aus 204 Mitgliedern zusammen. 69 der Sitze waren auf die 22 Regionen proportional zur Bevölkerung jeder Region im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung des Bundesstaates verteilt, womit dem Prinzip der politischen Vertretung proportional zur Bevölkerung Rechnung getragen wurde. Weitere 69 Sitze gingen an die 22 Regionen nach einem anderen Prinzip – nämlich proportional zur Bürgerbeteiligung an den öffentlichen Kommunalversammlungen der Partizipativen Haushaltsführung jeder Region im Verhältnis zur Gesamtbürgerbeteiligung innerhalb des Bundesstaates. Auf diese Weise wurde dem Prinzip der Bürgerbeteiligung an der direkten Demokratie Rechnung getragen. Weitere 44 Sitze – zwei pro Region – wurden auf Empfehlung der Regionalen Entwicklungsräte besetzt, die bei der Einführung der Partizipativen Haushaltsführung die Zusammenarbeit mit der Regierung unterstützt haben. Schließlich gab es 22 weitere Sitze zur Thematik der Entwicklung des Staates.

Die Regierung nahm an den Versammlungen des Staatsrates mit zwei Vertretern ohne Stimmrecht teil: mit dem Spezialsekretär des Büros für Haushaltsführung und Finanzen sowie mit der Spezialsekretärin des Büros für Beziehungen innerhalb der Kommunen.

Haushaltsgrundlage und Planung der Investitionen und Dienstleistungen

Im August 1999 erarbeitete das Büro für Haushaltsführung und Finanzen des Bundesstaates ausgehend von den Planungsindikatoren als Ergebnis der Prioritäten der regionalen Basis, den Prioritäten der thematischen Grundlagen zur Entwicklung des Bundesstaates, den Bedürfnissen der Regierung zur Weiterführung der wichtigsten Dienstleistungen und laufenden Projekte und gestützt auf die Einbeziehung der voraussichtlichen Einnahmen die erste Haushaltsgrundlage. Diese Grundlage präsentierte eine detaillierte Auflistung der Personalausgaben, der laufenden Ausgaben, der Kapitalausgaben, der Bedienung der Schulden und der Kontingentreserve, und zwar für jedes einzelne Organ der Exekutive einschließlich der anderen Staatsgewalten (Legislative, Judikative und der Staatsanwaltschaft). Nach einer breiten Diskussion und der Entscheidungsfindung innerhalb der Regierung wurden die Haushaltsgrundlage und der Antrag für die Planung der Investitionen und Dienstleistungen dem Staatsrat der Partizipativen Haushaltsführung von Rio Grande do Sul zur Diskussion unterbreitet.

Ende August/Anfang September legte der Staatsrat die Haushaltsgrundlage und den Antrag zum Investitionsplan den 22 Regionen mit ihren regionalen und thematischen Delegierten zur Diskussion vor.

Die Diskussion und Erarbeitung des Investitionsplanes trägt neben den von der Gemeinde festgelegten Prioritäten den progressiven Kriterien zur Verteilung der Ressourcen unter den Regionen Rechnung. Wenn man bedenkt, daß die Regionen des Bundesstaates in bezug auf ihre Größe, ihre Bevölkerung, den Mangel an öffentlichen Dienstleistungen und an Infrastruktur nicht gleich sind, ist es notwendig, objektive und progressive Kriterien für die Verteilung der Ressourcen auf die Regionen festzulegen, die der Bevölkerung der einzelnen Region, dem Mangel an Infrastruktur und Dienstleistungen oder der Behandlung der einzelnen Themen jeder Region sowie den thematischen Prioritäten der Partizipativen Haushaltsführung in der Region Rechnung tragen.

Am 7. September 1999 diskutierte und entschied der Staatsrat bei seiner Versammlung in Porto Alegre über den Haushaltsantrag, festgehalten im Dokument zur Direkten und Indirekten Verwaltung, im Wert von R\$ 8,8 Milliarden für das Jahr 2000, einschließlich der Ausgaben für Investitionen im Wert von R\$ 751 Millionen.

Am 15. September 1999 übergab der Gouverneur Olívio Dutra im Beisein seines Vize-Gouverneurs Miguel Rossetto sowie von Staatssekretären, Räten und Abgeordneten der Partizipativen Haushaltsführung des Bundesstaates und weiteren rund 5 000 Menschen den Haushaltsantrag an das Parlament.

Diskussion zum Haushaltsantrag 2000 im Parlament des Bundesstaates

Kein Projekt der Regierung wurde im Jahr 1999 von der Legislative so intensiv diskutiert wie der Haushaltsantrag für das Jahr 2000. Es war das Parlament, das sich – auf der einen Seite positiv beeinflusst vom Erfolg der Bürgerbeteiligung, auf der anderen Seite negativ gestimmt von Teilen der Opposition, die sich gegen die Partizipative Haushaltsführung überhaupt stellten – zu einer Neugründung veranlaßt sah: zur Gründung des »Demokratischen Forums«. Mit ihm sollte die Gesellschaft nicht nur in die Diskussion über den Haushaltsantrag einbezogen werden, sondern auch über andere dem Parlament vorgelegte Gesetzesprojekte. Bis jetzt – so muß angemerkt werden – ist es aber erst nur bei der Haushaltsdebatte geblieben. Dennoch führte in diesem Zusammenhang die Kommission Planung und Finanzen des Parlaments 22 öffentliche Anhörungen durch, an denen 7 549 Personen teilnahmen. Obwohl hier keine Entscheidungen getroffen wurden – bei den Versammlungen wurden keine Abstimmungen durchgeführt –, ermöglichten diese Versammlungen eine angeregte Debatte unter Beteiligung von Abgeordneten, Regierung und Gesellschaft, die die Prioritäten des Haushaltsantrags 2000 bestätigte und die Partizipative Haushaltsführung als eine neue Form der öffentlichen Amtsführung konsolidierte.

Schließlich verabschiedete das Parlament des Bundesstaates Rio Grande do Sul am 29. November 1999 mit 50 Stimmen, keiner Gegenstimme und vier Enthaltungen den ersten Partizipativen Haushalt des Bundesstaates. Nur 224 der insgesamt 1276 von den Abgeord-

neten (415), Bürgern (177) und der Kommission (684) vorgelegten Abänderungsvorschläge wurden verabschiedet.

Eine demokratische Amtsführung, die Bewußtsein und Bürgersinn weckt

Das Projekt der Partizipativen Haushaltsführung geht über den Prozeß der öffentlichen Amtsführung und der demokratischen Planung hinaus und weckt Bewußtsein und Bürgersinn.

Es gibt eine Anekdote, die sich bei der Einführung der Partizipativen Haushaltsführung im Bundesstaat ereignete und auf exemplarische Weise die Rolle des staatsbürgerlichen Bewußtseins in diesem Prozeß verdeutlicht: Noch während die Gemeinde über die Prioritäten für den Haushalt 2000 diskutierte, strengte ein Abgeordneter des Bundesstaats Rio Grande do Sul ein Gerichtsverfahren an, um die Fortsetzung der Partizipativen Haushaltsführung zu verhindern. Das Gericht, das sich nicht der für die Partizipative Haushaltsführung implizierten Vorteile seines Urteils bewußt war, verbot der Regierung des Bundesstaates, für die Versammlungen der Partizipativen Haushaltsführung eine Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Von diesem Moment an organisierten die Abgeordneten der Partizipativen Haushaltsführung, die Bürgermeister der Kommunen sowie die Bürgerorganisationen und Bürger ihre Versammlungen in einem Prozeß der Selbstorganisation der Gesellschaft. Als Ergebnis dieses Prozesses wurde von Bürgereinrichtungen und politischen Parteien das Forum zur Verteidigung der Bürgerbeteiligung in Rio Grande do Sul (*Fórum Gaúcho em Defesa da Participação Popular*) gegründet. Die Partizipative Haushaltsführung hatte so ihre Feuertaufe bestanden – und die Gesellschaft machte einen Qualitätssprung in ihrem vom Staat unabhängigen Organisationsprozeß.

FRANCISCO DE OLIVEIRA

São Paulo als »Lackmustest« der Partizipativen Haushalts- führung

In den vergangenen Jahrzehnten wurde die Begrenztheit festgeschriebener, bislang unangetasteter demokratischer Formen gerade im Hinblick auf die Vertretung von Interessen der Bürgerinnen und Bürger immer offensichtlicher. Dies festzustellen heißt nicht, daß es darum ginge, den Wert dieser demokratischen Formen insgesamt zu leugnen – auch wenn sie in Brasilien (und insgesamt in Lateinamerika, Afrika und Asien) nur zu bestimmten Zeiten zur Anwendung kamen und dann durch Diktaturen und autoritäre Formen unterdrückt wurden.

Nein, es geht darum, die Gründe für diese Begrenztheit zu erkennen und über andere Formen demokratischer Beteiligung nachzudenken.

Es sind vor allem die wachsende Komplexität der sozialen Beziehungen innerhalb der postindustriellen Gesellschaften, weitgehend diversifizierte Sozialstrukturen, die Macht der Medien, die enorme Konzentration von wirtschaftlicher Macht, die komplexen Wechselwirkungen von Staat und Gesellschaft sowie Staat und Markt, die die bisherige Form politischer Vertretung ins Wanken bringen. Das Entstehen nicht-institutioneller politischer Organisationsformen wie etwa der sogenannten »Nichtregierungsorganisationen«, die als Akteure neben Gewerkschaften und politische Parteien treten, zeigt die erwähnte Begrenztheit auf eine andere Weise: Die klassischen Formen von Vertretung funktionieren offensichtlich nur, wenn hierfür ein hoher Preis gezahlt wird, nämlich: einen wichtigen und wertvollen Teil der Gesellschaft von der Politik auszuschließen.

Eine weitere die Begrenztheit fördernde Tendenz ist das Aufblähen der Exekutive. Sie tritt nicht nur an die Stelle der Legislative, sondern drängt auch die Justiz an den Rand. Immer mehr Macht wird in Institutionen konzentriert, die für den Bürger wenig transparent und die nur noch auf Sicherung ihrer eigenen Existenz fixiert sind. Diese Exekutive verhält sich so, als ob ihr sämtliche Vollmachten in einer Art und Weise übertragen worden wären, die Guillermo O'Donnell »delegative Demokratie« nannte. Der Rückgriff auf außerordentliche Maßnahmen – ein Instrument, das seinen Ursprung im *tempo presto* der Weimarer Republik hat und von allen modernen Verfassungen aufgegriffen wurde – wurde letztlich eine Art »permanente Ausnahme«. Angesichts der Geschwindigkeit, mit der sich der globale Kapitalismus im *tempo prestissimo* verändert, bringt er die politische Institutionalität, die einst im *Tempo lento e maestoso* verfaßt worden ist, in äußerste Bedrängnis.

Der Text folgt einer Studie, die der Autor im Auftrag des Rosa-Luxemburg-Instituts São Paulo erarbeitet hat.

Die direkte Demokratie im ursprünglichen Sinne – jener Traum von der »ewigen Rückkehr« zur griechischen *Agora* – ist angesichts der aktuellen Dimensionen der *Polis* weder im Hinblick auf die Bevölkerungszahlen noch auf die Heterogenität der Sozialstruktur machbar. Ginge es doch um eine Struktur, die – anders, als es damals im Goldenen Zeitalter Griechenlands der Fall gewesen ist – weder Nicht-Besitzende noch Frauen ausschließt. So haben wir es einerseits mit der repräsentativen Demokratie auf der Ebene sowohl der Legislative als auch der Exekutive und andererseits mit der Tatsache zu tun, daß eine direkte Demokratie im reinen Sinne nicht machbar ist. Aber es muß etwas geschehen, denn es ist zu einer fast vollständigen Intransparenz und Oligarchisierung der institutionellen Politik gekommen. Selbst die *good governance* – ein Thema, das der Rechten in ihren theoretischen Debatten sehr am Herzen liegt – öffnet den Bürgerinnen und Bürgern keine neuen Räume.

Durch die Konzentration von wirtschaftlicher Macht, mit der sich solche Giganten wie *Microsoft* selbst der Regierung der USA widersetzen, werden die politischen Institutionen zu Anachronismen, wobei die Medien diese Tendenz mit ihrem Diskurs über die Inflexibilität der Regierung, über eine lustlose Exekutive und eine langsame Justiz häufig noch verstärken. Außerdem führte diese Konzentration dazu, daß das liberale Paradigma von freier Wahl und freier Initiative als *conditio sine qua non* der Demokratie zu einer Fiktion geworden ist. Die Möglichkeit der Verteilung von Reichtum über Marktmechanismen hat den Boden der Fiktion, auf dem sie sich übrigens immer bewegte, verlassen, um sich in das genaue Gegenteil zu verkehren. Infolge der Zerstörung des Wohlfahrtsstaates nimmt die Ungleichheit innerhalb der am meisten entwickelten Länder ständig zu. Und an der Peripherie wird dieses Desaster noch dadurch vergrößert, daß das Wenige, was erreicht werden konnte, zerstört wurde und sich der Begriff der Gleichheit semantisch selbst disqualifizierte, indem er für die ärmsten Länder zu einer reinen Kostenposition wurde – einer Kostenposition, die verhindert, daß sich das Kapital ihrer annimmt.

In der liberalen Tradition – wie zum Beispiel der in den USA – war es der Realismus, der zur Institutionalisierung von Gruppeninteressen führte, die in der Vergangenheit als antipolitisch und als unerwünschte Einmischung in die institutionelle Macht angesehen wurden. Es kam zur Bildung von *lobbies*, für die in den USA Regeln und Vorschriften erlassen wurden, und die – ohne an eine Partei gebunden zu sein – Zugang zu den Entscheidungszentren auf allen Ebenen der Exekutive, Legislative und Justiz eröffnen sollten. In anderen, weniger liberalen und weniger offenen Traditionen bestehen und funktionieren solche außerpolitischen Gruppierungen innerhalb der Grauzone von Korruption.

Dieses Gesamtgeflecht aus globaler Dimension, hohem Tempo von Umgestaltung und Veränderung, Entpolitisierung der Wirtschaft und Denationalisierung der Politik bewirkt, daß die Territorialität als Grundlage von Politik überhaupt keine adäquate Form für die Realisierung des Willens der Bürgerinnen und Bürger mehr darstellt. Das System hat sich offenbar in eine Nicht-Form verwandelt, die unnahbar für die Bürgerinnen und Bürger ist, sich aber weiterhin der

klassischen bürgerlichen Formen bedient – und zwar im Stile der Prämoderne patrimonial und patriarchalisch –, während sich die reale Bewegung schon längst nicht mehr an ihnen orientiert.

Ohne die Anstrengungen der Bürgerinnen und Bürger, ihrerseits jene überholten und festgeschriebenen Formen zu überwinden und sich Zugang zur Komplexität des Lebens zu verschaffen, wäre die »Lebenswelt« nach Habermas bereits längst in einer »Systemwelt« untergegangen. Alle neuen Organisationen sind neue Formen im Umgang mit einer Komplexität, die durch die geltende Institutionalität unterdrückt worden ist. In einer Art unermüdlichen Aufbaus und Wiederaufbaus von Demokratie innerhalb eines großartigen Spektrums, das vom Schutz der Wale bis hin zum Weltsozialgipfel von Porto Alegre reicht, fanden Bürgerinnen und Bürger eben solche neuen Formen des Umgangs mit der Komplexität von Wirklichkeit.

Die Partizipative Haushaltsführung als politische Innovation

In Brasilien findet eine außerordentliche politische Innovation zunehmende Verbreitung, die unter dem Begriff der Partizipativen Haushaltsführung bekannt geworden ist. Sie ist durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

Sie erfaßt die Beziehungen zwischen Exekutive und Legislative in ihrer Gesamtheit. Sie greift in die Rolle des Staates bei der gesellschaftlichen Regulierung der Wirtschaft und bei der Gestaltung der Sozialpolitik unter aktiver Mitwirkung der Bürger in den jeweiligen Schwerpunktbereichen ein. Sie trägt zu einer Verknüpfung von Bürgerwillen einerseits und Entscheidungen von Legislative und Exekutive andererseits bei, indem sie den Bürgerinnen und Bürgern Zugriff auf einen Teil der delegierten Macht an ihrer Quelle, den öffentlichen Haushalten, verschafft. Sie verringert die Distanz zwischen Regierenden und Regierten und schaltet eine Ebene zwischen der zu Ende gehenden klassischen Form der Vertretung und einer erträumten, in der Gänze aber nicht realisierbaren direkten Demokratie ein.

Diese Innovation ist Teil jener langen Kette von Ereignissen, die mit der Pariser Kommune ihren Anfang nahm und sich fortsetzte in den lokalen Autonomiebestrebungen, die von der liberalen Tradition Nordamerikas bis in die ersten drei Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts reichte, von den revolutionären Räten in Turin bis zum Roten Wien, von den *banlieues rouges* von Paris bis hin zu den sechziger Jahren, nach Grenoble, Bologna, Modena, dem Italien von Bobbio und Togliatti. In Brasilien begann es in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts mit den ganz neuen Erfahrungen von Lages und Joinville in Santa Catarina – Erfahrungen, die sich die neue partei-gebundene Institutionalität, die kurz vor Ende der Militärdiktatur entstanden war, noch schnell zu eigen machte.

In Porto Alegre – mit einer Verwaltung unter Führung der Arbeiterpartei (PT) innerhalb einer Linkskoalition – wurden diese Erfahrungen aufgegriffen. Die Partizipative Haushaltsführung wird dort seit nunmehr vierzehn Jahren praktiziert. In verschiedenen Ausprägungen gibt es sie in unzähligen Städten Brasiliens, die von der Linken verwaltet werden, ohne daß die PT ein Monopol darauf hätte.

Das Konzept und die praktische Umsetzung hängen von zwei wesentlichen Faktoren ab. Erstens: von der klaren Erkenntnis der Ein-

schränkungen, die der Verwaltung der Stadt durch das »Wirtschaftsmodell« und die momentan rein neoliberale Wirtschaftspolitik aufgezwungen sind, deren Ziel darin besteht, Einkommen unter andernorts vorbestimmten Bedingungen umzuverteilen. Zweitens: davon, wie es gelingt, eine tiefe Verwurzelung innerhalb der Bevölkerung zu erreichen – ähnlich der »Auster am Fels«, wie es der legendären KPI im Nachkriegsitalien gelungen war –, um aktive Mitglieder und Mitstreiter als Garanten der Macht unter solchen Bedingungen zu gewinnen, unter denen die »ökonomischen Kräfte« beinahe immer dagegen wirken.

Diskussion und Beratung – nicht einfach Konsultation – über den Haushalt von Städten und Gemeinden: Genau darin scheint dieser Weg zu bestehen. Ausgehend von Erfahrungen in Porto Alegre hat die Regierung des Bundesstaates Rio Grande do Sul, seit zweieinhalb Jahren unter der PT im Amt, bereits jetzt dieses Konzept auf den ganzen Bundesstaat mit seinen 497 Städten und Gemeinden ausgedehnt, von denen die PT in lediglich 47 den Bürgermeister stellt.

Diese politische Innovation stellt sich als die Schaffung eines neuen politischen Rechts im Sinne T. H. Marshalls dar und bereichert das vorhandene Arsenal von Instanzen, in denen soziale Klassen und Gruppen aktiv an der Verwaltung teilnehmen. Es geht in diesen Prozessen nicht um die Erneuerung von Mandaten, sondern um aktive Teilnahme an der Gestaltung des täglichen Lebens, ohne dabei auf die anderen Instanzen von Verwaltung und Politik zu verzichten. Die Mitwirkung erfolgt im Rahmen der Diskussion über den Haushalt, der im modernen Staat das Kernstück von Politik und Verwaltung ist. Die Erfahrungen von Porto Alegre, Belo Horizonte und jetzt des Bundesstaates Rio Grande do Sul bestätigen die teilweise Delegation von Macht an die neue Instanz und unterstreichen die Tatsache, daß diese Beratungen zu einer enormen Stärkung der Mitwirkung führen und das Vertrauen in die Politik als Aktivität des Volkes und vom Bürger selbst mitgetragener Aufbauarbeit wiederherstellen. Hier sei an die Worte von Thompson über »gleiche und freie Brasilianer« erinnert. Fortschritte in der Verfassung müssen sich noch in den neuen Institutionen widerspiegeln; aber es besteht kein Zweifel daran, daß die sozialen Gruppen und Klassen heute ihre Mitwirkung an der Partizipativen Haushaltsführung als ein unveräußerliches Recht betrachten.

Wiederholt wird Kritik laut. Einmal von der politischen Rechten, die aus gutem Grund fürchtet, daß ein Teil des Haushalts nicht länger für die Manipulation von Wahlen zugunsten einer bestimmten Klientel zur Verfügung steht und der Korruption entzogen wird. Dann von den Formalisten aus Politikwissenschaft und Verfassungsrecht, die die Partizipative Haushaltsführung des Populismus, der Unterwanderung der Verfassung sowie des Vordringens in die Rechte und Vollmachten der bislang festgeschriebenen politischen Institutionen und Instanzen bezichtigen. Außerdem würden diejenigen, die über den Haushalt beraten, dies lediglich als Bürgerinnen und Bürger von begrenzt definierten Gebietskörperschaften und nicht als Universalbürger tun.

Dabei wird – entweder aus bestimmten Interessen heraus oder getrieben von einem Übermaß an legalistischem Eifer – vergessen, daß

die Verfassung das Entstehen neuer Formen mit der Norm, daß »alle Macht vom Volke ausgeht und in seinem Namen ausgeübt wird«, erlaubt. Wer sich unvoreingenommen von der Funktionsweise der Partizipativen Haushaltsführung aktuell überzeugen möchte, wird sehen, daß diese nach klaren Regeln funktioniert, für die gesamte betroffene Bevölkerung offen und zugänglich ist, daß die Prinzipien der Gleichheit gelten, Kontrollen der neuen Vertretung durchgeführt werden und Zufälle in den Beratungen aufgrund von für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer vorhersehbaren und kontrollierbaren Vorgängen ausgeschlossen sind. Die Partizipative Haushaltsführung greift nicht in Ausgaben oder Einnahmen ein, die laut Verfassung unantastbar sind – wie zum Beispiel die Beamtengehälter oder Maßnahmen zur Aufrechterhaltung verfassungsmäßiger Vollmachten. Außerdem darf die Partizipative Haushaltsführung keine Ausgaben vorsehen, für die es keine entsprechenden Einnahmen gibt, und die Erhebung von Steuern bleibt weiterhin ausschließlich den gewählten Vertretungen der Kommunen und den Parlamenten der Bundesstaaten vorbehalten.

Mit anderen Worten: Die Partizipative Haushaltsführung hält sich strikt an die Vorgaben der Verfassung, und das Argument der Einschränkung von garantierten Rechten und Vollmachten von Exekutive und Legislative entbehrt jeder Grundlage. Allerdings gibt es Diskussionen und Auseinandersetzungen um Prioritäten. Diese werden auch zwischen den betroffenen Stadt- bzw. Gemeindebezirken und zwischen den Städten bzw. Gemeinden innerhalb eines Bundesstaates geführt. Da jedoch solche Kriterien wie Bevölkerung, Einkommen und Ausmaß der Armut zugrunde gelegt werden, kann verhindert werden – was jedoch wie stets von der konkreten Praxis abhängt –, daß daraus ein Wettbewerb im Schmittschen Sinne, ein Nullsummenspiel oder gar ein Hobbesscher Krieg »Jeder gegen Jeden« wird.

Andererseits wird bei mancher Kritik von der Linken die Partizipative Haushaltsführung so dargestellt, als ob sie die Verantwortung für eine Schwächung des Klassenkampfes und der Auseinandersetzungen an anderen Fronten, an denen das Volk in die Politik eingreift, trüge. Die partizipativen Energien würden auf den Streit um den an sich unwichtigen Haushalt konzentriert. Dazu läßt sich sagen, daß die Partizipative Haushaltsführung im Hinblick auf die gemäß Verfassung geschaffenen Instanzen ziemlich konservativ und der Prozentsatz von Investitionen, über die diskutiert wird, sehr gering ist. Die eigentliche Neuerung liegt in der aktiven Mitwirkung von Klassen und Gruppen in der Verwaltung von Ausgaben und Einnahmen des Staates, in der Debatte um die Ausübung von Macht und im Öffnen jenes »eisernen Käfigs«, in dem die Bürokratie die Demokratie erstickt, wie es Weber in seiner klassischen Formulierung zum Ausdruck brachte. Das Volk kann an der sehr komplizierten Verwaltung des modernen Staates teilnehmen, was eine nicht zu unterschätzende Aufgabe ist, die sich – in Anlehnung an die alte Leninsche Metapher – auch nicht mit dem Verwalten einer Küche vergleichen läßt. Vielleicht ist gerade das die kreativste Rezeptur, um Menschen in diese Komplexität einzuführen.

Die Partizipative Haushaltsführung als eine neue Form – und vielleicht als neues Recht – entstand als »methodisches Mittel« der

politischen Kräfte, die sich in Opposition zu den traditionellen politischen Parteien und Koalitionen befanden, um in einem wirtschaftspolitisch konservativen, jetzt jedoch rein neoliberalen Umfeld Präfekturen zu verwalten, ohne dabei von den Zielen und Verpflichtungen aus dem Wahlkampf abweichen zu müssen. Außerdem suchte man das Bündnis mit dem Volk und seine Einbeziehung, um jene Probleme zu umgehen, die sich aufgrund fehlender Mehrheiten in Abgeordnetenhäusern, Kammern und Kommunalversammlungen ergeben. Wie man aus Literatur und Praxis sehr wohl weiß, paßt sich das System in seiner Gesamtheit nur selten an die Ergebnisse von Wahlen an, bei denen sich Mehrheiten zur Besetzung von Posten innerhalb der Exekutive gebildet haben. Dort, wo es der Linksopposition gelang, die Exekutive zu stellen, bleibt sie im allgemeinen in den gewählten Vertretungen in der Minderheit. Diese Tatsache braucht man weder zu bedauern, noch muß man sie verteufeln, denn dadurch ist garantiert, daß keine politische Kraft eine Monopolstellung einnimmt.

Mit der Partizipativen Haushaltsführung sollte eine zusätzliche Instanz geschaffen werden, um dieses Ungleichgewicht mit auszutariieren und etwas zu bewirken, das Gramsci die Schaffung einer Gegenhegemonie nannte.

Perspektiven der Partizipativen Haushaltsführung in São Paulo

Der Vorschlag zur Einführung der Partizipativen Haushaltsführung in São Paulo stellt einen qualitativen und quantitativen Sprung dar. Emir Sader bezeichnete die Einführung der Partizipativen Haushaltsführung in São Paulo als ihren Lackmустest. Allein durch die Größe – São Paulo zählt 12 Millionen Einwohner, was etwa der Bevölkerungszahl des gesamten Bundesstaates Rio Grande do Sul und dem Mehrfachen der Städte Porto Alegre und Belo Horizonte entspricht – nimmt das Ganze atemberaubende Dimensionen an. Die Probleme, die man vereinfacht unter »politischer Arithmetik« zusammenfassen könnte, sind sehr schwierig; die Stadt müßte als erstes verwaltungsmäßig so aufgeteilt werden, daß die Gesamtheit von Territorium und Bevölkerung erfaßt wird.

Die Komplexität der Sozialstruktur, das vorhandene Konfliktpotential, die ungleiche Verteilung von Wirtschaftskraft – die Spitzen der Großbourgeoisie, die großen multinationalen Konzerne und die wichtigsten einheimischen Konzerne haben ihren Sitz in São Paulo –, eine in ganz Brasilien einmalige ethnische Heterogenität: kurz, all das, was die apologetische Literatur »globale Stadt« nennt, verleiht São Paulo eine in ganz Brasilien unerreichte Komplexität im Hinblick nicht nur auf die eigentlichen Machtorgane des Staates, sondern auch auf die beherrschten Gruppen und Klassen. Praktisch alle brasilianischen Städte sind heute eine Art zerbrochener Spiegel. In jedem einzelnen Bruchstück reflektiert sich Brasilien als Ganzes: anarchisch, chaotisch, beweglich, unvorhersehbar, unkontrollierbar, in ständiger Veränderung, mit einer ungeheuren Konzentration von Reichtum und Macht neben schlimmstem Elend und tiefster Not. Der schnelle Wechsel von beruflicher Tätigkeit und Wohnsitz innerhalb von São Paulo, die Erfindung von Tätigkeiten als Überlebensstrategie angesichts fehlender formaler Beschäftigungsverhältnisse

sowie die Schaffung neuer Räume, ja beinahe neuer Städte in rasendem Tempo führt dazu, daß Repräsentanzstrukturen und räumliche Nutzungsmodelle nur von kurzer Dauer sind, auch wenn es den Anschein hat, daß sie sich schnell erneuern. Es besteht kein Zweifel daran, daß sich die Quantität, der Maßstab ändert und damit die Qualität. Daher ist São Paulo der definitive Test, zumindest in diesem historischen Zeitabschnitt.

Im Hinblick auf die Krise der repräsentativen Demokratie gleicht São Paulo jeder anderen brasilianischen Stadt, angefangen bei den ärmsten und in der Städtelandschaft unbedeutendsten bis hin zu den Hauptstädten. Schaut man sich den Stadtrat und seine Zusammensetzung an, möchte man nicht glauben, daß man es mit einer der fünf größten Städte der Welt zu tun hat. Gleiches gilt für den Posten des obersten Kommunalpolitikers der Stadt. Der eine wie der andere verhält sich unerschütterlich treu zur Klientel, Stadtrat und Verwaltung gewähren Personen Unterschluß, die nicht einmal der bescheidensten patrimonial geprägten Stadt zur Ehre gereichen würden, und die Spitze der Exekutive wird ständig von Personen besetzt, die wegen ihrer unverschämten Klientelpflege sprichwörtlich von der gesamten Nation abgelehnt werden. Dazu kommt noch, daß sie in ihrer konservativen Orthodoxie sogar die Republikaner in Texas übertreffen. Vor kurzem ereigneten sich recht bedeutende Veränderungen im Stadtrat, und die letzte Wahl zur Präfektur endete mit der überraschenden Nominierung einer Frau, die dazu noch der PT angehört.

Die Bedeutung der möglichen Einführung von Partizipativer Haushaltsführung in São Paulo beruht auf der zentralen Rolle der Stadt in allem, was mit Mobilität und Sozialisierung zu tun hat. Brasilien ist ein urbanes Land, in dem das Urbane die Vorstellungswelt, die Sozialisierung dominiert und, wie könnte es anders sein, im Sturm der globalen Prozesse eine neue Stadt hervorbringt und dabei das ländliche, oligarchische, patrimoniale und patriarchale Erbe aufnimmt, filtert und neu definiert.

Diese neue Stadt ist São Paulo – nicht, weil sie hervorragende Qualitäten hätte, sondern wegen ihrer explosiven Mischung von allem, was Brasilien ausmacht, wegen der wieder aufgebrochenen Konflikte und Zwänge, für die es nur eine nach vorn gerichtete Lösung geben kann. War früher Rio de Janeiro die perfekte brasilianische Synthese sämtlicher Kulturen, die zu einer einheitlichen, der *cultura carioca*, verschmolzen, ist São Paulo heute die Antithese, denn sie bringt keine einheitliche Kultur hervor, in der sich alle wiederfinden, sondern fügt eher die Teile des zerbrochenen Spiegels zusammen. Sie ist gleichzeitig die größte Stadt des Nordostens, die größte Bergbaustadt, die wahrscheinlich größte italienische Stadt außerhalb Italiens, die größte japanische Stadt außerhalb Japans, die größte Stadt im Bundesstaat São Paulo, aber nicht die größte »brasilianische« Stadt.

Diese Komplexität verlangt geradezu nach einer politischen Erfindung wie der Partizipativen Haushaltsführung, denn diese ist nicht einfach eine vermittelnde oder Zwischeninstanz, sondern steht auch für proportionale oder Verhältnisrepräsentanz.

Die Frage ist nun freilich: Was für eine Repräsentanz und in welchem Verhältnis wozu? Durch die hohe Mobilität der Stadt in Raum,

beruflicher Tätigkeit und Klassenzugehörigkeit zerfallen sämtliche auf dieser Basis beruhenden Vertretungsformen sehr schnell, um anderen Platz zu machen, die man der »Postmoderne« zuschreibt – eine Bezeichnung, die kein Konzept darstellt, sondern lediglich ein Mittel der Negation. Es scheint, als ob die Partizipative Haushaltsführung schon allein aufgrund ihrer Offenheit in der Lage wäre, Beziehungen wieder herzustellen oder zu schaffen, sowie – im Sinne Durkheims – erneuerte Beziehungen zwischen Territorialität und Mangel, Territorialität und Bündelung von Interessen, Territorialität und Rechten zu fördern. Es ergibt sich scheinbar eine neue Möglichkeit zur Universalisierung – nicht ausgehend von einer angenommenen Gleichheit, sondern von gemeinsamen Bedürfnissen, ausgerichtet auf gleichen Zugang zu den Ressourcen des Staates. Es kann sich durchaus auch um die Schaffung einer neuen Universalität handeln.

Studienagenda zur Partizipativen Haushaltsführung in São Paulo

Es gibt bereits eine Bibliographie, wenn auch in begrenztem Umfang, zu den Erfahrungen mit der Partizipativen Haushaltsführung in Porto Alegre. Daneben existieren Artikel und Veröffentlichungen von direkt Beteiligten oder solche, die mit Förderung der betroffenen Präfekturen und jetzt der Regierung des Bundesstaates Rio Grande do Sul erschienen sind. Wissenschaftlich begründete Bewertungen sind noch selten, denn es ist nun einmal offensichtlich so, daß die »normale Wissenschaft« Vorurteile gegenüber partizipativen Verfahren hegt. Das, was verfügbar ist, wurde also *a posteriori* geschaffen.

Im Falle São Paulos ist das anders. Um es vielleicht etwas hochtrabend auszudrücken: Hier kann direkt begleitend die Chronik dieser neuen politischen Vorgehensweise geschrieben werden. Der Vergleich mag übertrieben sein, aber es ist, als würde die Chronik der Französischen Revolution im Moment ihres Verlaufs geschrieben, Geschichte in der »Hitze der Stunde«, wie Walnice Nogueira Galvão sagte, noch ungeschminkt, ohne die Läuterung, die im Laufe der Zeit erfolgt, die Geschichte der Ergebnisse, des Sieges und der Niederlage der um die Macht in dieser neuen Form der Vertretung streitenden Fraktionen. Es geht nicht um Reinheit oder Unreinheit des Prozesses, sondern um den Augenblick der Entstehung. In jedem Augenblick stellen sich natürlich Fragen, ähnlich wie zu den bereits festgeschriebenen politischen Formen, und das kann außerordentlich wichtig sein für die Beantwortung der entscheidenden Frage nach der politischen Neuheit dieser Erfahrung, dieses Konzepts.

Es ist bekannt, daß die Handlung des Staates oder, um genauer zu sein, der Regierungen von ganz entscheidender Bedeutung ist. Die Partizipative Haushaltsführung ist eine Folge, ein Sproß der *longue durée* der sozialen Bewegungen, die seit den 70er Jahren an Bedeutung zunahmen.

Eine Partizipative Haushaltsführung wird nicht automatisch ausgelöst, sondern die Entscheidung darüber hängt vom politischen Willen der Regierungen ab. Der Beweis dafür ist, daß es nur wenige konkrete Beispiele für eine Partizipative Haushaltsführung gibt. Es gilt die komplexen Ursachen herauszufinden, warum Regierungen sich zur Einführung Partizipativer Haushalte entschieden haben.

Und hier fangen die Probleme an: Wie muß die räumliche Aufteilung als Voraussetzung für das Funktionieren einer Partizipativen Haushaltsführung erfolgen? Verbergen sich hinter dieser Aufteilung eventuell alter Zwist und alte Befindlichkeiten? Greift sie die neue Flexibilität in Beschäftigung und Raum auf? Oder ist das ohne Bedeutung? Wie oft sollen Versammlungen stattfinden? Jüngste Erhebungen der Koordinierungsstelle der Partizipativen Haushaltsführung in São Paulo bezeugen eine konstante Versammlungshäufigkeit, die die Alteingesessenen in den Kammern, Vertretungen und im Senat erröten ließe. Wer sind die Gewählten? Welchem Geschlecht, welcher Ethnie gehören sie an, welcher Tätigkeit gehen sie nach, welchen Beruf haben sie und welcher politischen Couleur sind sie zuzuordnen? Wie sollten die Delegierten ausgewählt werden? Welche Dynamik entwickelt sich möglicherweise während einer Versammlung? Kann diese von Versammlung zu Versammlung unterschiedlich sein? Die Parteien und ihre Fraktionen sind vorhanden und vertreten; somit wäre es naiv zu glauben, mit der Partizipativen Haushaltsführung würde das Rad noch einmal erfunden: Handelt es sich im allgemeinen um linke Verwaltungen, ist klar, daß die Parteien und ihre Fraktionen von Anfang an dabei sind, wahrscheinlich sogar als treibende Kräfte. Ist aber eine politische Diskriminierung möglich? Zeichnen sich bereits raffiniert eingefädelte Führungsstrukturen ab, oder eröffnet das Konzept tatsächlich neue Möglichkeiten? Gibt es unter der Bevölkerung einen technischen »Sachverstand«, der für eine neue Art der Repräsentanz nach Foucault so entscheidend ist? Oder ist es ein politischer »Sachverstand«?

All diese Fragen, die natürlich nur indikativer Art sind, bilden erst einmal eine Art Fahrplan für weitere Betrachtungen. Der Partizipative Haushalt in São Paulo befindet sich noch in seinen Anfangsjahren. Aber ungeachtet der aus Porto Alegre, Belo Horizonte und jetzt dem Bundesstaat Rio Grande do Sul übernommenen Kenntnisse bietet sich die seltene Gelegenheit, eine Partizipative Haushaltsführung von Anbeginn zu beobachten und sie über mindestens zwei Jahre zu begleiten, bis dann präzisere Bewertungen möglich sind.

*Übersetzt aus dem Portugiesischen
»ECHOO Konferenzdolmetschen«*

KLAUS-RAINER RUPP

Beteiligungshaushalt als linke Alternative zur »Bürgerkommune«

Die Festlegung von Prioritäten und die Entwicklung von konkreten Projekten – und damit die Erstellung eines kompletten Haushaltsentwurfs für den Investitionshaushalt einer Millionenstadt unter Beteiligung von ca. 100 000 ihrer Bürgerinnen und Bürger – ist in Porto Alegre, Brasilien, seit 14 Jahren Alltag. Eine genauere Betrachtung dieses Modells und der Vergleich mit den Realitäten und Perspektiven deutscher Kommunen zeigt, daß sich mehr dahinter verbirgt als nur eine weitere Spielart von regionaler Selbstverwaltung. Das Modell des Beteiligungshaushaltes von Porto Alegre ist ein emanzipatorischer Gegenentwurf zum derzeit diskutierten neoliberalen Modell der »Bürgerkommune«. Die »Bürgerkommune« bietet Beteiligung an Mängelverwaltung. Der Beteiligungshaushalt von Porto Alegre bietet Beteiligung an Macht und ist damit eine fortschrittliche gesellschaftliche Entwicklungsperspektive, die an den Alltagserfahrungen der Menschen anknüpft und nicht im Bereich der Illusion angesiedelt ist.

Ist ein Beteiligungshaushalt, wie er in Porto Alegre praktiziert wird, ein strategischer Ansatz für eine linke Kommunal- und Regionalpolitik? Zur Beantwortung dieser Frage ist ein Vergleich mit neoliberalen kommunalpolitischen Modellen am Beispiel Bremens hilfreich.

Die neoliberale Globalisierung hat regionale Geschwister

Das Ziel neoliberaler Deregulierungspolitik ist schlußendlich nichts weiter als die Entblößung der Ware Arbeitskraft und gesellschaftlicher Strukturen von jedweder Art von Schutzmechanismen, um günstigere Verwertungsbedingungen – sprich: niedrigere Kosten – und offene Märkte für das Kapital zu sichern.

Folgerichtig sind Tarifverträge als Schutz vor Niedriglöhnen und schlechten Arbeitsbedingungen, Kündigungsschutzgesetzte als Schutz vor Arbeitgeberwillkür, solidarisch finanzierte Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung als Schutz vor Lebensrisiken Ziel neoliberaler Angriffe.

Öffentliches Bildungs- und Gesundheitswesen, kommunale Energie und Wasserwirtschaft, staatliche Transport- und Kommunikationseinrichtungen und nicht zuletzt nichtkommerzielle Kultur bieten Schutz vor der Unterwerfung existentieller Lebensgrundlagen unter Profitlogik – also sind sie, sagt diese Logik, hinderlich und müssen weg.

Daß Teilbereiche besonders der öffentlichen Daseinsvorsorge überdies profitabel privatisiert werden können, ist natürlich eine weitere Triebfeder neoliberaler Politik.

Klaus-Rainer Rupp – Jg. 1955, Dipl.-Ing. (FH) Verfahrenstechnik, seit 1984 Inhaber eines Ingenieurbüros für Steuerungs- und Automatisierungstechnik; aktiv in der Anti-AKW-Bewegung; nach Mitgliedschaft in der SPD (1972-1978), im Marxistischen Studentenbund MSB (1977) und in der DKP (1981-1989) seit 1992 Mitglied der PDS; 1994-1999 und seit 2000 Landesvorsitzender der PDS Bremen; Mitglied im Beirat der kommunalen Vertretung »Östliche Vorstadt« in Bremen.

Der Text folgt einem Papier, das der Autor für die »Kommunalpolitische Konferenz West« der PDS am 8. und 9. November 2003 in Offenbach, Arbeitsgruppe »Bürgerbeteiligung«, vorbereitet hat.

Im Zusammenhang mit der Kritik an neoliberaler Globalisierung sind diese Mechanismen und ihre globalen Instrumente wie WTO, GATS, MAI analysiert und kritisiert worden. Daß auf kommunaler Ebene eine Politik mit denselben Zielen vorangetrieben wird, ist bisher fast nur auf der Ebene der Privatisierung öffentlichen Eigentums Gegenstand politischer Debatten und Aktionen. Das neoliberale Politikkonzept, das derzeit in bundesdeutschen Städten und Gemeinden forciert wird, ist allerdings umfassender.

Kann sein, daß Bremen da schon ein gutes Stück weiter ist als andere Länder und Kommunen. Vor dem Hintergrund einer nicht selbstverschuldeten Haushaltsnotlage erstritt das Bundesland 1992 Bundesergänzungszuweisungen von mittlerweile 7,5 Mrd. Euro und formulierte eine Sanierungspolitik, die auf die Wirtschaftskraft steigernde Investitionen und Kürzungen der konsumtiven Ausgaben setzte.

Aber schon 1999 zeigte sich, daß die Rechnung nicht aufgeht. Wirksame Einnahmenerhöhungen auf Grund von Investitionen hat es nicht gegeben. Dazu ist offensichtlich einerseits die Wirkungskette viel zu lang und andererseits sind dreistellige Millionensummen in ruinöse Großprojekte geflossen, ohne eine positive Wirkung auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt zu haben.

Die sichtbaren »Erfolge« der Sanierungspolitik liegen in den Kürzungen im konsumtiven Bereich und im Verkauf öffentlichen Eigentums. Nur daß auch diese »Erfolge« am strukturellen Haushaltsdefizit nichts ändern konnten. Zu sehr bleibt die Erhöhung der Einnahmen hinter den prognostizierten Werten zurück, und zu klein sind die Summen, die gekürzt werden konnten und noch gekürzt werden können.

Die zerstörerische Wirkung der »Sanierungspolitik« auf die soziale Kompetenz der Stadt, auf die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger und auf lokale ökonomische Zusammenhänge hat ebenfalls Auswirkungen auf die Haushaltslage. Nicht der Einnahmenverlust durch einen Schwund in der Einwohnerinnen- und Einwohnerzahl von jährlich mehreren Tausend, sondern auch die miserable Arbeitsmarktsituation und steigende Sozialhilfeausgaben sind – zumindest zum Teil – auf diese Politik zurückzuführen.

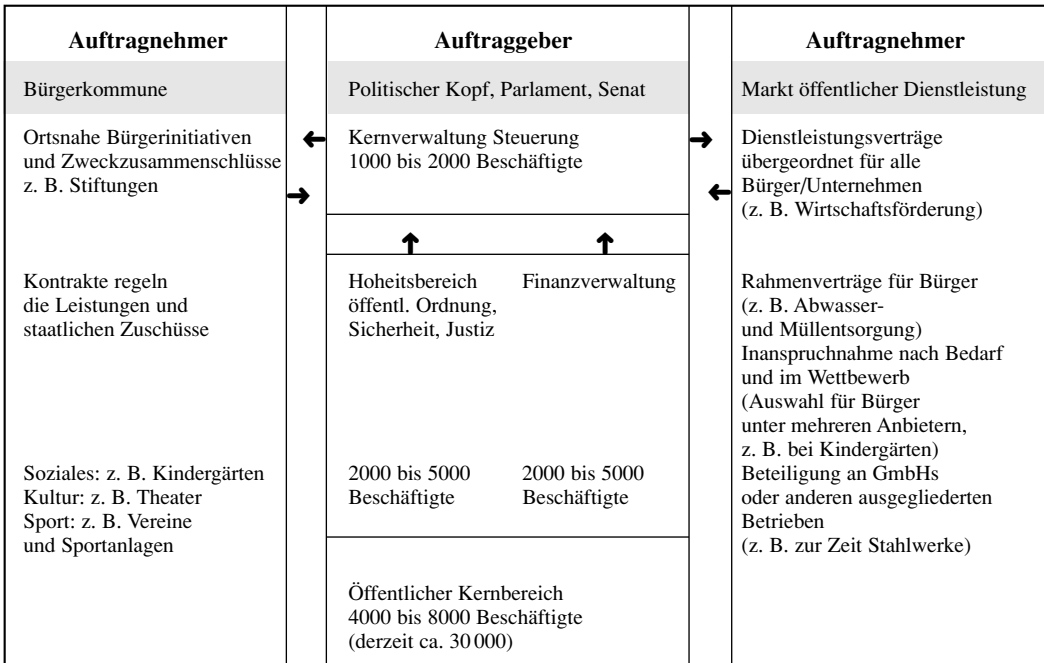
Neue Zauberformel: »Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung«

Trotz fortwährender öffentlicher Beschwörung des Erfolges der sogenannten Sanierungspolitik war dem Bremer Senat offensichtlich schon 1999 klar, daß es mittelfristig keine Sanierung des Haushaltes geben würde. Das mag der Grund dafür gewesen sein, daß eine StaatsräteLenkungsgruppe in Zusammenarbeit mit der Unternehmensberatung Roland Berger das »Modell einer zukunftsfähigen Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben« entwickelte.

In der Haushaltsanalyse zu diesem Modell wird aufgezeigt, wo die verschiedenen Kostenschwerpunkte sind, wie sie sich wahrscheinlich entwickeln und vor allem, daß die Höhe der Ausgaben vor allem im konsumtiven Bereich langfristig gebunden sind. Daraus wurde die Notwendigkeit zu strukturellen Veränderungen abgeleitet. Als Ergebnis wurde ein »Radikalmodell« für einen zukunftsfähigen Umbau präsentiert.

Es blieb nicht bei dem Gutachten. Der Finanzplan Bremen für 2001 erläutert diesen Zusammenhang ganz ungeniert: »Weitere Fortschritte bei der Erbringung von Eigenbeiträgen zur Haushaltssanierung, wie sie zur Wiederherstellung eines verfassungskonformen Haushaltes bis zum Ablauf des zweiten Sanierungszeitraumes notwendig sind, müssen sich daher auf einschneidende, aufgabenkritische Veränderungen konzentrieren, die insbesondere die Reduzierung, den Wegfall und/oder die privat-rechtliche/-wirtschaftliche Umstrukturierung öffentlich wahrgenommener Aufgaben im Rahmen von Finanzplanung und Haushaltsaufstellung umfassen. Zur Einleitung, Organisation und Forcierung dieses aufgabenkritischen Umstrukturierungsprozesses hat die Freie Hansestadt Bremen eine Staatsräte-Lenkungsgruppe ›Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung‹ eingerichtet.«

Das ist klar und offen. Bestimmte öffentliche Aufgaben werden mit staatlicher Unterstützung in einen Markt für Dienstleistungen überführt. Dort kann sich jeder, der das nötige Kleingeld hat, seine gewünschte Leistung einkaufen. Andere öffentliche Aufgaben – vor allem solche, die nicht vermarktet werden können – übernimmt die »Bürgerkommune«. Das wiederum macht natürlich nur Sinn, wenn es mit einer Kostensenkung verbunden ist. Daher nimmt es nicht wunder, wenn in diesem Zusammenhang das hohe Lied des Ehrenamtes und der Eigenverantwortung gesungen wird. Teuer kaufen oder selber machen ist die Devise.



Zukunftsfähiger Umbau im »Radikalmodell« – Aktivierung der Bürger in der Bürgerkommune und Aufbau eines Marktes öffentlicher Dienstleistung

(Quelle: Roland Berger und Partner)

Prognostiziert man die Folgen solchen Tuns, ist man ziemlich schnell bei prekären Jobs, bei Leistungsreduzierung, Qualitätseinbußen, bei Geldschneiderei, bei sozialer Selektion, also wieder am Anfang dieses Beitrags, nämlich der Entblößung der Arbeitskraft und der öffentlichen Strukturen von »Schutzmechanismen«. Wer braucht da noch GATS?

Im Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl 1999 wagte die PDS in Bremen die Behauptung, daß dieses Szenario unter anderem auch deswegen entwickelt wurde, um Bremen als eine Art Modellregion für einen neoliberalen Umbau des öffentlichen Gemeinwesens zu empfehlen. Diese Prognose hat sich als treffend erwiesen. Wie Bremer Zeitungen am 29. 8. 2003 berichten, soll Bremen Teil eines Modellversuches werden, bei dem bestimmte Bundesgesetze, die vermeintlich die wirtschaftliche Entwicklung bremsen, außer Kraft gesetzt werden sollen. Träger des Projektes sind das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit und die Bertelsmann-Stiftung. Selbstverständlich fährt das Projekt unter der Fahne des Bürokratieabbaus. Baurecht, Vergaberecht, Ladenschlußzeiten etc. – alles soll auf Hemmnisse untersucht werden. Die IHK hat auch schon eine Liste. Spätestens, wenn man zu Rate zieht, was heute alles als Reform und Bürokratieabbau verkauft wird, darf man mutmaßen, daß es eine neue Runde von Deregulierung geben wird, an der die Reichen verdienen und die zu Lasten der Beschäftigten gehen wird.

Das Modell des Beteiligungshaushaltes in Porto Alegre

Daß anderes Denken und Handeln keine Utopie ist, wird deutlich, wenn man dagegen den regionalpolitischen Ansatz betrachtet, wie er in Porto Alegre entwickelt wurde.

Porto Alegre ist eine Stadt mit ca. 1,4 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern, von denen ca. 700 000 in den »Favelas« leben. Bis 1989 war dort der Anschluß an Kanalisation und Trinkwasser die Ausnahme und die gesundheitliche Versorgung schlecht, Schulen fehlten in der Regel genauso wie Bürger- und Kulturzentren. Für den städtischen Haushalt fehlten weitgehend konkrete Pläne und Maßnahmen. Haushaltsmittel, vor allem investive, kamen der Klientel der Politiker zugute und wanderten überwiegend in die ohnehin reichen Stadteile.

Nach dem Sieg eines Linksbündnisses unter Führung der PT (Arbeiterpartei) bei den Kommunalwahlen 1988 war der Weg frei für die Einführung eines Modells der wirksamen Beteiligung der Menschen an der Zukunftsentwicklung der Stadt. Nach anfänglichen Schwierigkeiten (in den ersten zwei Jahren) wird heute der Investitionshaushalt der Stadt in einem jährlich neu aufgelegten Beteiligungsprozeß entwickelt, an dem in formellen und informellen Strukturen bis zu 100 000 Menschen beteiligt sind.

Die Stadt ist in 16 Bezirke aufgeteilt, und es gibt sechs thematische, stadtteilübergreifende Foren zu den Themen Verkehr und Transport; Gesundheit und Soziales; Erziehung und Freizeit; Stadtentwicklung und Stadtorganisation; Wirtschaftsentwicklung und Steuerpolitik; Kultur. Unter anderem auf jährlichen Vollversammlungen wird in den Stadtteilen und Foren der Haushalt des letzten Jahres ausgewertet und seine Umsetzung im Zusammenhang mit den Problemen der

Stadt diskutiert, und es werden Prioritäten und Projekte beschlossen. Es werden Delegierte für den Rat des Beteiligungshaushaltes gewählt. Die Verteilung der vorhandenen Mittel erfolgt in diesem Rat nach einem öffentlich diskutierten Gewichtungsschlüssel, in den u. a. der Mangel an öffentlichen Dienstleistungen und Infrastruktur im Bezirk (Gewichtung 4), der Bevölkerungsumfang des Bezirks (Gewichtung 2) und die festgelegte Priorität des Bezirks (Gewichtung 5) einfließen.

Die Ergebnisse nach 14 Jahren Beteiligungshaushalt sind beeindruckend. »In all den Jahren genossen Programme zur grundlegenden Sanierung von Wasserversorgung und Kanalisation, Müllabfuhr und Befestigung von Wegen und Straßen Priorität. Der Prozentsatz der Haushalte mit Abwasseranschluß stieg von 46 im Jahr 1989 auf 84 im Jahr 1999. 1985 gab es in Porto Alegre nur dreizehn kommunale Schulen, an denen 13 357 Schüler eingeschrieben waren; bis 1999 war die Zahl der Schulen auf 89 und die der Schüler auf 51 476 angewachsen. Die üblichen Probleme vieler Stadtverwaltungen in Brasilien wie Korruption, Mittelverschwendung und Klientelwirtschaft gehören in Porto Alegre heute der Vergangenheit an. Nach einer Meinungsumfrage halten 98 % der Bevölkerung von Porto Alegre die Stadtregierung für nicht korrupt.« (Clovis Zimmermann, Stipendiat der Hans-Böckler Stiftung; schreibt gegenwärtig an einer Doktorarbeit am Institut für Soziologie der Universität Heidelberg über Porto Alegre.)

Darüber hinaus hat sich eine neue Form von kommunalem Selbstbewußtsein zum Beispiel gegenüber privaten Investoren herausgebildet. Der französischen Lebensmittelkette »Carrefour« wurden eine Anzahl von Zugeständnissen für die Erlaubnis zur Errichtung einer Filiale in einem Stadtteil abgerungen, die die lokalen sozialen und ökonomischen Strukturen nicht zerstören, sondern fördern: unter anderem die Errichtung von zwei Kindergärten auf Kosten der Ladenkette, Schaffung von Verkaufsflächen für lokale Händler, Erweiterung des Angebots für lokale Produkte und jährliche Zahlungen an den städtischen Haushalt in Höhe von 250 000 US-Dollar. Private Investoren müssen bei Investitionen über 50 000 Dollar ein Gutachten erstellen lassen über die sozialen und ökonomischen Auswirkungen im Stadtteil. (Quelle: Misereor, Broschüre zum Beteiligungshaushalt in Porto Alegre)

An dieser Stelle ist nicht der Platz, die institutionellen Komponenten des Prozesses und seinen Verlauf genauer zu erläutern. Es ist aber sinnvoll, noch mal einen Blick auf die Kernelemente des Beteiligungshaushaltes zu werfen.

Erstens. Die Entwicklung und Realisierung des Modells wurden möglich, weil es einerseits schon vor 1989 vielfältige soziale Bewegungen und Initiativen in Porto Alegre gab, die für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen kämpften, und weil andererseits die Parteien die Elemente partizipativer Demokratie mit den vorhandenen Elementen repräsentativer Demokratie zu verbinden wußten.

Zweitens. Grundvoraussetzung war und ist eine neue Form des städtischen Haushalts, der sowohl öffentlich zugänglich als auch für Nichtfachleute durchschaubar und verständlich sein muß.

Drittens. Kommunalpolitik und Verwaltung sind nicht überflüssig. Sie sind notwendige, aktive und vor allem akzeptierte Partner im Prozeß.

Viertens. Die Beteiligung der Menschen hat sich vor allem deshalb so positiv entwickelt, weil sie eine Umverteilung vorhandener Investitionsmittel zu ihren Gunsten bewirken können. Aber sie tat dies darüber hinaus auch, weil der Prozeß verläßliche Ergebnisse hervorbrachte und sie nicht nur über vorgefertigte Vorschläge mitentscheiden, sondern schon an der Entwicklung der Projekte beteiligt sind.

Von dieser Warte wiederum ist ein zweiter Blick auf den Begriff »Bürgerkommune« und seine Bedeutung in der praktischen Umsetzung interessant. Wie schon in der Grafik deutlich wurde, ist die »Bürgerkommune« eine Säule des neoliberalen Modells zum Umbau des öffentlichen Gemeinwesens. Es ist wiederum die Bertelsmann-Stiftung, die dazu in Nordrhein-Westfalen Modellprojekte »Kommunaler Bürgerhaushalt« unterstützt und vorantreibt.

Mit welchem Ziel dies geschieht, wurde auf einer Tagung zum Thema »Bürgerkommune« klar. In den Eingangsthesen eines der Referate wird gesagt: »Angesichts knapper werdender Mittel stellt sich den Kommunen in Nordrhein-Westfalen die Frage: »Wenn schon gespart werden muß – dann an welcher Stelle?« Gerade die Einsparungsmaßnahmen zur Reduzierung von Haushaltsdefiziten rufen bei den Bürgerinnen und Bürgern Proteste hervor. Hier ist es wichtig, Kosten und Mittel offen zu legen und durch Transparenz für Akzeptanz zu sorgen.«

Dieses und eine Reihe weiterer Beispiele zeigen: Nicht die Beteiligung an der Entwicklung von Investitionsschwerpunkten ist gefragt, sondern die Beteiligung an der Mängelverwaltung und die Verhinderung von Protest. Blickt man also hinter die Fassade aus Euphemismen, bleibt ein nachgerade zynisches Konzept der Beteiligung von Menschen an der Umverteilung von Geld und Macht zu ihren Ungunsten, das zwar gerne in einem Atemzug mit dem Beteiligungshaushalt von Porto Alegre diskutiert wird, aber in Wirklichkeit das Gegenteil davon darstellt.

Für linke Kommunalpolitik eröffnet die Debatte um die Einführung von Bürgerhaushalt, Bürgerkommune und ähnlichem allerdings die Chance, neoliberalen Modellen mit einem erprobten und erfolgreichen Gegenmodell zu begegnen. Eine Chance, die wir nicht in vielen Politikfeldern haben.

MARIO CANDEIAS

»Das eine tun, das andere nicht lassen«. Öffentliche Güter und soziale Rechte

Privatisierung staatlicher Unternehmen und Dienstleistungen sowie die Verwandlung von Natur, Wissen, Gesundheit, Bildung etc. in Ware sind konstitutive Bestandteile einer neoliberalen Politik. Die Folgen dieser Prozesse für Mensch, Natur und Gesellschaft werden zunehmend Thema politischer Auseinandersetzungen. Die Zustimmung zur Inwertsetzung immer weiterer gesellschaftlicher und natürlicher Sphären ist nicht mehr ungebrochen, der Erhalt sogenannter öffentlicher Güter und sozialer Rechte wird eingefordert. Bislang fehlt es in Europa allerdings an übergreifenden Analysen über den Stand der Privatisierungen, an konsistenten analytischen Instrumenten zum Begreifen der Prozesse und zur Formulierung von Alternativen, wie an einer Verbindung von Widerständen von der lokalen, über die nationale bis hin zur europäischen Ebene. Diesem Problem widmet sich das im Aufbau befindliche Netzwerk »Privatisierung – öffentliche Güter – Regulation in der EU«.

Privatisierung öffentlicher Güter

Die Tendenz in einer entwickelten kapitalistischen Produktionsweise ist Marx zufolge »die allgemeinen Bedingungen des gesellschaftlichen Produktionsprozeß nicht aus dem *Abzug der gesellschaftlichen Revenu*«, also durch staatliche Steuererhebung zu finanzieren, »sondern aus dem *Kapital als Kapital*. Es zeigt dies den Grad einerseits, worin das Kapital sich alle Bedingungen der gesellschaftlichen Produktion unterworfen, und daher andererseits, wieweit der gesellschaftliche reproduktive Reichtum *kapitalisiert* ist und alle Bedürfnisse in der Form des Austauschs befriedigt werden« (MEW 42, 438). Doch nicht alle für die Reproduktion der Gesellschaft notwendigen allgemeinen Produktionsbedingungen sind, so Elmar Altwater (FU-Berlin) zur Eröffnung des Workshops, profitabel in Ware zu verwandeln, da in vielen Bereichen nicht zahlende »Kunden« mangels rechtlicher, technischer und gesellschaftlicher Voraussetzungen nicht von der Nutzung ausgeschlossen werden können, entsprechende Investitionen »à *fonds perdu*« erscheinen. »Dann wälzt das Kapital« ihre Bereitstellung auf den Staat ab (MEW 42, 437). Entsprechend plädierte bereits Adam Smith dafür, dass solche »öffentlichen Güter« von staatlicher Seite zur Verfügung gestellt werden müssen. Die dafür notwendige gesellschaftliche Arbeit wirft keinen Mehrwert ab und erscheint damit »nicht als produktive«, »obgleich sie die Produktivkraft des Kapitals« vermehrt (439). Die allgemeine in den vergangenen 25 Jahren vor sich gehende Verschlechterung

Mario Candeias – Jg. 1969, Politologe, Redakteur der Zeitschrift *Das Argument* sowie beim »Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus«, Dissertationsschrift »Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise«, erscheint im Frühjahr 2004 im Argument Verlag.

Das im Aufbau befindliche Netzwerk hat – maßgeblich unterstützt durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung – am 14. August 2003 seinen ersten größeren Workshop mit dem Titel »Leben ist mehr als Kapital – Privatisierung und öffentliche Güter in der EU« in Berlin veranstaltet. Das diente zugleich zur Vorbereitung auf das Europäische Sozialforum in Paris. Der Beitrag

staatlicher Dienstleistungen hat jedoch die Zustimmung für einen solchen staatlich garantierten Sektor schwinden lassen. Die Ursache für diese Verschlechterung verschweigend, nämlich die Aushöhlung der Steuerbasis des Staates, lässt die Privatisierung als Ausweg zur Verbesserung der Versorgung mit diesen Gütern erscheinen – dass sie in der Regel mit Korruption verbunden ist, zählt da offenbar wenig. Tatsächlich gehe es aber infolge der Überakkumulationskrise seit den 1970er Jahren um die Erschließung neuer Anlagefelder für das Kapital. Angesichts des Platzens der Finanzmarktblase und des Niedergangs der New Economy komme es daher aktuell zu lukrativen »Erfindungen« wie dem sog. *cross-border-leasing*. Gerade die Praxis letzterer zeigt, dass Privatisierungen fast immer mittels Finanzierung via globaler Finanzmärkte erfolgen, eine Unterscheidung in »lokale« und »globale öffentliche Güter« sei also sinnlos. Altvater unternimmt anschließend eine genauere Bestimmung und Abgrenzung »globaler öffentlicher Güter«, wie sie im Rahmen der UNDP von Inge Kaul u. a. erarbeitet wurden. Er kritisiert die üblichen Kriterien – der Nicht-Rivalität, Nicht-Ausschließbarkeit und Öffentlichkeit der Entscheidungen – zur Bestimmung öffentlicher Güter als uneindeutig. Nicht nur bleibt der Aspekt ihrer Produktion (Bereitstellung) außer Acht. Auch die »sozialen Kosten« (external diseconomies), die aus einem *public good* für die einen ein *public bad* für andere werden ließen, blieben außen vor. Das Beispiel eines »öffentlichen Gutes« Finanzmarktstabilität zeigt, dass die Vorteile der Stabilität, gewährleistet mittels rigider Geld- und Haushaltspolitik, v. a. Vermögensbesitzern zugute kommen, während die negativen Konsequenzen in Form von zurückgehenden öffentlichen Investitionen und höherer Arbeitslosigkeit von anderen gesellschaftlichen Gruppen getragen werden müssen. In solchen widersprüchlichen Wirkungen öffentlicher Güter tritt ihre gesellschaftliche Formbestimmtheit – also ihr Klassencharakter – hervor. Auch sind mit bestimmten öffentlichen Gütern nur begrenzte Nutzungsmöglichkeiten verbunden, etwa eine intakte Umwelt. Sie werden damit zu »positionellen Gütern«, deren Nutzung jenseits von geldförmigen Mitteln gesellschaftlich reguliert werden sollte. Dennoch verfüge das UNDP-Konzept der Globalen Öffentlichen Güter in Hinblick auf ein Verständnis »menschlicher Sicherheit« über einen heuristischen Wert, der für weitere Forschungen fruchtbar genutzt werden kann. Altvater plädiert in diesem Sinne für eine präzisere normativ-politische Festlegung von »öffentlichen Gütern« – was ist das »Gute« am öffentlichen »Gut«, was das »öffentliche«, welche Unterschiede neben der Nutzungsbegrenzung gibt es zu den »Clubgütern«? Allerdings gelte dies auch für den Begriff der »menschlichen Sicherheit« – denn die »Sicherheit« vor Migranten durch Abschottung, vor Terrorismus durch Einschränkung von Freiheitsrechten oder die »Sicherheit« von Investitionsentscheidungen durch Einschränkung politischer Partizipation kann nicht gemeint sein. Auch dieser Begriff hat einen gesellschaftlichen und politischen Charakter.

Im Anschluss nahm Birgit Mahnkopf (FHTW-Berlin) die Forderung nach einer normativen Bestimmung »öffentlicher Güter« auf. Sie fragte, welche Güter für die Sicherung der Existenz und für gleiche Chancen auf eine Verwirklichung individueller Lebenswege un-

berichtet über die Veranstaltung und reflektiert ihren Gegenstand.

Das im neoliberalen Diskurs laut tönende »Enrichissez-vous« fordert nachgerade zu Korruption auf, wenn sie denn die Gewinne steigern hilft.

Elmar Altvater: Was passiert, wenn öffentliche Güter privatisiert werden?, Manuskript 2003, S. 18.

Der mit der Privatisierung verbundene, häufig unsichtbare Transfer von Arbeit und Verantwortung an private Haushalte läuft im Rahmen der geschlechtlichen Arbeitsteilung auf eine Feminisierung der Verantwortung zu. Tatsächlich ist der »dritte« Selbsthilfesektor zumeist eine Domäne der Frauen, die der Verarmung von bislang öffentlich erbrachten Dienstleistungen entgegen arbeiten und fehlende öffentliche Einrichtungen mit ihren Aktivitäten kompensieren, um Mindeststandards menschlicher Sicherheit durch ihre privaten Initiativen aufrecht zu erhalten.

Altvater, a. a. O., S. 15.

UNDP – United Nations Development Program (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen).

ILO – International Labour Organisation (Internationale Organisation für Arbeit)

Es gibt keine »objektive« und eindeutige ökonomische Definition öffentlicher (und daher auch in Abgrenzung dazu: privater) Güter, sondern wir haben es mit einem umkämpften Feld zu tun. Nicht-Rivalität und Nichtausschließbarkeit sind demzufolge keine natürlichen oder technischen Eigenschaften des einen oder anderen Gutes, sie werden ihm vielmehr zugeschrieben.

Altwater, a. a. O., S. 5.

verzichtbar seien, da die Güterversorgung über den Markt Ungleichheits- und Ausschlusseffekte produziert? Die müssten als »dekommodifizierte« Güter durch den Staat für jeden bereitgestellt werden. In Anlehnung an die ILO zählte sie als unabdingbare Aspekte *sozioökonomischer* menschlicher Sicherheit auf: den Zugang zu »formellen« Arbeitsplätzen, berufliche und Beschäftigungssicherheit, Einkommenssicherheit, soziale Sicherung bei Krankheit, Alter etc., »Vertretungssicherheit« (etwa durch Gewerkschaften) und als Ergänzung ein bedingungsloses Grundeinkommen. Die private Bereitstellung »öffentlicher Güter« sei in Bezug auf menschliche Sicherheit hingegen »ineffizient«. Dennoch sei ein Prozess der Ersetzung öffentlicher durch private Sicherheit im Gange, den Mahnkopf als politisch organisierte historische Rückentwicklung fasst: Macht und Herrschaft würden nicht mehr konstitutionell fixiert, »gesetztes« Recht in »ungesetztes« Anwalts- oder Richterrecht überführt, welches der flexiblen Anpassung an Markt- und Kapitalinteressen besser entspricht. Politisch-gesellschaftliche Mitbestimmung und Widerspruch bedürften jedoch des gesetzten Rechts, auf das man sich berufen könne. Andernfalls bleibe nur, so Mahnkopf unter Berufung auf Albert Hirschman, die Option »exit« oder »loyalty«. Letzteres verstärke die Tendenz vom homo politicus zum homo oeconomicus, während »exit« zur Brutalisierung gesellschaftlicher Beziehungen infolge wachsender Polarisierung und Beschränkung von Lebenschancen führe. Doch die mit der Erosion menschlicher Sicherheit verbundenen gesellschaftlichen Kosten durch Privatisierung werden dethematisiert bzw. dekontextualisiert. Viele Maßnahmen, die zum Schutze des privaten Eigentums ergriffen werden, blieben zum großen Teil nutzlos und greifen selbst in die Freiheitsrechte der Reichen ein. Die »Fortressisierung«, die Abwehr und der Ausschluss bestimmter als Belastung oder als gefährlich eingeschätzter gesellschaftlicher Gruppen, potenziert vielmehr das gesellschaftliche Gewaltpotenzial und führt zur Verbreitung einer »Kultur der Angst« (Mike Davis). Bereits Samuelson, der Begründer des wohlfahrts-theoretischen Konzepts »öffentlicher Güter«, wies darauf hin, dass die Unterversorgung mit solchen Gütern als Ursache von Krisen wirke.

Henrik Lebuhn (Berlin) kritisiert in der Diskussion, dass die Vorstellung von Recht als Bedingung der Möglichkeit von Widerstand der geschichtlichen Erfahrung widerspreche. Übersehen werde die herrschaftssichernde Funktion des Rechts. Vielmehr hat gerade der Verstoß gegen geltendes Recht als Praxis von Widerstandsbewegungen, etwa der Arbeiterbewegung, erst die Durchsetzung neuer sozialer Rechte ermöglicht. Jens Martens (Bonn/WEED) ergänzt, dass genaue Kriterien zur Bestimmung »öffentlicher Güter« daher in der Praxis nicht ganz so wichtig wären, da sie jeweils das Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen darstellen. Vor 100 Jahren noch waren Bildung und Gesundheit private Güter und kaum vorstellbar, dass sie später als öffentliche konstituiert werden sollten. Rainer Rilling (Marburg/RLS) führt an, dass die Verteilung gesellschaftlicher Kosten erodierter menschlicher Sicherheit sich unterschiedlich auf die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Klassen auswirke. Es gehe nicht einfach um die Sicherung des er-

worbenen Reichtums, sondern um Souveränitäts- und Machtsicherung, sowie um Distinktions- und Einzelstellungsinteressen. Ein Appell an die damit verbunden hohen Kosten verpufft angesichts solcher Interessen (wie angesichts der angehäuften Vermögen).

Das GATS als Teil eines »neoliberalen Konstitutionalismus«

Judith Dellheim (Berlin/RLS) begreift »öffentliche Güter« als Lösungsform von Problemen gesellschaftlicher und individueller Reproduktion. Sie dienen nicht nur der Versorgung mit bestimmten lebensnotwendigen Gütern, sondern auch der Ermöglichung politischer und gesellschaftlicher Teilhabe. »Menschliche« und »sozio-ökonomische« Sicherheit ergänzt sich im Anschluss an Altvater und Mahnkopf durch »soziokulturelle« Sicherheit. Die Privatisierung »öffentlicher Güter« führt daher zum Demokratieabbau, was sie am Beispiel der GATS-Verhandlungen im Rahmen der WTO verdeutlicht. Sie interpretiert das GATS nicht nur als Handels-, sondern als »Investitionsschutzabkommen«, mit dem unbemerkt Teile der gescheiterten MAI umgesetzt werden sollen. Doch die EU verhalte sich in diesem Prozess ambivalent: das Grünbuch zur Daseinsvorsorge der Europäischen Kommission formuliert zwar die Marktpräferenz bei der Bereitstellung öffentlicher Daseinsvorsorge, garantiert infolge wachsenden Widerspruchs zur Liberalisierung aber zugleich die Möglichkeit staatlich/öffentlicher Bereitstellung als entscheidendes Merkmal des Europäischen Gesellschaftsmodells. Diese Ambivalenzen gelte es zu nutzen. Dellheim fordert ein GATS- und WTO-Moratorium und greift einen Slogan einer Anti-GATS-Kampagne auf: »Demokratisieren statt Privatisieren«. Ohne sich zu großen Illusionen hinzugeben, könne EU-Europa dabei zum Vorreiter werden.

In der Diskussion wurde letzteres allerdings heftig bezweifelt. Vielmehr mache man damit den Bock zum Gärtner, da die EU wesentlicher Akteur bei der Durchsetzung und Festschreibung neoliberaler Politiken ist. Darüber hinaus sei dies im wesentlichen eine defensive Verhinderungsperspektive. Angesichts der historischen Erfahrung mit westlichem Fordismus und östlichem Staatssozialismus könne die reine Anrufung des Staates keine Perspektive darstellen. Es müsse nach alternativen Formen der Bereitstellung von »öffentlichen Gütern« jenseits von Markt und Staat gefragt werden, welche die »Regulationsebene der Individuen« (Dieter Klein, Berlin/RLS) ins Spiel bringt. Lutz Brangsch (Berlin/RLS) erinnert an das Modell des »partizipativen Haushalts« in Porto Alegre, Altvater an das keineswegs überholte Modell der Produktions- wie Konsumgenossenschaften, wie sie z. B. in Argentinien und anderen südamerikanischen Ländern als Teil einer »solidarischen Ökonomie« wieder aufleben. Allerdings können diese Formen auch eine Art »Neoliberalismus von unten« darstellen, neue Widersprüche produzierend – etwa wenn durch selbstorganisierte genossenschaftliche Müllentsorgung Arbeitsplätze und Löhne staatlich beschäftigter Müllwerker gedrückt werden. Die solidarische Ökonomie, so der Hinweis, entwickelt sich weitgehend als gewerkschaftsfreie Ökonomie. Darüber hinaus stößt die gesellschaftliche Selbstorganisation an Grenzen, bedarf der Kommune als staatlichem Rahmen, nicht nur um finanzielle

Mittel zu mobilisieren. Räumliche Ungleichheiten verweisen angesichts notwendiger Umverteilungsmaßnahmen auf die nationale staatliche Ebene. »Der Staat« ist also, so Mahnkopf, unabdingbar, Sanktionsinstanzen (z. B. die Polizei) können nicht lokal oder privat gestellt werden. Dellheim ergänzt, nicht staatliche Instrumente seien gut oder schlecht, sondern ihr Einsatz und ihre Ausgestaltung gemäß gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Es geht um die Vermittlung von Staat und Zivilgesellschaft als widersprüchlicher Einheit im integralen Sinne (Gramsci). Poulantzas zufolge stellt der Staat die Materialisierung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse dar. Es geht also nicht darum, einfach Forderungen an den Staat zu richten, so Mario Candeias (Berlin/InkriT), sondern um eine Transformation des Verhältnisses von Staat und Zivilgesellschaft durch gesellschaftliche Auseinandersetzungen und Verschiebung der Kräfteverhältnisse. Die Perspektive, die Gramsci formulierte, ist eine tendenzielle »Absorption des Staates in die Zivilgesellschaft« durch einen realen Prozess der Vergesellschaftung, etwa durch Stärkung gemeinschaftlicher Selbstverwaltungselemente. Brangsch betont, dass solchen alternativen Ansätzen in der Praxis eine »Eigenheit der Maßlosigkeit« innewohnt. Solche Prozesse setzten eine unkalkulierbare Dynamik in Gang, müssen immer weitergetrieben werden, andernfalls drohen sie wieder zusammenzubrechen.

Kriterien zur Bestimmung öffentlicher und privater Güter kümmern die Kapitalseite nur wenig. Für sie sind Verwertungsinteressen entscheidend, so Thomas Fritz (Berlin/attac). Die Funktion des GATS sieht er in der Stützung der »inneren und äußeren Landnahme« und dem Abbau von Investitionshemmnissen. Es ist Teil eines »neoliberalen Konstitutionalismus« (Stephan Gill). Es geht also keineswegs um »Entstaatlichung«, staatliche Politiken werden vielmehr auf die internationale Ebene gehoben, um globale Vertragsfreiheit und Eigentumsrechte zu garantieren. Mittlerweile gebe es zahlreiche schlechte Erfahrungen mit Privatisierung, der Widerstand wächst und erste Erfolge von »Deprivatisierung« (Martens) sind zu verzeichnen. Genau dem versucht der neoliberale Konstitutionalismus gegenzuarbeiten. Entscheidend sei dabei das »lock in«, d. h. die Gewährleistung der Verwertungssicherheit für die Zukunft, ihre »Unumkehrbarkeit« durch Institutionalisierung. Andere Staatsfunktionen, etwa der »Sozialklimbim«, werden hingegen nicht auf internationaler Ebene institutionalisiert. Das GATS und die Binnenmarktliberalisierung in Europa ergänzen sich dabei. Europa könne also kein Gegenspieler des Neoliberalismus werden. Die Leistungen der Daseinsvorsorge sind zwar umkämpft, doch die Debatte um das EU-Grünbuch sei Teil eines Herrschaftsmechanismus zur Bindung von Widerstandspotenzialen. Fritz hebt besonders die ideologische Komponente der Debatten hervor, die auch Bewegungen wie attac zu schaffen mache. Der Multilateralismus etwa gelte immer stärker als positiv besetzter Begriff gegenüber einem zunehmend unilateralen Vorgehen der USA in militärischen, rechtlichen, klima-, währungs-, und wirtschaftspolitischen Fragen. Dabei fungiert beispielsweise die zunehmende Zahl bilateraler Handelsabkommen zur Erzwingung von Zugeständnissen auf multilateraler Ebene. Bi- und Multilateralismus ergänzen sich wechselseitig. So gilt etwa die EU-Binnen-

marktliberalisierung als Vorbild für US-Unternehmen, das im Rahmen der WTO internationalisiert werden soll. Der Ruf nach Demokratisierung nützt nichts, sofern er sich auf eine stärkere Beteiligung von Parlamenten (auch kommunalen) bezieht – denn ohne gesellschaftlichen Druck werden angesichts neoliberaler Hegemonie dort weitere Liberalisierungsschritte legitimiert. Als Beispiel führt Fritz den sog. Lange-Bericht des Europäischen Parlaments an, der Quersubventionierungen unrentabler Bereiche unterbinden, Steuervergünstigungen für öffentliche Unternehmen streichen, weitere Bereiche liberalisieren und eine Ausschreibungspflicht, die große Unternehmen strukturell bevorteilt, festschreiben will. Am UNDP-Konzept »öffentlicher Güter« kritisiert er, dass es auch Handelsliberalisierung und Gewährleistung privater Eigentumsrechte umschließt. Vor allem sei das dahinter stehende Problembewusstsein selbst problematisch: Der propagierte neue »Tripartismus« zwischen Staat, sog. Zivilgesellschaft und Unternehmenssektor laufe auf ein neues Herrschaftskonzept hinaus – warum sollen ausgerechnet Unternehmen besondere Rechte bei Verhandlungen über lebenswichtige Güter zugestanden werden? Darüber hinaus werde der undemokratische Charakter internationaler Organisationen wie der UN mit ihren Machtasymmetrien nicht einmal ansatzweise hinterfragt. Auf diese Weise wird die Einbeziehung der Zivilgesellschaft zur Integration gegen-hegemonialer Kräfte in den herrschenden Block an der Macht.

Fritz setzt stattdessen darauf, im den Auseinandersetzungen um Privatisierung die Ursachen der Misere öffentlicher Dienstleistungen in den Vordergrund zu stellen und die Menschen mit ihren persönlichen Erfahrungen ernst zu nehmen. Die Bewegungen organisieren sich als Bewegungen gegen Privatisierung, nicht für »öffentliche Güter«. Über letztere zu debattieren, dafür ein Bewusstsein zu schaffen, geht in die richtige Richtung. Sie als »fertige« Problemlösung zu präsentieren nicht. Das Neue muss nicht im voraus ausgedacht werden, sondern im Prozess der Kritik des Bestehenden mit den Subjekten der Veränderung praktisch erfunden werden – andernfalls werde daraus ein »Elitenprojekt« von »oben«. Widersprüche müssen nicht aufgelöst, sondern Handlungsfähigkeit ermöglicht werden.

Auch Martin Beckmann (Uni-Marburg) versteht Privatisierung als Verbreitung »menschlicher Unsicherheit«, augenfällig geworden am Platzen der Finanzmarktblase und der damit verbundenen Vernichtung der kapitalgedeckten Alterssicherung von Millionen Lohnabhängigen. Er gibt einen knappen Überblick der Entwicklung in unterschiedlichen europäischen Ländern und den USA und zeigt, wem das Ganze nützt bzw. welche Interessen neben institutionellen Anlegern und Finanzdienstleistern auch Industrieunternehmen haben, die sich von den Milliarden zur privaten Alterssicherung eine Verbilligung ihrer eigenen Refinanzierung auf den Kapitalmärkten und eine Aufkündigung der paritätischen Finanzierung staatlicher Rentensysteme versprechen. Diese Interessen setzt er in Beziehung zu den Interessen der Regierenden und der Gewerkschaften. Trotz Differenzen sieht Beckmann eine Konvergenz der Interessen v. a. aus dem im Alltagsverstand fest verwurzelten »Volksvurteil« (Marx), dass die gesetzliche Rente in Zukunft nicht mehr ausreicht und stattdessen

Eine Überwindung der neoliberalen Hegemonie ist nur unter Anerkennung der historischen Veränderungen möglich, auf die sich gerade die Neoliberalen berufen. Das aber heißt: Eine auf soziale Sicherung und sozialen Ausgleich gerichtete Politik muss sich definitiv von ihrer nationalstaatlich-fordistischen Bornierung lösen. Thomas Seibert: Jenseits des nationalen Sozialstaats: Weltbürgerliche Solidarität, Manuskript 2003 (im Erscheinen), S. 1.

So utopisch die Richtungs-forderung eines globalen Projekts sozialer Gerechtigkeit klingen mag – im Unterschied zu jedem Versuch einer Wiederherstellung des fordristisch nationalen Staates ist dieses Projekt ein realpolitisches (kursiv) Projekt, dessen Durchsetzung allein an der dafür erforderlichen politischen (Gegen-)Macht hängt. Seibert, a. a. O., S. 2.

Es kann nicht darum gehen, solche Alternativen als konkret umsetzbares Modell zu präsentieren, weil ihre konzeptionelle Ausgestaltung wesentlich die Sache der gesellschaftlichen Kräfte sein muss. Seibert, A. a. O., S. 6.

ein Drei-Säulen-Modell (staatlich-betrieblich-privat) aufgebaut werden müsse – Ausdruck einer hegemonialen Verallgemeinerung partikularer Interessen. An dieser Überzeugung habe auch die Krise der New Economy und die Baisse an der Börse nichts wesentlich geändert. Die Euphorie ist verflogen, die verbreitete Unsicherheit reflektiert auch eine realistischere Sicht der Verhältnisse – in den Augen des größten Teils der Bevölkerung bleibt aber keine Alternative. Die nächsten Schritte Richtung Kapitalisierung der Altersvorsorge werden bereits auf den Weg gebracht. Die massiven Streiks in Frankreich, Österreich und anderen euro-päischen Ländern zeigen zwar, dass sich Widerstand formiert, die Kämpfe werden aber trotz der Bindung der Alterssicherung an die Entwicklung auf globalen Finanzmärkten nach wie vor national ausgegessen.

Ein Diskutant verweist auf den Widerspruch, dass Lohnabhängige quasi-schizophren ihre eigene Ausbeutung vorantreiben müssen, um ihre Zinseinkommen als Shareholder zu steigern. Darüber hinaus betont Altvater, dass diese Einkommen auf transnationalen Kapitalmärkten natürlich auch einen Abzug vom global produzierten Mehrwert darstellen, eine Ausbeutung etwa chinesischer oder indischer Lohnarbeiter (ohne Alterssicherung). Auch bei den Teilnehmern zeigt sich, dass die Vorstellung, man müsse »Abschied nehmen von lebensstandardsichernden Renten«, verankert ist. Michael Brie (Berlin/RLS) macht verwundert darauf aufmerksam, da sich zunächst kein Widerspruch zu dieser Behauptung rührte. Beckmann betont, dass kapitalgedeckte Rentensysteme keineswegs die Probleme des sog. demographischen Faktors, einer alternden Gesellschaft lösen: wenn eine wachsende Gruppe von Rentnern ihre Wertpapierbestände verkaufen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, steigt das Angebot, was zu sinkenden Kursen führt und die erworbenen fiktiven Vermögen reduziert. Die jährlichen Finanzmittel für Rentner können ohnehin nur aus der realen Produktion desselben Jahres geschöpft werden (Keynes). Damit ist ein Kapitaldeckungs-nicht sinnvoller als ein Umlageverfahren – außer zum Zwecke der Umverteilung von unten nach oben. Vorstellungen, etwa von Aglietta oder Blackburn, den niedrigen Lohnanteil am Volkseinkommen durch einen höheren Anteil der Lohnempfänger am Vermögenseinkommen zu kompensieren und über ein progressives Fondsmanagement den wilden Kapitalismus zähmen zu können, erweisen sich angesichts der zunehmenden Konzentration des Wertpapierbesitzes als Illusion. Somit erweist sich, so Ulrich Busch (Berlin), die Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme ebenso wie der »allgemeinen Produktionsbedingungen« (Marx) als Teil eines neuen Schubes der Durchkapitalisierung der Gesellschaft.

Transnationalisierung gesellschaftlicher Kämpfe

Demgegenüber bleibt die Kritik in der Defensive. Es handelt sich eben nicht nur um einen Sozialabbau, den es zu stoppen gelte, sondern, betont Thomas Seibert (Frankfurt am Main/medico international), um eine Transformation des Sozialstaates, der aktiv die Schaffung eines neuen Arbeitstypus befördert (nicht zuletzt im Niedriglohnssektor). Die alte Hoffnung, eine Internationalisierung des Lohnverhältnisses führe auch zur Verallgemeinerung der Bedingungen für

eine Internationalisierung der Sozialstaatlichkeit erweist sich als widersprüchlich – das Bild wird eher durch Prekarisierung und Migration dominiert. In zahlreichen Ländern des Trikonts ist Lohnarbeit ohnehin nicht die übliche Form gesellschaftlicher und individueller Reproduktion. Vor allem in den Kriegsökonomien herrsche ein anderer Modus vor: Der Krieg stellt dort keineswegs eine (vorübergehende) Unterbrechung der Reproduktion dar, als vielmehr eine besondere gesellschaftliche Reproduktionsweise. Doch auch in den Zentren kann Lohnarbeit immer weniger als Grundlage sozialer Sicherung dienen. Letztere ist im Rahmen des Nationalstaates nicht mehr zu halten. Dies sind zwar durchaus von neoliberaler Seite propagierte Positionen, sie beschreiben nichtsdestoweniger reale gesellschaftliche Verhältnisse, die es nicht sachzwangförmig zu akzeptieren, sondern von links zu kritisieren gelte. Sie implizieren aber auch neue Konsequenzen für die eigene politische Position zu beziehen. Ein Zurück zum alten Sozialstaatsmodell ist ausgeschlossen. Ohnehin war der nationale Sozialstaat des Fordismus nur auf Grundlage der Ausbeutung des Trikonts möglich. Darüber hinaus war er patriarchal strukturiert; das Vollbeschäftigungs- und Normalarbeitsverhältnis galten nur für weiße, männliche Arbeiter. Und er war ein repressiver Staat, ausgerichtet auf die soziale Disziplinierung und die Zurichtung auf Lohnarbeit. Der Wachstumsfetisch hat nicht zuletzt die ökologische Krise hervorgebracht. Gegen diese Form des Staates protestierte die sog. 68er-Bewegung.

Sofern strukturelle Arbeitslosigkeit quasi als Modus neoliberaler Arbeitszeitverkürzung fungiere, gelte es dies von links zu kontern, nicht indem man sich für die alte Chimäre der Vollbeschäftigung einsetzt, sondern für eine konsequente Verallgemeinerung der Arbeitszeitverkürzung und die Anerkennung von Arbeitsformen jenseits der Lohnarbeit. Insofern greift es zu kurz, Tendenzen der Informalisierung zu dämonisieren. In der Realität reichen sie von einer ungeheuren Brutalisierung der Verhältnisse bis zu gelebten Formen einer »solidarischen Ökonomie«. Letztere ist (zumindest in den Zentren) auch eine Antwort auf den Zwang zur Lohnarbeit. Um diese zu ermöglichen und zu stützen, möchte Seibert perspektivisch soziale Sicherung transnational als Bürgerrecht einfordern, etwa in Form eines bedingungslosen Existenzgeldes für »jeden und jede am Ort ihres Aufenthalts«. Eine soziale Basis dafür herzustellen, erachtet er nach wie vor als möglich. Es gehe darum, »Richtungsforderungen« aufzustellen, d. h. Stimmen vernehmbar zu machen, die sich von den *mainstream*-Reformdebatten »verabschieden«. Damit verbindet er eine Dialektik der Praxis von theoretisch-politischen Forderungen und lebenspraktischer Handlungsfähigkeit. Als »soziale Bewegungen« ist nicht nur der organisierte Protest zu verstehen, sondern auch die informellen alternativen Produktions- und Lebensweisen in all ihrer Widersprüchlichkeit. Seibert erkennt eine »Autonomie sozialer Bewegungen« und macht dies deutlich am Beispiel der Migration. Sie ist eine der weltweit stärksten sozialen Bewegungen, nicht nur das passive, erzwungene Ergebnis von »push and pull«, sondern auch ein aktiver Ausbruch aus bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen, oft unter Zuhilfenahme transnationaler sozialer Netze. Gleichzeitig ist diese Bewegung eine der von den Zentren am stärk-

sten bekämpften und bleibt dennoch eine unaufhaltsam wachsende Tendenz. Es ist also zentral, so Seibert, soziale Rechte als »Praxis gesellschaftlicher Aneignung« zu begreifen, als Forderung und alltägliche Praxis.

Seiberts Sicht der Informalisierung hält Altvater für positiv überzeichnet. Solche zunächst emanzipativ erscheinenden Praxen kommen allzu häufig einem »Neoliberalismus von unten« gleich und wirkten herrschaftsstabilisierend. Bewusste Flucht aus der Lohnarbeit ist sie nur für eine Minderheit – die meisten werden in die Informalität »hineingeschleudert«. Henrique Cardoso etwa habe als brasilianischer Staatspräsident die Informalisierung offen als Projekt zur Entlastung des Staates von sozialen Problemen propagiert. Iris Nowak (Hamburg/InkriT) sieht zwischen Seibert und Altvater keinen grundsätzlichen Widerspruch, die Widersprüchlichkeit liege vielmehr in der Sache selbst. Corinna Genschel (Berliner Sozialforum) hebt hervor, dass anders als mit dem Begriff der öffentlichen Güter, der meist mit einer staatszentrierten Perspektive einhergeht, der Begriff der sozialen Rechte die Subjekte ins Zentrum rückt. Allerdings müsse bei Forderungen nach Gerechtigkeit, Solidarität, Demokratie etc. bedacht werden, dass diese Begriffe auch von neoliberaler Seite besetzt werden und sich in den Köpfen verankern. Einem vorherrschenden Verständnis dieser Begriffe im Sinne eines methodologischen Individualismus, als Ergebnis individueller Praxen, müsse gegengearbeitet werden. Eine DiskutantIn betont, dass »nördliche« Vorstellungen und Modelle überhaupt nicht auf andere Weltregionen übertragbar seien. Dagmar Vinz (FU-Berlin) fragt daran anschließend, inwiefern ein Existenzgeld überhaupt als globales Projekt denkbar sei? Es handle sich dabei nicht um ein neues Projekt, vielmehr ist es in den 1980er und 90er Jahren bereits »brutal gescheitert«, ebenso wie jüngst die 35-Stunden-Woche. Sie zweifelt daher an dessen Zukunftsfähigkeit. Seibert antwortet, man müsse zwischen dem Scheitern und der Niederlage unterscheiden: Niederlagen können, müssen aber kein Scheitern sein, und Kämpfe, die mit Niederlagen enden, sind dann nicht verloren, solange sie ihren Grund in der Sache haben (schließlich hat auch die Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert immer wieder heftige Niederlagen hinnehmen müssen). Das Existenzgeld ist bereits eine Antwort auf den vom Neoliberalismus bewirkten gesellschaftlichen Wandel. Angesichts dessen sei es notwendig, die Auseinandersetzung auf einer dementsprechenden Weise zu führen, lokale Kämpfe transnational vervielfältigend – etwa indem Streiks anders geführt, als Teil »unserer« Politik immer auch z. B. die Rechte von Migranten eingefordert werden, im und jenseits des nationalstaatlichen Rahmens – nicht nur auf eine *Legalisierung* des Aufenthalts, sondern auf das *Recht* des Aufenthalts (allein in Deutschland leben ca. 1,7 Millionen »Illegale«). Keineswegs neige er zur »Romantisierung« der Informalität, zumal der Neoliberalismus an die Bewegungen der späten 60er und 70er Jahre angeknüpft habe, sie in ihr Gegenteil verkehrte. Dennoch ist Informalität nicht nur als Schlechterstellung und Verelendung zu denken. Informalität bleibt ein *catch-all*-Begriff, der nicht zuletzt die Normalisierung des Nicht-Formellen verdeckt. Seibert wolle Defensivkämpfe nicht gegen offensive Richtungsforderungen ausspielen,

letztere dienen als Orientierungen für erstere: »das eine tun, das andere nicht lassen«.

Während im Anschluss an Fritz das GATS als Durchsetzungsform einer neuen Eigentumsordnung des neoliberalen Konstitutionalismus von »oben« begriffen werden kann, versucht Ulrich Duchrow (Heidelberg/Kairos), die Perspektive einer neuen Eigentumsordnung von »unten« zu formulieren. Er erinnert zunächst daran, dass die »eigentümliche Vorstellung«, wer Geld oder Produktionsmittel (v. a. Boden) verleihe, mehr zurückverlangen könne, erst in einem langen geschichtlichen Prozess durchgesetzt wurde. Heute herrsche ein eng mit dem Geldsystem verbundenes Konzept des Privateigentums vor, das gegenüber dem Leben und dem Gemeinwohl abstrakt bleibe. Duchrow fordert dagegen eine Umkehrung der Perspektive ein. Unter Bezug auf die Zapatistas müsse die Verbindung von Leben und Gemeinwohl *vor Ort* im Zentrum stehen. Zu unterscheiden sei in Anlehnung an Marx zwischen Gebrauchs- und Kapitaleigentum, mit einem klaren Vorrang des ersteren. Das (individuelle) Eigentum wird damit nicht abgeschafft, sondern der Nutzung der vor Ort lebenden Menschen zugeordnet. Auf diese Weise wird nicht einmal Luxus als »Gebrauchsluxus« zum großen Problem, solange er dem Genuss dient und nicht abstrakter Geldvermehrung. Duchrow schließt damit an die aristotelische Unterscheidung zwischen (schädlicher) Chrematistik und der *Ökonomia*, als Ökonomie des ganzen Hauses, die heute die Nachhaltigkeit schon in die Eigentumsrechte einschließen müsse. Land, als Grundlage vielfältigster Produktions- und Lebensweisen, sollte grundsätzlich keine Warenform annehmen. Das Eigentum am Land müsse in der Hand der Allgemeinheit bleiben, der Besitz seinem Nutzer zukommen. Mit Binswanger sieht Duchrow unterschiedlich radikale Anknüpfungspunkte für eine neue Eigentumsordnung:

1. Die radikalste Lösung ist die Überführung des Eigentums an Grund und Boden in öffentliches Eigentum, sei es kommunales oder staatliches.

2. Als nächste Möglichkeit kommt die Trennung von Verfügungs- und Nutzungseigentum und Überführung des Verfügungseigentums an Kommune oder Staat. Das Nutzungseigentum würde im Rahmen der öffentlichen Nutzungsbestimmungen zu gebrauchen sein.

3. Die Trennung von Verfügungs- und Nutzungseigentum in städtischen Siedlungen und die Überführung des Verfügungseigentums an neu zu bildende öffentlich-rechtliche Eigentümerverbände, entweder bestehend aus allen Einwohnern oder aus den Eigentümern, aber mit Mitspracherecht aller Einwohner.

4. Ausklammerung des Rechts zur baulichen Nutzung aus dem Eigentum.

5. Beibehaltung einer umfassenden Eigentumskonzeption, aber Einschränkung der Nutzungsfreiheit durch Staat oder Gemeinden.

6. Aufrechterhaltung der Eigentumsgarantie, aber Einschränkung der Verfügungsfreiheit durch die Gemeinden bzw. den Staat.

7. Einführung von Abgaben zur Abschöpfung der Grundrente und zur Marktlenkung durch den Staat.

8. Vorschriften des Staates zur Einschränkung des Eigentümerkreises, zum Beispiel dahingehend, dass juristische Personen nur im

öffentlichen Interesse Eigentümer sein können, dass nur beschränktes Eigentum an Wohnungen und Bauland erlaubt ist – bezogen auf die Eigennutzung.

Jeder konkrete Vorschlag alternativer Institutionen sei daraufhin zu prüfen und zu beurteilen, ob er dem konkreten Leben faktisch nützt und ob niemand bei seiner Erarbeitung und im Blick auf seine Folgen ausgeschlossen ist. Die Betonung des Kommunalen zeigt eine Nähe zum »Deglobalisierungs«-Diskurs, der vornehmlich in einigen sozialen Bewegungen des Südens geführt wird. Candeias bezweifelt, ob angesichts der Transnationalisierung gesellschaftlicher Verkehrsverhältnisse ein Rückzug auf lokale Ökonomien wünschenswert sei. Seibert befürchtet, dass solche Perspektiven an vor-modernen Lebensweisen und Widerstandsbewegungen ansetzen und dazu neigen, diese zu romantisieren. Dies, versichert Duchrow, sei keineswegs beabsichtigt. Der Zapatismus etwa ist keine überkommene traditionelle Bewegung, sondern eine durch den Neoliberalismus hervorgebrachte. Auch plädiere er nicht dafür, die Welt in kleine lokale Einheiten aufzulösen, sondern dafür, dass Menschen vor Ort die lokal-kleinregionalen Möglichkeiten nutzen und entwickeln, um Eigentum, Wirtschaft und Geld unter der Perspektive des Lebens und des Gemeinwohls kooperativ, kommunal oder jedenfalls lebenspflichtig zu organisieren und in Dienst zu nehmen. Aber natürlich brauche es dafür etwa rechtliche Formen und eine demokratische makro-ökonomische Planung, welche wiederum auf die über-örtliche Ebene verweisen. Zentral ist für Duchrow auch, den »Anteil an ›Schuldgeld‹« zurück zu drängen und den »Anteil an schuldenfreiem, öffentlich in Umlauf gebrachtem Geld« zu erhöhen, mindestens bis zu einem hälftigen Verhältnis. Altwater kritisiert allerdings, dass Geld immer ein »Aktivum« ist, dem ein »Passivum« gegenübersteht, als Zahlungsmittel begründet es unweigerlich ein Verhältnis von Schuldner und Gläubiger. Dies gelte auch bei Kunstwährungen innerhalb kleinräumiger Tauschringe, die als präkapitalistische Elenderscheinungen neue Schuldverhältnisse begründen. Ein geldloser Tausch im großen Maßstab ist der globale *counter-trade*, der offiziell bereits etwa ein Drittel des Welthandels ausmacht – nicht zuletzt Drogen-, Waffen- und Menschenhandel. Eine Abkopplung der Geldschöpfung von der realen Wertschöpfung, das »Ankurbeln der Geldpresse« durch den Staat, führe darüber hinaus, so Candeias, zur Inflation. Nichtsdestotrotz plädiert Duchrow sicher zutreffend dafür, das Geldverhältnis als entscheidendes Feld gesellschaftlicher Auseinandersetzung für eine neue Eigentumsordnung im Blickfeld zu behalten. Wie gezeigt, ist die Erosion der staatlichen Steuerbasis wesentliche Voraussetzung für einen Prozess der Privatisierung »öffentlicher Güter«.

Noch bleiben Gegenbewegungen in erster Linie auf die kommunale und nationale Ebene beschränkt, sind kaum miteinander vernetzt. Auch eine europaweite Untersuchung der gesellschaftlichen Folgen von Privatisierung und Inwertsetzung steht noch aus. Zwar zeigt der Widerstand erste Erfolge, es fehlt aber an einer Art »Kompensarium der Deprivatisierung« (Martens). Der Bedarf und der Wunsch nach dem Aufbau eines europaweiten politischen Informations- und Forschungsnetzwerks wurde in der abschließenden Dis-

kussion deutlich gemacht. Dies, so Thorsten Arnold (Grüne Liga), könnte lokale Initiativen stützen. Erste Schritte sollen mit der Einrichtung einer Website und der Durchführung eines größeren internationalen Workshops zum Thema aus Anlass des 2. *Europäischen Sozialforums in Paris* im November unternommen werden. Eine Internationalisierung des Netzwerks auf dem ESF wird angestrebt, dazu wird es eine gesonderte Veranstaltung geben. Dieser Workshop dient gerade zur Klärung theoriepolitischer Strategien und politischer Alternativen im Hinblick auf eine europäische Vernetzung und die Verknüpfung von Wissenschaft und Politik. Altvater betont, dass es einer normativen Klärung bedürfe, wozu wir überhaupt »öffentliche Güter« brauchen – offenbar stehen sie im Schnittpunkt von menschlicher Sicherheit, gesellschaftlicher Entwicklung, Demokratie u. v. a. m. Allerdings, so eine DiskutantIn, braucht es keine neuen einheitlichen Modelle, da gerade die Vielfalt der Ideen produktiv ist. Wohl aber, ergänzt Mahnkopf, ist eine Bestimmung von Begriffen erforderlich, um die Realität besser »begreifen« zu können. In diesem Zusammenhang weist Rilling darauf hin, es habe sich gezeigt, dass gerade die Vielfalt der Ansätze es mit sich bringt, nicht nur über »öffentliche Güter« zu sprechen, sondern auch über Gemeingüter, *Commons*, soziale Rechte und andere geeignete »Kampfbegriffe« (Mahnkopf), um für viele Gruppen anschlussfähig zu bleiben und die Breite der politischen Konfliktlagen zu fassen. Um dabei nicht defensiv verhaftet zu bleiben gilt es, Anti-Privatisierungs-Aktivitäten mit »Richtungsforderungen« und »Passagen« (Hardt/Negri) zu verbinden. Seibert sieht die Bedingungen für eine breite gesellschaftliche Basis einer anti-hegemonialen Bewegung nach den Erfahrungen der Niederlage gegeben: Früher verfeindete linke Splittergruppen rücken heute näher zusammen und werden Teil eines pluralen Bündnisses linker Kräfte. Die Mischung der über 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops ist zumindest vielversprechend: Junge wie Alte, Frauen wie Männer, West wie Ost, politisch eingreifende Wissenschaftler wie theoretisch bewanderte und interessierte politische Aktivisten debattierten bei diesem 12stündigen Diskussions-Marathon angeregt bis zum Schluss – ein Schluss, der eher einen Anfang markiert.

Kontakt:

- Mailingliste des Netzwerks – Eintrag über

MIC@candeias.de oder *rilling@rosalux.de*

- Website: *www.wemgehörtidiewelt.de*

- Adresse: Prof. Dr. Rainer Rilling, Rosa-Luxemburg-Stiftung,
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

HALINA BENDKOWSKI

Jenseits von EMMA. Oder: Wie werden das Wissen und die Diskussionen des Feminis- mus erinnert und befördert?

Sobald Begriffe lexikalisch erfasst und theorierecyclt sind, haben sie ihr vitales Leben schon meist hinter sich. Ja, auch Begriffe leben, besonders die, die für und in politischen Realausinandersetzungen gewonnen worden sind, wie meiner: z. B. *Geschlechterdemokratie*.

Die Lexikalisierung macht die Stichwortgeberinnen zugleich stolz, wie auch etwas traurig zurückzublicken. Mich zumindest, die ich 1991 aus lauter Not, aus dem feministischen Zirkelschluß in der Antigewaltdebatte – raus in die Gesellschaft! wollte, um der real existierenden Demokratie die Geschlechterfrage zur politischen Arbeitsaufgabe zu machen. Wie sich die Gesellschaft der Gewaltproblematik durch kleinliche Ausstattung von Frauenhäusern entledigen wollte, war nicht mehr hinnehmbar. Doch was aus der Debatte zur Geschlechterdemokratie geworden ist, ist ein Begriffssalat, dessen Ingredienzen immer neu nach Geschmack und auch ganz ohne Geschmack aufbereitet werden. Lexikalisch gibt zwar ein Begriffssalat was her, aber ich hoffe denn doch, dass die Lesenden an mehr als nur an Begriffen interessiert sind. Denn: Hinter den Begriffen verstecken sich die Geschichten zur Geschichte.

So gewöhnlich und mitunter beliebig heute die Geschlechterdemokratie präsentiert wird, so ungewöhnlich, ja fragwürdig war dieses Wortungeheuer damals, als ich im Auftrag der österreichischen Frauenministerin Johanna Dohnal in den USA nach innovativen Projekten gegen häusliche Gewalt recherchierte. Um den historisch-kritischen Interessierten des Feminismus einen Eindruck zu vermitteln, wie mit Begriffen Politik gemacht werden kann, ist es in meinem Versuch, die politische Debatte über Gewalt feministisch zu ändern, hilfreich daran zu erinnern, *wie so was geht*. Schon als »feministische Männerforscherin«, wie ich mich damals erstmalig selbst nannte, wollte ich den Blick auf die frauenforschenden Männer richten, die sich nur selten zum Objekt ihrer Defizitforschung machten. Das Defizitäre war die Frau, der geschlechtsspezifisch durch Förderprogramme geholfen werden sollte, wenn man schon mal großzügig sein wollte. In der dominant psychoanalytisch ausgerichteten Forensik (Gerichtspsychologie) wurde das Opfer (Victimologie) pro-re-aggressiv dafür bestraft, den Täter zu sehr gereizt zu haben. Mutter war an allem schuld. Dabei sollte sie nur gut genug sein.

In den Jahren 1991-1993 fand in Wien und in Gesamtösterreich eine landesweite zweijährige Antigewaltkampagne statt, die einen Paradigmenwechsel in der Antigewaltdebatte herbeiführen sollte und das auch erreichte. Johanna Dohnal dachte bereits antizipativ an die UN-Konfe-

Halina Bendkowski –
Jg. 1949, studierte Soziologie, Politologie und Philosophie; Journalistin und Publizistin; Agentin für Feminismus & Geschlechterdemokratie.

Schlagt nach im Historisch-kritischen Wörterbuch des Feminismus:
Historisch-kritisches Wörterbuch des Feminismus. Herausgegeben im Auftrag des Instituts für kritische Theorie von Frigga Haug, 2 Bände, Hamburg 2003.

renz, die im Jahre 1993 mit ihrer politischen Deklaration: »Frauenrechte sind Menschenrechte« Geschichte machen sollte.

Bitte lächeln Sie beim Lesen nicht über mich, wenn Ihnen das so passé erscheint. Uns war es ebenso peinlich, wie wahrscheinlich schon der ersten Frauenbewegung ihr Kampf um das Wahlrecht.

Wir wollten das Recht der Frauen auf Unversehrtheit sichern. Nicht mehr die Opfer der Gewalt sollten fliehen, sondern die Gewalttätigen sollten zur Verantwortung gezogen werden und das Konzept der Geschlechterdemokratie zwangsintegrierte alle Exekutiv- und Legislativorgane (Gesetz und Polizei) in den Vorgang des Wandels. Das dauerte Jahre, wie sich viele Mitstreiterinnen und Mitstreiter erinnern und wie es in tausenderlei Publikationen dokumentiert ist.

Die erste Publikation, die die Geschlechterdemokratie titelte, war die 2bändige Dokumentation des Österreichischen Bundeskanzleramtes (!) im Auftrag von Johanna Dohnal: »TEST the WEST – GESCHLECHTERDEMOKRATIE und GEWALT«

Seitdem hat das Gendern viele Wenden und Maskeraden erlebt. Die liebste ist mir die popkulturelle Aufweichung von Geschlechterrollen, sprich zeitmodern Performances, weil die duale Zwangsheterosexualität noch nie den Feministinnen erhaltenswert erschien – auch wenn es immer wieder postfeministisch behauptet wird. Nicht was über die Feministinnen in den Zeitungen und Magazinen geschrieben wurde, sollte den Interessierten reichen. Nur die Lektüre der feministischen Auseinandersetzungen, wie nun angeregt durch das Historisch-kritische Wörterbuch des Feminismus, könnte verhindern, dass Sie bei Ihrer Forschung nicht allein zur EMMA gemacht werden. EMMA, die Zeitschrift, deren Herausgeberin und Chefredakteurin Alice Schwarzer zwar fast zur alleinigen Medienfeministin erklärt wurde, war nicht allzu sehr an einer feministischen Diskussion mit anderen Feministinnen interessiert. Das »empowerte« sie zum Star und machte ihre einsame Position in Deutschland wohl singulär, aber nivellierte dafür die Inhalte auf ein unzureichendes EMMA-Format und ignorierte alle Debatten, die EMMA nicht ins Bild passten, wie z. B. auch die feministischen Schwierigkeiten mit der Geschlechterdemokratie. Der Feminismus degenerierte zum Starschnitt, wie in der Pubertätszeitschrift Bravo praktiziert, auf einen EMMA-Club-Stil, der immerzu Alice Schwarzer und ihre bekannten Freundinnen coverte. Dem interessanteren Feminismus war auf jeden Fall von Geberseite damit nicht gedient, als Alice Schwarzer auch noch zusätzlich zur Chefin des Archivturms der Frauenbewegung in Köln ernannt wurde. Selbst in den celebrity-süchtigen USA war der Feminismus trotz und mit Hilfe von Gloria Steinem (MS-Gründerin) bewegungsgerechter und sicherlich auch dadurch politisch erfolgreicher. Warum wir es zuließen, dass sich der Feminismus hierzulande zu einer *One woman show* entwickelte, mit der die anfangs unverschämten Massenmedien sehr bald einen schamlosen Frieden schlossen, lag genau an der autoritären Medienregie in Talkshows, Inhalte hinter (mitspielenden!) Personen verschwinden zu lassen. Es sollte den Interessierten eine Lehre sein, wie Anerkennung und Solidarität mit einer Kämpferin für den Feminismus schleichend das Gegenseitigkeitsprinzip auf Unterstützung außer Kraft setzte. Alice Schwarzer allein in den Spiegeln wurde zur feministisch unterhaltsamen Schau, aber dementsprechend überfordert wurde sie

»Geschlechterdemokratie ist wie ›gender mainstreaming‹ und ›Geschlechtervertrag‹ keine theoretische Kategorie, sondern eine der politischen Losungen, die in den 1990er Jahren eine Verschiebung in der Politik gegen Frauenunterordnung markieren.« Ebenda, S. 436.

»Die für aktuelle Politik hegemonierelevanten Begriffe Geschlecht und Demokratie werden zum Losungswort einer Strategie verknüpft, eine Politik zur ›Gleichstellung der Geschlechter‹ in alle Politikbereiche und Organisationsstrukturen einzuschreiben. Damit hat sich der von Halina Bendkowski 1994 geprägte Term, der Verhältnisse der Frauenunterordnung als undemokratisch skandalieren und patriarchale Strukturen aufzeigen wollte, verschoben.« Ebenda.

schließlich ein Medienprodukt, das Feminismus schlicht mit Berühmtheit verwechselte. Journalistinnen und Journalisten, die nicht recherchierten, machten es sich dann aber oft zu einfach mit der Abwehr eines auf Alice Schwarzer reduzierten Feminismus in Deutschland. Es gibt viele Gründe, Alice Schwarzer für ihre Verdienste zu feiern, aber es stimmt eben nicht, dass der Feminismus zur EMMA gemacht werden darf.

Wenn den Feministinnen ihr Scheitern gerade von denen vorgeworfen wird, die sie nicht nur nie unterstützt, sondern sogar bekämpft haben, bedarf es der offensiven – geschlechterdemokratischen Zurückweisung.

Beispiel: Noch immer, wie im März 2003 vom Statistischen Bundesamt verkündet, verdienen die Frauen 30 Prozent weniger als Männer. Trotz besserer Ausbildung der Frauen seit bereits zwei Generationen bleibt die Frau ein $\frac{2}{3}$ Mensch, wenn man den Kapitalismus nicht unterschätzt. Dieser Status hat dramatische Folgen, wie z. B. eine spezifische Altersarmut bei Frauen, was aber traditionell und modern noch keine Gerechtigkeitsdebatte ausgelöst hat. Dennoch entwickelte sich etwas im Stillen als Serie, was die kapitalistische Gesellschaft sonderbarerweise erstaunt: Karrieredruck > Verzicht > Kinderlosigkeit.

Die Zukunft sieht alt aus, wenn nicht entschieden und grundsätzlich die Kinderfrage geschlechterdemokratisch beantwortet werden wird. Zusätzlich könnte es politisch spannend werden, wie ernst es der Gesellschaft mit dem Kinderwunsch derjenigen ist, die als Homosexuelle gesellschaftlichen Familienanschluß suchen.

Auch das ist ein Aufruf an die Geschlechterdemokratie gegen Stereotypen.

Ob Gendermainstreaming in die herrschenden Karriereverhältnisse oder Gleichstellung mit den Vorstellungen der Herrschenden diese befördert, wird von denen entschieden werden, die bei diesen Konzepten schon jetzt massenhaft außen vor bleiben. Allerdings nur, wenn sie sich nicht als Verliererinnen bescheiden, sondern geschlechterdemokratisch konkret, wie bei der Antigewaltdebatte, die Situation analysieren und politische Regulierungen per Gender- und Sozialbudget zur Ausgleichsgerechtigkeit durchsetzen.

Eine Gesellschaft, die modern oder fundamentalistisch all diejenigen bestraft, die nicht modern, fit oder schön und immer jung genug sind, ist eine Verlustgesellschaft, die ihre Deformationen noch nicht wahr haben will. Nur im Kontext zur Realität entfaltet das Konzept der Geschlechterdemokratie mehr Inhalt als begriffliche Distinktion. Was z. Z. als Modernisierung propagiert wird, ist nichts anderes als die antidemokratische Vormoderne, die sich liberal gibt. Die Modernisierung der Moderne steht auch geschlechterdemokratisch noch aus.

Jenseits von EMMA, hier in diesem Wörterbuch des Feminismus haben Sie die Chance, Namen und Ideen zu erfahren, um weiterzuforschen, *wie viele* der Frauenbewegung sich engagierten für Emanzipation, Geschlechtervertrag und Gleichstellung, um die Geschichte der Dekonstruktion der Geschlechterfrage voranzutreiben. Dass all die Distinktionen noch nicht die harte Statistik (siehe $\frac{2}{3}$ Realität) verändert haben, ist allerdings immer noch eine Pein.

Dagegen hilft nur feministische Aktionsforschung!

»Wesentlicher Bezugsrahmen von G ist die Anpassung von Unternehmensorganisationen und -kulturen, von staatlichen Verwaltungen und Institutionen an die Bedingungen neoliberaler Globalisierung und die entsprechende »Professionalisierung« politischer Organisationen, auch NGOs.«
Ebenda, S. 438.

THOMAS MÖBIUS

Facetten der Politik des »Neuen Menschen« in Sowjetrußland

»Wir kamen, um die neue Welt zu bauen.« – So erinnerte sich Anfang der 90er Jahre eine russische Ingenieurin an ihren Einsatz auf sowjetischen Großbaustellen der 30er Jahre. Die Projekte jener Zeit waren so gigantisch wie ihr Anspruch umfassend. Es ging um die vollständige Umgestaltung der Gesellschaft. Dabei sollte diese nicht nur in all ihren Bereichen neu entstehen, sondern auch der Mensch einen revolutionären Umgestaltungsprozeß durchlaufen. Ziel war der »Neue Mensch«. Dieser war in Rußland nach der Oktoberrevolution 1917 in aller Munde: Künstler wie Wladimir Majakowski und Kasimir Malewitsch beschworen den »Menschen der Zukunft« in ihren Texten und Bildern. Architekten wie El Lissitzky und Alexander Wesnin planten für ihn neue Wohnungen und Städte. Alexandra Kollontai¹ propagierte eine dem Neuen Menschen gemäße Neue Moral, die die Beziehungen zwischen Frauen und Männern auf eine neue Grundlage stellen und zur vollständigen Emanzipation der Frau beitragen sollte. Und auch in Politik und Wirtschaft verzichtete man nicht auf seine Ausrufung.

Die im folgenden vorzustellenden Bücher sind jeweils einem Aspekt dieser Politik gewidmet: Susanne Schattenberg, Carmen Scheide und Torsten Rüting beschreiben in ihren Dissertationen detailliert die Hoffnungen auf die Entstehung eines Neuen Menschen durch die radikale Umgestaltung der Gesellschaft sowie die darauf gerichtete Politik in den 20er und 30er Jahren. Diese konfrontieren die beiden Osteuropaforscherinnen mit der Lebenswelt zweier Bevölkerungsgruppen, die sich einem besonderen Umgestaltungswillen seitens der Politik ausgesetzt sahen: Carmen Scheide fragt unter dem bezirzenden Titel »Kinder, Küche, Kommunismus« danach, zu welchen Veränderungen im Alltag die neuen Frauen- und Familienbilder führten und wie diese wiederum durch die konkrete Lebensweise beeinflußt wurden. Und Susanne Schattenberg untersucht mit der ersten Generation der sowjetischen Ingenieure – und ihren Lebens- und Arbeitsbedingungen – den Prototyp des Neuen Menschen par excellence, denn der Ingenieur sollte nicht nur die Technik beherrschen, sondern durch sie die neue Gesellschaft erschaffen. Mit ihrer Hinwendung zur Lebenswelt tragen die beiden Autorinnen zu dem fälligen Paradigmenwechsel in der Osteuropaforschung bei, wie ihn u. a. Karl Schlögel nach 1990 vermehrt einforderte. An die Stelle der Ideologie-, Partei- und Herrschaftsgeschichte müsse nun die Analyse der Lebenswelt treten. Denn wir wüßten zwar viel über Aufstieg und Fall des Kommunismus, jedoch wenig über die Le-

Thomas Möbius – Jg. 1974; Studium der Sozialwissenschaften und Germanistik an der Humboldt-Universität zu Berlin; zur Zeit Promotion über politische Utopien in Rußland.

Besprochen werden die drei Bücher: Carmen Scheide: *Kinder, Küche, Kommunismus. Das Wechselverhältnis zwischen sowjetischem Frauenalltag und Frauenpolitik von 1921 bis 1930 am Beispiel Moskauer Arbeiterinnen* (Basler Studien zur Kulturgeschichte Osteuropas; Bd. 3), Pano Verlag Zürich 2002, 393 S. (33,00 €); Susanne Schattenberg: *Stalins Ingenieure. Lebenswelten zwischen Technik und Terror in den 1930er Jahren* (Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit; Bd. 11), Oldenbourg Verlag München 2002, 457 S.

(49,80 €) und Torsten Rütting: *Pavlov und der Neue Mensch. Diskurse über Disziplinierung in Sowjetrußland* (Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit; Bd. 12), Oldenbourg Verlag München 2002, 337 S. (49,80 €).

1 Alexandra Kollontai (1872-1952), russische Sozialrevolutionärin. Betätigte sich ab Ende der 1890er Jahre sowohl in Rußland als auch in Westeuropa und den USA vor allem als Agitatorin unter Frauen. Nach der Oktoberrevolution 1917 übernahm sie das Amt der Volkskommissarin für soziale Fürsorge, 1922 bis 1945 vertrat sie die Sowjetunion als Diplomatin.

2 Karl Schlögel: *Kommunalka – oder: Kommunismus als Lebensform*. Zu einer historischen Topographie der Sowjetunion. In: *Historische Anthropologie. Kultur, Gesellschaft, Alltag*, 6. Jg. (1998) H. 3, S. 329-346.

3 Vgl. zu dieser Derek Müller: *Der Topos des Neuen Menschen in der russischen und sowjetrussischen Geistesgeschichte* (Geist und Werk der Zeiten; Bd. 90), Bern 1998.

4 In diesem Beitrag wird für russische Namen die an der Lautumschrift orientierte Transkription verwendet; u. a. weil diese Schreibweise der Namen bekannter russischer Personen – wie z. B. Nikolai Tschernyschewski – im Deutschen gebräuchlicher ist. In den vorgestellten Büchern wird dagegen die wissenschaftliche Transliteration gebraucht.

benswelt und ihre Ausdifferenzierung unter diesem.² Beschreiben Susanne Schattenberg und Carmen Scheide vor allem die »Baustellen des Kommunismus« in Industrie und Alltag Sowjetrußlands und deren Protagonisten, wendet sich Rütting einem spezifischen Moment der Erziehung des Neuen Menschen zu: den Disziplinierungsbestrebungen und ihren geistesgeschichtlichen Wurzeln. Denn ebensowenig wie die Denkfigur des Neuen Menschen entstand auch der Disziplinierungsdiskurs nicht als bolschewistisches Novum 1917 vor Ort.

In den Debatten über den Neuen Menschen unmittelbar nach der Oktoberrevolution kulminierte eine lange Diskurstradition der russischen Geistesgeschichte.³ An deren Anfang steht u. a. Nikolai Tschernyschewski⁴ mit seinem 1864 erschienenen Roman »Was tun?«, dem er den Untertitel »Aus Erzählungen von neuen Menschen« gab. Tschernyschewski prägte grundlegend das Bild des Neuen Menschen gerade innerhalb der revolutionären Bewegungen. Daher verwundert es kaum, daß viele der von ihm genannten Merkmale sich auch in späteren Konzeptionen wiederfinden. So enthält die Charakterisierung der Ehe der Hauptfigur von »Was tun?«, Wera Pawlowna, wesentliche Prinzipien von Alexandra Kollontais Neuer Moral wie z. B. das Ideal der freien Liebe als Kameradschaft.

Überhaupt ist in der russischen Geistesgeschichte die Suche nach dem Neuen Menschen eng mit der Frage der Emanzipation der Frau verknüpft. So weist Dobroljubow (1836-1861) in seiner Kritik von Gontscharows berühmtem Roman »Oblomow« (1859) darauf hin, daß es hier eine Frau ist, in der sich das Neue Leben verkörpere. Sie bilde den Gegenentwurf zu dem »überflüssigen Menschen« Oblomow. Tschernyschewski baut in »Was tun?« diese Konstellation aus. Auch hier ist es eine Frau, die die Vision der neuen Gesellschaft erfährt. Der Weg aus den »Kellerlöchern« der alten Welt hin zum »Kristallpalast« der Zukunft ist für Wera Pawlowna zugleich der Weg ihrer Emanzipation. Der Neue Mensch ist bei Tschernyschewski vor allem die Neue Frau. Diese ist nicht nur ökonomisch selbständig, sondern damit auch unabhängig vom Mann. Die Ehe verliere so den Charakter einer wirtschaftlichen Versorgungsgemeinschaft und werde zu einer kameradschaftlichen Beziehung, die allein auf der so von anderen Interessen befreiten Liebe beruhe. Die spätere Volkskommissarin Kollontai verknüpfte diese in ihren Anfängen vor allem von Fourier und George Sand inspirierte Linie mit der marxistischen Auffassung zur Emanzipation der Frau. Immer wieder insistierte sie darauf, daß es nicht genüge, den Eintritt von Frauen in die Produktionssphäre zu fordern, sondern daß dafür auch die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen seien: Ohne die Befreiung der Frau von der Hausarbeit und Betreuung der Kinder bleibe sie an Herd und Familie gefesselt. Diese Aufgaben seien daher von der Gesellschaft zu übernehmen; z. B. in Form von Gemeinschaftsküchen, zentralen Wäschereien und Kinderbetreuungseinrichtungen. Erst die Befreiung von allen materiellen Verpflichtungen ermögliche die neue Qualität der Beziehungen zwischen Mann und Frau und somit die Neuen Menschen. Die neuen Geschlechterbeziehungen sind für Alexandra Kollontai Teil der Ablösung der alten, individualistischen Denk- und Verhaltensmuster durch die neuen, proletarischen For-

men des sozialen Lebens. Diese werden zwar einerseits durch die neuen ökonomischen Verhältnisse bedingt, doch bedürfe es neben der ökonomischen und politischen einer kulturellen Revolution, welche die allgemeine Lebensweise einschlieÙe (S. 109). Das häusliche Alltagsleben (russ. byt) bildete somit den zentralen Ort für die Durchsetzung der neuen Geschlechterrollen und Familienbilder (S. 39). Vor allem die wesentlich auf Initiative Alexandra Kollontais 1918 gegründeten Frauenabteilungen der kommunistischen Partei – die schenotdely – sahen hier ihre Aufgabe: einerseits die Mobilisierung der Frauen und zum anderen die Vertretung spezifischer Interessen von Frauen in den Diskussionen um die Ausgestaltung der neuen Gesellschaft. Carmen Scheide beschreibt im ersten Teil ihres Buches die Entwicklung der Frauenabteilung von 1918 bis zu ihrer Auflösung 1930 und analysiert die theoretischen Positionen innerhalb dieser sowie anderer Gruppen der Partei zur »Frauenfrage«. Im empirischen Teil geht es dann um die Frage, wie die Politik konkret von Frauen im Alltagsleben erfahren wurde. Dabei stützt sich die Autorin vor allem auf autobiographische Zeugnisse von Moskauer Arbeiterinnen, die als Buch und in den Zeitschriften der Frauenabteilung publiziert wurden oder unveröffentlicht in russischen Archiven liegen. Dabei zeigt sich, daß die radikalen Ideen Alexandra Kollontais – und anderer bolschewistischer Funktionäre – zur Auflösung der Familie und der neuen Sexualmoral viele Arbeiterinnen und Bäuerinnen eher befremdeten (S. 45). Gerade die Elemente jedoch, die nach anfänglichem Zögern auf Zustimmung stießen – wie die Gründung kollektiver Speiseeinrichtungen und Betreuungsmöglichkeiten für Kinder –, mußten zum Teil wegen Geldmangel wieder eingestellt bzw. konnten nicht im benötigten Umfang angeboten werden. So führten nicht zuletzt auch ökonomische Gründe zu der radikalen Kursänderung in der Frauenpolitik seitens der Parteiführung ab der NEP-Periode. Der Staat sah sich außerstande, die Aufgaben der Familie zu übernehmen. An die Stelle der Forderung, die Familie abzuschaffen, trat daher die Restauration der Kleinfamilie als gesellschaftliche Basis, die sich in Hinblick auf die Geschlechterrollen mit einem konservativen roll back verband (S. 172 f., 347 ff.). Dieses Scheitern der emanzipatorischen Ansätze nicht aus der Parteigeschichte abzuleiten, sondern den Komplex von Gründen herauszuarbeiten, der sich aus dem Wechselverhältnis von Lebenswelten und dem Anspruch auf deren Umgestaltung ergab, ist einer der Vorzüge der Studie.

Ebenfalls einem Spannungsfeld zwischen alter und neuer Lebensweise sah sich die von Susanne Schattenberg untersuchte Gruppe ausgesetzt. In ihrem Untertitel benennt sie die Pole, zwischen denen sich die sowjetischen Ingenieure in den 20er und 30er Jahren bewegten, treffend mit Technik und Terror. Wie Carmen Scheide stützt sich Susanne Schattenberg auf die veröffentlichten und in Archiven befindlichen Memoiren von Ingenieuren jener Zeit. Zusätzlich führte sie eigene Interviews. Ebenfalls einbezogen in die Analyse sind Filme und Literatur der damaligen Zeit. Damit vermag sie ein wesentlich deutlicheres Bild der Diskurse zu zeichnen als Carmen Scheide für ihre Thematik. Von den drei hier vorgestellten Büchern ist »Stalins Ingenieure« das bei weitem überzeugendste – sowohl in

der Durchdringung des Materials und der Thematik als auch stilistisch. Mit ihrer den Biographien der Ingenieure folgenden Analyse zeigt die Autorin, daß »es nicht nur um die Ausbildung einer funktionalen Führungsschicht ging, sondern um das Projekt »neuer Mensch«, um die Formung einer Generation mit spezifischen Normen und Werten« (S. 15). Doch sahen sich die Ingenieure permanent in dem Zwiespalt, einerseits als Erbauer der neuen Welt zu gelten und andererseits verdächtigt zu werden, als Intelligenzler der alten Welt verhaftet zu sein (S. 250). So bestätigt sich auch für sie ein zentrales Motiv des Diskurses vom Neuen Menschen: die unversöhnliche Gegenüberstellung von »alter« und »neuer« Welt. Spätestens unter Stalin wurde diese politisch instrumentalisiert. Der »alten Welt« zugezählt zu werden, wurde zum Anlaß für Verfolgung. Diese war für die Betroffenen völlig unberechenbar. Nicht nur, daß sie von den willkürlichen Änderungen der politischen Linie abhing; letztlich setzten sich die Ingenieure gerade dadurch, daß sie sich gemäß den neuen Normen eines sowjetischen Ingenieurs verhielten, der Gefahr aus, als feindliche Angehörige der »alten Welt« denunziert zu werden. So verlangten z. B. die neuen Wertmaßstäbe von ihnen, die Produktion rasant zu beschleunigen und auszudehnen und dabei technische Grenzen zu mißachten (S. 222). Das führte zwangsläufig zu erhöhter Ausschußproduktion. Was ihnen wiederum als »Schädlingstum« angelastet wurde. Das Dilemma wurde zwar von den meisten Betroffenen gesehen, jedoch nicht als systembedingt erkannt, sondern als persönliches Versagen abgetan (S. 243). Was sicher auch als ein psychologischer Schutzmechanismus zu deuten ist. Die eigentliche Strategie, mit dem Terror umzugehen, blieb aber die Technikbegeisterung – sowohl die der Ingenieure als auch jene der Bolschewiki. Politische Fragen konnten so ausgeklammert werden.

Mit seiner Arbeit über den Naturwissenschaftler Pawlow widmet sich Torsten Rütting ebenfalls einem Schnittpunkt von Politik und Wissenschaft. War es im Fall der Ingenieure die Technikfaszination, so geht es hier um Fragen von Disziplinierung und Steuerung. Trotz seiner vielfach geäußerten antikommunistischen Einstellung unterstützte der sowjetische Staat Pawlow großzügig, teilten sie doch den messianischen Glauben, die neue bessere Welt mittels der Naturwissenschaft zu errichten (S. 164). Die Übertragung von Pawlows Theorie, daß das Individuum in all seinen Aktivitäten zentral gesteuert sei, auf die Gesellschaft bildete eine ideale Legitimation für die neue Macht. Ihr Anspruch auf die zentrale Steuerung der Gesellschaft schien so naturwissenschaftlich begründet. Der politischen Instrumentalisierung von Pawlows Theorien hatten auch seine Erben zu folgen. Konzepte dezentraler, autonomer Selbstregulation, wie sie Pawlows Schüler Orbeli formulierte, wurden verteuftelt (S. 26). Doch bedeute dies nicht einfach eine Anpassung von Wissenschaft an Politik. Rütting zeigt, daß die politischen Diskurse zur revolutionären Umwandlung des Menschen und der Gesellschaft und die naturwissenschaftlichen gemeinsame Wurzeln haben und »über ein tiefgehendes Netz von Begriffen und Konzepten verbunden« (S. 302) sind, in dessen Zentrum die Frage der Disziplinierung steht.

Im Hinblick auf den Topos des Neuen Menschen aktivierte die Frage der Disziplinierung ein bedeutsames Element aus dessen Tra-

dition: Eiserne (Selbst-)Disziplin ist das hervorstechende Merkmal von Tschernyschewskis Rachmetowfigur in »Was tun?«, die viele Revolutionäre als ihr Vorbild bezeichneten. Mit der Betonung der männlich konnotierten Selbstdisziplin und dem Propagieren des Ingenieurs als Verkörperung des Neuen Menschen verschob sich der Diskurs von diesem. Der Neue Mensch war nunmehr in erster Linie der Neue Mann; während sich Frauen wieder in die Familie verwiesen sahen. Beinhaltete der Diskurs vom Neuen Menschen in seiner ›weiblichen‹ Ausprägung einen emanzipatorischen Anspruch, der auf die Aufhebung der hierarchischen Gesellschaftsstruktur zielte, so stand er nun für eine Politik, die auf die Disziplinierung des einzelnen setzte und Herr- und Knechtschaft als Strukturmerkmal der Gesellschaft nicht mehr hinterfragte.

WOLFGANG SABATH

Festplatte.

Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Abgesehen davon, daß sich vermutlich auch hiesige Korrespondenten ausländischer Blätter in einem System von Abhängigkeiten, Fürsprachen, Beziehungen oder Informationszuteilung beziehungsweise -verweigerung zu bewegen haben, scheinen sich etliche von ihnen dennoch einen Spielraum erhalten zu haben, der ihre Beiträge oft zu erfrischenden Erlebnissen macht. Damit meine ich – um Mißverständnissen vorzubeugen – nicht jene, die sie an die Heimatredaktionen schicken, die kenne ich gar nicht. Nein, gemeint sind solche, die sie quasi als Gäste in hiesigen Zeitungen veröffentlichen. Ein schönes Beispiel erfrischenden Kommentierens lieferte kürzlich Roger Boyes ab. Der ist Berlin-Korrespondent der britischen Tageszeitung *The Times* und – wenn man dem Foto glaubt, das der *Tagespiegel* über die Gast-Kolumne stellte – ein blonder Langhaariger. Langhaarigkeit ist selten geworden heutzutage, aber – glücklicherweise – verdächtig wie eh und je. Zur Sache. Letztens schrieb Boyes über die *Christiansen*-Sendung unter anderem folgendes:

»Sabine Christiansen ist so vertrocknet wie eine Pflanze im Herbarium. Normalerweise wäre das kein Problem. ... Aber Frau Christiansen hat eine besondere Verantwortung. Seit der *Spiegel* sich still und leise von einem Montagmorgen- in ein Wochenendmagazin verwandelt hat, gibt er nicht mehr die Themen vor. Die Politiker haben schnell verstanden, daß Sabine C. das Vakuum füllen kann. Was dort Sensationelles in den ersten 30 Minuten gesagt wird, schafft es noch in die *Bild*-Zeitung. Deswegen ist die zweite Hälfte von Christiansen langweiliger als die erste – genau wie ein Hertha-Spiel.« An anderer Stelle: »Michel Friedman gestand, worauf sechs Millionen Post-Tatort-Gucker sehnlichst gewartet hatten: ›Ich habe

einen Fehler gemacht. < Augenblick mal, nur einen? Vielleicht bin ich schlecht in Mathe, aber mit ukrainischen Prostituierten koksen, das sind mindestens zwei, vielleicht sogar drei Fehler, je nachdem, was danach passierte. <

Diese Sendung (mit den Teilnehmern Oskar Lafontaine, Ole von Beust, Michel Friedman und Guido Westerwelle) resümierend schreibt Boyes: »Die Politiker zählen auf unsere Vergesslichkeit.« Und: Deutschland »wurde selten so schlecht regiert«.

Themenwechsel (wenn auch nur scheinbar): Im Berichtszeitraum konnten wir in Deutschland eine Medienkampagne miterleben, die vielleicht gar keine Kampagne (im Sinne von organisiert, finanziert und manipuliert) war, sondern nur so daherkam. Aber das bleibt sich letztlich gleich: Als sich die russische Justiz einem Gewinnler annahm, der den Zusammenbruch der UdSSR genutzt hatte, um vom unbedeutenden Komsomolfunktionär zum Milliardär zu werden, schrie die Presse auf und ließ sich von ihren Moskau-Korrespondenten unisono die Mär vom unschuldigen Kapitalisten kabela, dem Präsident Putin ans Leder wolle. Natürlich blieb in keiner Zeitung unerwähnt, wie der nun wegen Steuerhinterziehung in Gefängnis verbrachte Oligarch zu seinen Milliarden gekommen war (das nun mochte man den Lesern doch nicht zumuten), aber diese Vorgänge blieben in den meisten Schilderungen seltsam blaß gegenüber denen, mit denen Putins Vorgehen dramatisiert wurde. Denn daß der dahinter stecke wurde zwar nicht bewiesen, galt aber als feste Größe. In den medialen Gegenüberstellungen der beiden Kontrahenten geriet nun der einsitzende Milliardär trotz der mehr als fragwürdigen Herkunft seiner Milliarden in der deutschen Presse gleichsam zur Lichtgestalt. Selbst die Moskau-Korrespondentin des *Neuen Deutschland* unterschied sich da in ihren Beiträgen kaum von ihren Kolleginnen und Kollegen anderer Zeitungen. Das muß der Redaktion denn doch aufgefallen sein. Vielleicht auch deshalb veranstaltete das Blatt ein langes Interview mit Jürgen Roth »über mafiose Strukturen, unkritische Medien und die Quittung Sozialabbau«. Roth, befragt, was er zu der Beschlagnahmung der Aktien des Ölkonzerns *Jukos* und zur Verhaftung von Michail Chordorkowski meine, antwortete:

»Das Gejammere um dessen Verhaftung zeigt die Verkommenheit der politischen Moral bei uns. Chordorkowski hat genauso viel Blut an den Fingern wie alle anderen Oligarchen. Er ist mit den gleichen kriminellen Machenschaften zu seinem Reichtum gekommen wie die anderen und die von ihnen profitierende politische Klasse. Man fragt sich manchmal, ob die Medien wie *Der Spiegel* den Verstand verloren haben, wenn sie Chordorkowski geradezu in den Hintern kriechen.« Natürlich hat der *Spiegel* nicht den Verstand verloren, er hat nur Interessen. Es ist ungewiß, wie die Moskauer Ränkespiele ausgehen werden. Immerhin: Ein gewisser Unterhaltungswert ist ihnen nicht abzusprechen. Zum Beispiel hat sich einer der Anwälte Chordorkowskis doch tatsächlich nicht entblödet, anzukündigen, den Fall vor die UNO zu bringen.

Auch inländisch bleiben wir von Unterhaltsamem nicht verschont – im Öffentlich-Rechtlichen werden wir künftig eine Sendung *Bunte-TV* haben. Es gibt eben viele Gründe, der GEZ die Gebühren vorzuenthalten ...

Detlef Nakath: Deutsch-deutsche Grundlagen. Zur Geschichte der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik in den Jahren von 1969 bis 1982, Schkeuditzer Buchverlag Schkeuditz 2002, 396 S. (20,00 €)

Einen umfassenden, quellengesättigten Blick auf die deutsch-deutschen Beziehungen vor allem zu Zeiten der sozialliberalen Koalition in Bonn legt Detlef Nakath als ausgewiesener Kenner der Materie vor. Er behandelt in sieben Kapiteln Forschungsstand, Quellen- und Literaturlage; den ost- und deutschlandpolitischen Dialog 1969-71 mit den Höhepunkten von Erfurt und Kassel, aber auch der selbstverordneten »Denkpause«; die Verhandlungen zu Verkehrs- und schließlich Grundlagenvertrag 1972 bis 73; die Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen bis zum Sturz der Regierung Schmidt 1982. In einem über den Untersuchungszeitraum hinausgreifenden Kapitel behandelt der Autor die gewandelte Rolle des SED-Apparates nach dem Inkrafttreten der Verträge und vor allem die Person Herbert Häbers, der ab 1973 als Leiter der Westabteilung des ZK der SED Akzente setzte, die ihn kurzzeitig in das Politbüro aufsteigen ließen und schließlich unter sowjetischem Druck 1985 auch zu seinem Sturz führten. Ein Kapitel beinhaltet die Geschichte des innerdeutschen Handels. Abschließend zieht der Autor sein Resümee. Hier erinnert er, dass es »ein dichtes Netz deutsch-deutscher Kontakte« gab. »Noch Ende der achtziger Jahre gingen nahezu alle wichtigen deutschen Politiker von der Weiterexistenz der deutschen Zweistaatlichkeit aus. Kaum jemand konnte sich den politischen Zusammenbruch der Sowjetunion und des gesamten Ostblocks vorstellen. Das genau war aber die entscheidende Voraussetzung dafür, dass Ende 1989 ein Prozess einsetzte, der kurzfristig die deutsche Zweistaatlichkeit überwand.« (S. 365) Das konnte auch nicht anders sein, denn dieses gesamte Geflecht und die von beiden Seiten unterlegten Implikationen für die Überwindung des jeweils anderen wa-

ren auf lange Dauer angelegt. Insofern war der reale Zusammenbruch des Ostblocks in Mitteleuropa und dabei auch der DDR eher ein Kollateralschaden der Supermachtkonfrontation.

Bevor es dazu kommen konnte, hatten beide Staaten ein langes Gegen-, Neben- und partielles Miteinanders zu durchlaufen, wobei die entscheidenden Weichenstellungen und schwierigsten Schritte durch die sozialliberale Koalition unter Willy Brandt und später in routinierterer Weise durch Helmut Schmidt möglich wurden. Nakath unterscheidet für die Deutschlandpolitik vier Phasen: die Vertragsphase von 1969-74; die Phase der »kleinen Schritte« 1974-82; die »Phase der Kontinuität und Ausweitung der politischen und kommerziellen Beziehungen« nach dem Regierungswechsel zu Kanzler Kohl und schließlich die Phase der Vorbereitung der Herstellung der deutschen Einheit nach der Wende in der DDR 1989-90. (S. 9)

Die deutsch-deutschen Beziehungen waren stets durch die Nachkriegskonstellation in Europa mit der massiven Blockauseinandersetzung und der unmittelbar in Deutschland sich vollziehenden politischen Spaltung und militärischen Konfrontation belastet. Sie brachten die Regierungen beider Deutschland in jene abhängige Lage, die Ausdruck einer letztlich für die DDR mehr und die BRD minder beschränkten Souveränität war. Berechtigt weist Nakath darauf hin – er kann ausgiebig auch die westdeutsche Seite zitieren –, dass die DDR in ihren Entscheidungen nicht frei war, oft in kleinsten Details Moskau konsultieren mußte. Interessant wäre hier der Nachweis der indirekten Einflußnahme der anderen Supermacht, die auch aus zitierten Einlassungen westdeutscher Politiker hervorgeht, aber nicht so vordergründig funktionierte. Erinnert sei nur an den von Washington initiierten Kurswechsel zu einer entspannungsorientierten Ost-West-Politik nach Mauerbau, Schweinebucht und Kuba-Krise. Sie führte Egon Bahr und Brandt schließlich 1963 zum Konzept vom »Wandel durch Annäherung«, an dem auch die damalige CDU/CSU-Außenpolitik Gerhard Schröders nicht vorbeikam und den Übergang zu großer Koalition und schließlich der hier interessierenden Konstellation erleichterte. Zu den offenen Fragen gehören die möglicherweise nicht ausge-

schöpften außenpolitischen Möglichkeiten der SED-Führung. Im Vergleich zu den anderen Ostblockstaaten scheint die SED-Führung, egal ob Ulbricht oder dann später Honecker, eher zu unentschlossen gewesen zu sein, diese Spielräume frühzeitig auszumessen, in ihren Spätphasen versuchten es beide durchaus. Mehr als ihre Verbündeten in Bukarest, Warschau, aber auch Prag oder Budapest war die DDR angstvoll auf sowjetisches Wohlverhalten versessen. Stärker als bei den Nachbarn scheint allerdings in der DDR jene denunzierend agierende Fraktion besonderer Unterwürfigkeit gewesen zu sein, die in wechselnder Zusammensetzung – siehe den Kurswechsel Honeckers – die Politik des eigenen Generalsekretärs zu torpedieren suchte. Dass Deutschlandpolitik auch für Honecker »Chefsache« war, ist nicht so verwunderlich, wie das im Buch erscheint. Schlüsselfragen der Außenpolitik sind zu allen Zeiten Domäne der jeweils institutionell und vielleicht auch inhaltlich stärksten Politiker eines Staates, da sie unmittelbar und offenkundig das Schicksal des Landes und damit der Macht berühren.

Eine besondere Situation der deutsch-deutschen Politik ergab sich aus der spezifischen ideologischen Dimension in einem gemeinsamen Sprach-, Geschichts- und Kulturraum. Einerseits war da stets die – aus DDR-Sicht – berechtigte Sorge, dass der grundsätzliche Unterschied der Gesellschaftsordnungen durch Rückgriff auf die These von der »gemeinsamen Nation« noch stärker unterminiert werden konnte, als dies tagtäglich durch die zwar erschwerten, aber vorhandenen familiären und individuellen Kontakte wie auch durch die Medieneinwirkung sich vollzog. Andererseits brachte der Regierungsantritt der SPD neben Hoffnung auf gemeinsame, irgendwie sozialistische Ideale die weit stärkere Furcht vor »Sozialdemokratisierung« und »ideologischer Diversion« mit sich. »Erich Honecker hatte in Willy Brandt immer einen potenziellen Partner in der Deutschlandpolitik, aber vor allem auch eine Gefahr gesehen. Brandt der Antifaschist, Widerstandskämpfer und charismatische Entspannungspolitiker hatte – via Medien – starken Einfluss auf die Stimmungslage in der DDR.« (S. 227)

Aus heutiger Sicht lächerlich mutet manch deutsch-deutscher Statusstreit an, hinter denen

aber immer Grundsatzfragen der Beziehungen von Staaten konträrer Gesellschaftsordnungen lauerten. Es war eben ein langer Weg vom vergeblichen Versuch eines DDR-Emissärs, den Brief des DDR-Wirtschaftsministers an dessen West-Kollegen zu übergeben, der schließlich in handgreiflicher Abweisung endete, über durchaus belastete, aber insgesamt eine Eisbrecherfunktion erfüllende Begegnungen der Regierungschefs in Erfurt und Kassel bis zum Grundlagenvertrag von 1972. Willy Brandt notierte nach Kassel: »Rangiert Friedensordnung noch vor nat.(ionaler) Frage? – Ohne Friedenssicherung keine annehmbare Lösung irgendwelcher Fragen (;) – Grundsätze bleiben, aber für uns keine isolierte Fragen« (zitiert auf S. 99). Es war eine Politik vieler kleiner Schritte, deren erste die schwierigsten waren. Und selbst wenn diese Politik letztlich mit dem Triumph des Westens endete, so haben auch die DDR-Beteiligten die Genugtuung – obschon ihnen das die westdeutschen Sieger nicht zugestehen –, dass sie mit verhinderten, von deutschem Boden einen Krieg ausgehen zu lassen.

STEFAN BOLLINGER

**Alexandra Kollontai:
Mein Leben in der Diplomatie.
Aufzeichnungen aus den Jahren
1922 bis 1945, Karl Dietz Verlag
Berlin, Berlin 2003, 703 S.
(39,90 €)**

Alexandra Kollontai gehört zu den Menschen, die fast ihr gesamtes bewusstes Leben über Tagebuch geführt haben. Solcherart Aufzeichnungen stellen wichtige historische Dokumente dar, die es gilt, den nachfolgenden Generationen zugänglich zu machen. Mit dem vorliegenden Buch werden erstmals Alexandra Kollontais Aufzeichnungen aus dem Diplomatischen Dienst der Jahre 1922 bis 1945 in deutscher Sprache veröffentlicht.

A. K. war in diesen Jahren als Leiterin der sowjetischen Auslandsvertretungen in Norwegen, Schweden und Mexiko tätig – mit einem kurzen Zwischenstopp beim Völkerbund.

Das Interesse an Leben und Tätigkeit von A. K. vor ihrer Zeit als Diplomatin ist bisher wesentlich stärker ausgeprägt, als an dem sich anschließenden, immerhin fast drei Jahrzehnte währenden Lebensabschnitt. Das hängt zum Teil auch damit zusammen, dass das dazu erschlossene Quellenmaterial bisher gering war, vor allem was ihre autobiographischen Publikationen betrifft.¹ Das vorliegende Buch nun dokumentiert auf über 700 Seiten das bewegte Leben dieser außergewöhnlichen Frau in eigener Darstellung und durch weitere Dokumente. Sie war die erste weibliche Spitzen-diplomatin der Welt und das für ein Land, das selbst erst um seine völkerrechtliche Anerkennung rang.

Im Rahmen der Aufzeichnungen werden eine Reihe von Themenkomplexen behandelt, zu deren wichtigsten natürlich die Fragen gehören, die unmittelbar mit ihren Aufgaben als Leiterin der sowjetischen Vertretung zusammenhängen. Weiterhin sind das Probleme der Entwicklung in der Sowjetunion. A. K. hatte die gesamte Zeit über den Wunsch, nur für kürzere Zeit im Ausland zu arbeiten, doch hat sich ihr Wunsch nicht erfüllt. So nahm sie jede sich bietende Gelegenheit wahr, nach Hause zu fahren, um sich mit Freunden und Bekannten zu treffen. Ihre Einschätzungen über die Entwicklung in der Sowjetunion scheinen aus heutiger Sicht oft übertrieben optimistisch und recht unkritisch. Einerseits ist das natürlich dem Zeitgeist geschuldet, andererseits ist auch eine Art »Zweckoptimismus« – sie wünschte sich aus ganzem Herzen, dass das, wofür sie so lange und aufopfernd gekämpft hat, Realität wird. Andererseits wird jedoch deutlich, dass sie, so oft es ihr möglich war, gegen Ungerechtigkeiten und Verbrechen vorgegangen ist. Sehr deutlich sprach sie sich gegen die Todesstrafe aus. (S. 200, 203). Wie ein roter Faden zieht sich durch ihre Aufzeichnungen die Frauenthematik, wobei das Leben der Frauen in ihren Gastländern als auch in der Sowjetunion reflektiert wird.

Zu ihren Haupttätigkeitsfeldern gehörten sowohl rein »politische« Fragen, wie z. B. die Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt mit Norwegen, als auch ökonomische Fragen, wie z. B. Handelsabkommen mit Schweden und Norwegen. Ihre Handlungsmaxime dabei war, dass für beide Seiten ein Nutzen ersicht-

lich werden muß. »In der diplomatischen Arbeit kann man nur dann Ergebnisse erzielen, wenn sich beide Seiten von der anvisierten Maßnahme einen Nutzen versprechen. Es ist ein Fehler zu denken, man könne allein mit »Druck« auf die andere Seite etwas erreichen. Druck erweist sich als zwecklos, wenn die andere Seite keinen Nutzen für sich erkennt.« (S. 213) Diese Position brachte ihr große Anerkennung ein, auch dort, wo ihr zu Beginn ihrer Tätigkeit abweisende bzw. feindliche Haltung entgegentrat.

Ihre Aufzeichnungen spiegeln auch die Mühen des diplomatischen Alltags wider – angefangen vom diplomatischen Protokoll bis zu der oft nicht leichten Zusammenarbeit mit beiden Regierungsseiten, was sie zu folgender Feststellung veranlasste: »Diplomatische Tätigkeit ist eine undankbare Arbeit. Es ist so etwas wie Spitzen klöppeln. Du knüpfst monatelang ein kunstvolles Netz. Doch dann kommt deine Regierung oder die Regierung des Landes, in dem du tätig bist, und zieht – um eines »wichtigeren Zieles« willen – einen der Fäden heraus. Und hast du nicht gesehen, ist das ganze Gebilde dahin. Du mußt von vorn beginnen, ohne den alten Faden weiterspinnen zu können.« (S. 208)

Besonders hervorzuheben ist A. K.'s Beitrag zur Beendigung des Winterkrieges 1939/40 zwischen der Sowjetunion und Finnland und seine Darstellung in ihren Aufzeichnungen. Von den fünfzehn Heften beschäftigt sich ein Heft allein mit diesem Thema. Ihre diplomatischen Aktivitäten von Schweden aus trugen wesentlich dazu bei, dass der Krieg 1940 beendet werden konnte. Auch hatte sie keinen geringen Einfluss auf die weitere Haltung Schwedens im Zweiten Weltkrieg.

Als A. K. 1922 nach Norwegen geschickt wurde, war sie 50 Jahre alt, nicht mehr ganz gesund, hatte gerade eine gescheiterte Beziehung hinter sich und mit der Arbeiteropposition Schiffbruch erlitten. Sie hatte aufregende, unruhige, schwere Zeiten erlebt, im Bürgerkrieg gekämpft und zu diesem Zeitpunkt kein unmittelbares politisches Ziel vor den Augen. Sie hatte jedoch die Hoffnung, ihren Traum, Schriftstellerin zu werden, in nächster Zeit zu verwirklichen. Breiten Raum nehmen in ihren Aufzeichnungen persönliche Reflexionen ein, ihre Hoffnungen, Wünsche und Ängste hin-

sichtlich ihres eigenen Lebens, der Entwicklung in der Sowjetunion und auch weltweit.

Erstmals im Dezember 2001 erschienen in einer zweibändigen Ausgabe ihre Erinnerungen über ihre diplomatische Tätigkeit von 1922 bis 1940 mit einem Umfang von mehr als 1000 Seiten in Moskau auf russisch. Der Text der Ausgabe beruht auf ihren Aufzeichnungen, die sie zwischen 1922 und 1945 erstellte. Durch die Wende wurde es möglich, ihre bis dahin noch unzugänglichen Memoiren einzusehen. Sie hatte vergeblich versucht, Teile daraus zu veröffentlichen. Nach ihrer Rückkehr 1945 nach Moskau begann sie, das umfangreiche, z. T. sehr skizzenhafte Material zu sichten, zu bearbeiten und zu ordnen. Was man nach der Wende in den Archiven fand, waren maschinenschriftliche Manuskripte in Form von fünfzehn von ihr autorisierten Hefen.

Die deutsche Ausgabe ist keine Übersetzung der russischen Ausgabe und das aus mehrerlei Gründen:

Erst einmal konnte man nach Erscheinen des Buches feststellen, dass es bei all seinen Verdiensten doch eine Reihe von Mängeln aufwies. So wurden falsche Daten im Text nicht korrigiert oder darauf hingewiesen, denn offensichtlich hat A. K. nicht alle Datumsangaben korrekt wiedergegeben. Auch im Vorwort sind Fehler, die sich auf Personen und Daten beziehen. Auch der wissenschaftliche Apparat läßt zu wünschen übrig, so fehlt z. B. ein Personenregister. All das wurde verbessert.

Zweitens hat man sich aus Platz- und Finanzgründen dafür entschieden, einige Teile ihrer Aufzeichnungen auszulassen. Man entschied sich, den gesamten Komplex Skandinavien in vollem Umfang wiederzugeben, was in Hinblick auch auf die Geschichtsschreibung zum Winterkrieg besonders wertvoll ist. Im Gegenzug wurden die umfangreichen Landschaftsbeschreibungen weggelassen, die sie über ihre Gastländer verfasste. Des weiteren wurden die Ausführungen über ihre Tätigkeit beim Völkerbund und in Mexiko stark gekürzt, ebenso ihre Ausführungen über den Spanischen Bürgerkrieg.

Im Unterschied zur russischen Ausgabe wurde jedoch ein umfangreicher Dokumentenanhang aufgenommen, der vor allem aus ihren Briefen besteht und ihre Erinnerungen

sinnvoll ergänzt. Von besonderem Interesse sind dabei ihre Skizzen zur Entstehungsgeschichte der Aufzeichnungen während ihres diplomatischen Dienstes. Eine Bibliografie ihrer Arbeiten ab Herbst 1922 rundet den wissenschaftlichen Apparat ab und belegt anschaulich, welch umfangreiches publizistisches Werk sie trotz ihres diplomatischen Pensums produzierte.

Die vorliegende Publikation stellt eine wichtige Quelle zur Erforschung des Lebens Alexandra Kollontais und ihrer Zeit dar und läßt hoffen, dass die sich durchaus lohnende Beschäftigung mit ihr dadurch einen Auftrieb erhält.

HELLA HERTZFELDT

- 1 Siehe: Alexandra Kollontai (o. J.): *Autobiographie einer sexuell emanzipierten Kommunistin*, Berlin; Alexandra Kollontai (1980): *Ich habe viele Leben gelebt...*, Berlin.

Ernst Zeno Ichenhäuser:
Wenn möglich – ehrlich.
Lebensbericht von einem, der
auszog, Revolution zu machen,
Verlag am Park Berlin 2000,
522 S. (12,40 €)

Der Autor (1910-1998), in München geboren und aufgewachsen, war lange Jahre Chefredakteur pädagogischer Zeitschriften in der DDR. Dies war ihm nicht in die Wiege gelegt worden, denn von seiner Schulzeit schreibt der Sohn einer alleinstehenden Malerin keineswegs im Ton der Begeisterung. Auch an den Universitäten München und Berlin, wo er vor allem Volkswirtschaft studierte, war von einem überdurchschnittlichen Interesse für die Tätigkeit als Pädagoge oder Journalist noch nichts zu spüren. Die Lehrer Alfred Weber und Werner Sombart, nur sie werden erwähnt, hinterließen keinen bleibenden Eindruck.

Prägender wurde das Engagement für die kommunistische Bewegung, der sich Ichenhäuser 1929 anschloß. Seit 1932 war er im Parteiapparat in Berlin in der Jugendarbeit tätig, arbeitete dort auch mit Erich Jungmann und Hans Mahle zusammen. Mit Kurt Müller vertrat er sich schlecht, dieser, ein späteres

Opfer Stalinscher Willkür, war für ihn Inbegriff des Dogmatismus. »Der Stalinismus frißt seine Stalinisten«; mit diesem kurzen Kommentar begnügt sich Ichenhäuser. (S. 138) Ernst Thälmann wird hingegen, trotz einiger Kritik, sehr positiv geschildert.

Der illegal arbeitende Jungkommunist geriet 1933 in die Fänge der Nazis und nach Plötzensee, wo Theodor Neubauer sein Zuchthauskamerad war, sowie nach Brandenburg und Moabit. Katholisch getauft, war Ichenhäuser nicht beschnitten worden; diese Tatsache rettete dem Juden bei der fälligen Kontrolle womöglich das Leben.

1936, kurz nach seiner Haftentlassung, mußte er Deutschland verlassen. Er ging zunächst nach Prag, wo er die künftigen Historiker und Germanisten Josef Schleifstein und Ernst Scholz kennenlernte, und von dort nach England. Seiner Mutter gelang die Flucht aus Prag nicht mehr. Erst nach der Befreiung erfuhr Ernst Ichenhäuser, daß sie 1943 in Theresienstadt umgebracht worden war. In Cambridge nahm sich der Germanist Roy Pascal seiner an. Wie viele junge Kommunisten war Ichenhäuser durch die Moskauer Prozesse, noch mehr durch den Hitler-Stalin-Pakt irritiert, tröstete sich jedoch mit den Worten eines Genossen: »Die Sowjetunion wird schon wissen, warum sie so gehandelt hat.« (S. 223)

Wie die meisten Flüchtlinge wurde Ichenhäuser 1940 interniert; er kam für ein Jahr nach Kanada. Nach London zurückgekehrt, lernte er dort seine spätere Frau Anneliese kennen, gleich ihm vor den Nazimördern aus Deutschland geflüchtet. Rückblickend erinnert er sich dankbar der englischen Menschen, an ihre »Beherztheit während der Bombenschrecknisse und ihre Gelassenheit gegenüber der Kargheit der Rationen. Mit ihnen hatte ich im antifaschistischen Kampf zusammengestanden. Eine große Zeit für das Land und das Volk. Auch für mich. Mit dem Volk zusammengehalten und gekämpft zu haben, bedeutete eine Lebenserfahrung, einen Zuwachs an Weltkenntnis.« (S. 299) Aber der Autor berichtet fast nichts über das Leben außerhalb des deutschen *kommunistischen* Exils und des Kreises der britischen Sympathisanten des Sowjetkommunismus. Daß die britische Linke wie das deutsche Exil sehr viel mehr Facetten aufwies, erfährt man aus dem Buch nicht.

1946 kehrten die Ichenhäusers nach Ostberlin zurück. Ernst wurde Redakteur der Zeitschrift »Neue Schule« und arbeitete mit Reformpädagogen wie Max Kreuziger, ehemals SPD, und dem Kommunisten und Auschwitz-Überlebenden Robert Alt zusammen, Anneliese unterrichtete sowjetische Offiziere in deutscher Sprache. Sie blieb, anders als ihr Mann, lange reserviert gegenüber den Deutschen, von denen so viele Hitler unterstützt hatten. Dies änderte sich erst um 1950, als auch Anneliese journalistisch tätig wurde.

Der Prager Slánský-Prozeß versetzte beide in Angst. Sie versicherten einander, die Anschuldigungen seien so überwältigend, daß sie nicht erfunden sein könnten. Daß eine ganze Parteiführung gegen Stalin konspiriert haben sollte, blieb für sie indes ein Rätsel. Doch wurde Ernst Ichenhäuser alsbald von der sarkastisch so genannten »englischen Krankheit« befallen. Als »Westemigrant« geriet er ins Visier der Volksbildungsministerin Else Zaisser. Ein von ihm verantworteter Druckfehler führte zu seiner sofortigen Entlassung als Chefredakteur der »Neuen Schule«. In einer Zwischenüberschrift sollte es heißen: »Der Aufbau des Sozialismus ist kein Hindernis für die Einheit Deutschlands« – aber das »k« fehlte. Nach Stalins Tod wurde Ichenhäuser partiell rehabilitiert, nahm auch ein Studium an der Parteihochschule auf, doch nach dem 17. Juni 1953 stellte er sich selbst die Frage, ob die Proteste der Arbeiter wirklich nur ein vom Westen gesteuerter faschistischer Putsch gewesen seien. Waren die Arbeiter Konterrevolutionäre? »Oder marschierten und streikten sie für gerechtfertigte Forderungen?« (S. 381)

»Die Neue Schule« wurde in die »Deutsche Lehrerzeitung« (DLZ) umgewandelt und verlor, so Ichenhäuser, sehr an Niveau. Zu wenig legte er sich Rechenschaft darüber ab, ob er als verantwortlicher Redakteur diesen Mißstand zumindest hätte lindern können. Interessant lesen sich die Charakteristika über die wechselnden Minister für Volksbildung, wobei Alfred Lemnitz gute, Hans-Joachim Laabs befriedigende und Fritz Lange sehr schlechte Noten bekommen. Die Errichtung der Mauer erlebten die Ichenhäusers im DDR-Ostseeurlaub. Da sie ihn nicht abbrachen und sich in Berlin meldeten, verlor Ernst Ichenhäuser seinen Posten bei der DLZ und übernahm die

Leitung der weniger prestigereichen Zeitschrift »Elternhaus und Schule«, die Minister Lange einmal als »pädagogische Gartenlaube« bezeichnet hatte. (S. 415) Während Ernst Ichenhäuser zunächst Margot Honecker positiv sah, war seine Frau von Anbeginn voller Skepsis.

Aber beide machten weiter und machten mit. Es waren polnische und tschechische Kommunisten, die ihnen vorhielten, trotz aller kritischen Sicht nur »Stabilisierung des Systems« zu betreiben. Die Ichenhäusers entgegneten, eine Reform sei nur von der Parteispitze her möglich. Ihre Diskussionspartner verneinten: Ohne Reformdruck von unten, aus der Parteibasis und von den Parteilosen, geschehe gar nichts. (S. 441) Die Niederschlagung des Prager Frühlings, aber auch der stalinistische Druck in Polen, etwas später in der DDR, brachte manche ihrer Freunde dazu, die kommunistische Welt zu verlassen. »Unsere Systemkritik blieb auf halbem Wege stehen«, schrieb Ichenhäuser. (S. 474) Selbst dies ist noch beschönigt. Aber nur allzuviele kritische Kommunisten hofften auf ein Reformwunder von oben und fühlten die eigene Ohnmacht. Doch gerade aus der Generation der Remigranten und Antifaschisten brachte es kaum einer über sich, mit der DDR zu brechen. Obgleich der Gedanke im Buch nicht ausgeführt wird, sei auch festgehalten: Wer in den Westen ging, aber einer sozialistischen Überzeugung treu blieb, hatte es auch dort im Kalten Krieg sehr schwer. Die Beispiele von Leo Kofler, Alfred Kantorowitsch und Leo Zuckermann zeigen, daß denen keine Chancen auf Fortsetzung ihrer akademischen Tätigkeit geboten wurden, die sich nicht antikommunistisch anpaßten. Hingegen zeigt Ichenhäuser sehr drastisch, wie schutzlos Aufbegehrende in der DDR sogar noch angesichts der sowjetischen Reformen waren: »Was kann die Alternative sein? Das offene Auftreten? Robert Havemann hat das getan. Eine große Tat. Ein Opfergang. Wirkungsvoll, weil er einen Namen hatte, weil er in der Welt Widerhall fand. Aber der kleine Mann, der Unbekannte? Er würde nur in die Falle der Staatssicherheit gehen.« (S. 477 f.)

So geschah, was immer geschieht, wenn die Mächtigen die Chancen zur Reform oder wenigstens zum geordneten Abgang verpassen. Das Volk wollte von der DDR nichts mehr

wissen. Es sagte sich mehrheitlich von dem Staat los, der es bevormundet und einer Fürsorge unterworfen, dennoch Not und Elend von jedem einzelnen ferngehalten hatte. Ichenhäuser steht dem Ritt in eine schnelle Einheit skeptisch gegenüber, versagt sich aber besserwisserische Kritik. Er und seine Frau bleiben in der PDS. Sie wollen sich nicht davonstellen, sondern fragen nun nach ihrer ganz persönlichen Verantwortung dafür, »daß die ehemalige Führung der SED unser Land in diese existenzgefährdende Krise gestürzt hat. Wir sind willens, diese Schuld abzutragen.« (S. 517)

MARIO KESSLER

Franz J. Hinkelammert,
Henry M. Mora: *Coordinacion social del trabajo, mercado y reproducción de la vida humana*, DIE San José, Costa Rica, 2001, 340 S.

In diesem Buch kritisieren die Autoren den dogmatisch-perfektionistischen Ansatz in der Ökonomie in Bezug auf die wirtschaftliche Organisation des menschlichen Lebens und suchen nach neuen Alternativen. So wird nicht nur die neoklassische Theorie unter die Lupe genommen, sondern auch die Idee des perfekten Planens im Sowjetstaat (nach Kantorowitsch) und auch die Theorie der perfekten Institutionen (nach Parsons).

Im Prolog drücken die Autoren ihre Position gegenüber den genannten Theorien eindeutig aus. Als Basisidee und Leitmotiv ihrer Analyse nehmen sie die Definition und die Unterscheidung des Marktes nach Polanyi, bei der der Markt als Basisprinzip der Gesellschaftsorganisation dient, demnach einen Platz sozialer Verhältnisse darstellt und sich in einem ökonomischen System ausdrückt (S. 11). Dieses wird der Eindimensionalität des Marktes im neoliberalen Sinne als der reinen Reduktion auf die Faktormärkte gegenübergestellt. Das Leben der Menschen und der Natur soll also den Autoren nach im Mittelpunkt des wirtschaftlichen Lebens stehen und nicht der Markt.

Damit plädieren die Autoren für die Entwicklung einer kritischen Theorie, die eine wissenschaftliche Bewertung des Marktsystems anbietet und sich auf die praktische Ökonomie ausrichtet, die die Möglichkeiten zur Fortpflanzung der Menschen sowie der Natur schafft. Außerdem, so die Autoren, muss eine Ethik des Allgemeinwohles entwickelt werden, die das Leben in allen seinen Formen als höchsten Wert betrachtet (S. 17).

Die sieben Kapitel des Buches sollen als eine Art Präludium oder als ein Anstoß zur Formulierung solch eines neuen Ansatzes dienen, der als eine kritische Theorie der reproduktiven Rationalität bezeichnet wird. Dieses soll entweder von den Autoren in den folgenden Jahren erarbeitet werden, bzw. die junge Generation soll dazu motiviert werden.

Die Autoren legen den Schwerpunkt ihrer Analyse des Marktes also auf den Menschen und die Natur. Der Mensch wird durch die Arbeit definiert. Deswegen rückt auch die Arbeitsteilung in den Mittelpunkt des wirtschaftlichen Geschehens. Auf dieser Ebene setzen die Autoren sich mit A. Smith auseinander (S. 153). Die Arbeit gilt auch als ein wichtiger Verknüpfungspunkt zwischen der Natur und der Menschheit. Die Natur wird durch sie humanisiert (S. 123). Die Analyse der Autoren fokussiert also hauptsächlich auf den Begriff der Arbeit.

Als Ziel des Buches definieren die Autoren die Entwicklung der Basisdeterminanten einer Theorie der sozialen Koordination der Arbeit und der reproduktiven Rationalität, was auch schon der Titel des Buches andeutet. Das wird besonders im Kapitel vier behandelt. Es werden fünf Kriterien für eine soziale Koordination der Arbeitsteilung hergeleitet. Eines davon ist beispielsweise die Humanisierung der Arbeit.

Das erste Kapitel dient als Einführung in das Thema und beschäftigt sich hauptsächlich mit der Analyse des Marktes aus neoliberaler Sicht und bezeichnet die Idealisierung des Marktes als eine Tautologie.

Im nächsten Kapitel untersuchen die Autoren die Ursprünge der Vorliebe der Wirtschaftstheoretiker, mit Perfektionsmodellen und Gleichgewichten zu arbeiten. Die Antwort dafür suchen sie in den Entwicklungen der Philosophie. Die Autoren setzen sich hier besonders mit Max Weber auseinander. In diesem Zusammenhang

wird auch der aus der Mathematik stammende Begriff der »asymptotischen Annäherung« an die Realität gebraucht und kritisiert. Im weiteren präsentieren die Autoren die Kritik, die innerhalb des Systems selbst entstand. Dieses geschieht durch die Analyse der Theorien von Hayek und Oskar Morgenstern.

Im dritten Kapitel setzen die Autoren die Marktkritik fort. Speziell geht es um die Verschmelzung zwischen der Ökonomie und der Gesellschaft sowie die Webersche Theorie der rationalen Handlung.

Im vierten Kapitel, wie schon erwähnt, geht es um die Kriterien der Evaluation der sozialen Koordination der Arbeit.

Im fünften Kapitel wird die Arbeitsteilung im geschichtlichen Kontext und als Vorspann zum Kapitalismus behandelt. Zum Schluss wird auch die These von Polanyi über die Transformation des Lebens in die Arbeit diskutiert.

Das sechste Kapitel enthält die Kritik der ökonomischen Rationalität, die immer in jeder Art von Marktbeziehung präsent ist. Außerdem analysieren die Autoren die typisch neoklassischen Aspekte wie Effizienz und Externalitäten und suchen nach einer Alternative zum Markt.

Im siebten Kapitel sprechen die Autoren über die Notwendigkeit der Ethik des Allgemeinwohles. Dies wäre eine Ethik, die die Art des Lebens gewährleistet, bei der die Fortpflanzung und die Entwicklung aller Menschen sowie der Natur möglich wäre.

Die Sprache und die Argumentation der Autoren ist klar und übersichtlich. Es werden viele Zitate und Beispiele verwendet. Der Text enthält auch einige Schemata als Verständigungshilfen. Die klare Struktur des Buches ermöglicht ein angenehmes Lesen.

Obwohl die Autoren klar ihre Position zeigen, verfallen sie nicht in Schwarz-Weiß-Denken, sondern setzen sich mit ihren Kritikobjekten auseinander und versuchen, deren Ursprünge zu erforschen. Außerdem ist es sehr sympathisch, auch die neue Generation zum Mitdenken einzuladen und nicht gleich eine fertige Theorie zu liefern. Damit kann das Buch als gelungen bezeichnet werden.

VICTORIA KENDLER

Günter Manz:
Aufstieg und Fall des Landes DDR
 – Erinnerungen & Ansichten,
 trafo verlag Berlin 2002, 258 S.
 (17,80 €)

Als in das historische Geschehen eingebunden sind Politiker »am wenigsten in der Lage«, über die Zusammenhänge von Täter- oder Opferrollen »zu befinden«. Rollen, wie sie für das Verständnis des realsozialistischen Systems ebenso einer notwendigen Analyse bedürfen, wie die eigentlich für die Existenz der DDR grundlegenden wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Bedingungen. Wenngleich Günter Manz – wie obiges Zitat darstellt – eine Notwendigkeit mit einer Unfähigkeit zu verwechseln scheint, hat er unzweifelhaft Recht mit der Ansicht, dass die Unfähigkeit einer möglichst objektiven und realistischen Geschichtsanalyse unzweifelhafte Realität ist. Das sowohl aus politischen Gründen als auch aufgrund des tatsächlichen Kompetenzman- gels.

Der »Aufstieg und Fall des Landes DDR« ist ein interessanter Ausflug in ein bewegtes Leben; aber eben doch eher das Leben von Günter Manz. Anhand von persönlichen Erinnerungen handelt sich der Autor an wohl wichtigen Entwicklungsetappen der DDR-Geschichte entlang. Hierbei führen ihn seine Erinnerungen von der politischen Entwicklung im Jahre 1933 bis zur Einheit Deutschlands im Jahre 1990. Bemerkenswert ist sein Versuch, bei der Analyse nicht stehen zu bleiben. Gewonnenes Datenmaterial benutzt der Autor, um im letzten Kapitel seine Vision mit einer Theorie über die zukünftige Menschheitsentwicklung und seine Erwartungen darzulegen: »Ein neuer Versuch wird kommen, eine, wenn auch nicht vollkommene, so jedoch sozial gerechtere Welt aufzubauen.«

Günter Manz arbeitete ab 1950 im Ministerium für Planung (später SPK), in dem er ab 1953 als Abteilungsleiter für die Planung des Einzelhandels zuständig war. Als »Sicherheitsrisiko« wurde er 1956 aufgrund seiner »umfangreiche(n) Westberliner Verwandtschaft« von seiner Tätigkeit im Ministerium entbun- den und zum Verlag *Die Wirtschaft* versetzt.

Dort arbeitete er acht Jahre in der Redaktion »Wirtschaftswissenschaft«. Eindrücklich be- schreibt Manz, wie die Zeitschrift die »poli- tisch-ideologische Misere in Kultur und Wis- senschaft« mitmachen musste und dennoch ihre – wenn auch geringen – Möglichkeiten wahrnahm, »zwischen den Zeilen ... eine ... kritische Note zu behalten«. Seit den 70er Jah- ren war dies unter dem Druck der vorgeschrie- benen Selbst- und der überall präsenten Polit- bürozensur kaum noch möglich. Die dadurch stark beeinträchtigten Publikationsmöglichkei- ten führt Manz auf die »Wissenschaftsfeind- lichkeit der SED-Führungen und ihrer Partei- bürokraten« zurück.

Nach seiner Habilitation im Jahre 1963 ging er zum Ökonomischen Forschungsinstitut und zwei Jahre später an die Hochschule Berlin- Karlsruh, an der er 22 Jahre verbrachte. Sein Lehr- und Tätigkeitsfeld war die Lebensstan- dard-, Lebensweise- und Konsumtionsfor- schung. Später kamen noch sozial-kulturelle Bereiche und die betriebliche Sozialpolitik hinzu. Doch auch an der Hochschule wurde der Autor mit der »politische(n) Kleinkariert- heit« konfrontiert. Eine Kleinkariertheit, die von der systemimmanenten »politischen Kaste« – bestehend aus »SED-Bürokraten und Block- flöten, plus leitende(n) Angestellte(n) vor al- lem der bewaffneten und Sicherheitsorgane und des Rechtswesens« – produziert wurde. Diese Kaste macht Manz für die gezielte Ma- nipulation »Millionen gutgläubiger und ehrli- cher Sozialisten« verantwortlich.

Das vorliegende Buch ist ein locker erzähl- ter Erlebnisbericht, eingebettet in historische und biografische Tatsachen. Das wissen- schaftliche Vorgehen stellt die Analyse in den Vordergrund. Als habe der Autor hier aber selbst einige Schwächen bemerkt, kompensiert er etwaige Defizite gern durch den Ge- brauch von Klischees wie »Ossi-Wessi« und mitunter auch bis an die Zumutbarkeitsgrenze führenden Pauschalisierungen. Häufig stellt Manz fest (und bricht eine notwendige Ana- lyse mit dieser Erkenntnis dann ab), dass die Ursache für das destruktive Handeln der poli- tischen Kaste in der Primitivität bestimmter Personen lag. Diese Primitivität – gepaart mit einem »Subjektivismus, der jeden gutgemein- ten Vorschlag ignorierte« – war nach seiner Ansicht letztlich verantwortlich für das Zu-

grunderichten der Volkswirtschaft und den Abbau der bürgerlichen Rechte wie die Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Organisationsfreiheit, Freizügigkeit und das freie Wahlrecht in der DDR.

Das Buch spricht meines Erachtens vor allem Leser an, die keinen allzu tiefgründigen sachlich-analytischen Anspruch stellen. Für diese mag es dann auch ein lesenswerter Erfahrungsbericht sein. Erinnerungen sind ein wichtiger Bestandteil, die DDR-Geschichte wissenschaftlich fundiert aufzuarbeiten. Die in der vorliegenden Veröffentlichung niedergeschriebenen Erinnerungen von Günter Manz tragen gewiss ihren Teil dazu bei. Höhere Ansprüche wird der Autor auch nicht gestellt haben.

ANJA LAABS

Arne Heise:
Dreiste Elite – Zur Politischen
Ökonomie der Modernisierung,
VSA-Verlag Hamburg 2003,
160 S. (14,80 €)

Die von der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik (GdFF) unterstützte Arbeit des an gleichnamige Institution berufenen Professors für Finanzwissenschaften und Public Governance, Arne Heise, erscheint zu einem Zeitpunkt, da der »historische Kompromiss« des rheinischen Kapitalismus scheinbar mit dem Rücken zur Wand steht. Gegenstand der Publikation ist die Analyse des unter Rückgriff auf den Wahlkampflogan der sozialliberalen Brandt-Ära geprägten Begriffs vom »Modell Deutschland«, dem Institutionengeflecht, das in der Phase des expansiven Industriezeitalters für die erweiterte Teilhabe der Arbeitnehmer (und dies lässt sich auch geschlechtsspezifisch interpretieren) am wirtschaftlichen Fortschritt sorgte.

Heise analysiert den historischen Entstehungszusammenhang, die wettbewerbspolitische Performance und tatsächlichen Reformbedarfe des hiesigen Gefüges, das nach seiner empirischen Interpretation nach wie vor signifikante Unterschiede zu den von zunehmender

Ungleichheit in der Primär- und Sekundärverteilung (Einkommensverteilung vor und nach Steuern) geprägten angelsächsischen Modellen aufweist. Von methodischem Interesse ist der Rückgriff Heises auf politikwissenschaftliche Analyseinstrumente ökonomischer Zusammenhänge, die insbesondere im Vergleich Großbritannien – Deutschland nicht zuletzt aufgrund der bilateralen Forschungserfahrung des Autors einige erhellende Momente beinhalten. Dabei unterscheiden sich seine Ergebnisse wahrnehmbar vom Tenor der dominanten »mainstream economics«.

Die Ausformung des Modells Deutschland ging nach Heise keinesfalls auf die Penetranz eines mittelqualifizierten Medianwählers zurück, der sich ökonomisch vermeintlich notwendigen Deregulierungen verschließe und einen darauf gerichteten politischen Prozess durch sein wahltaktisches Gewicht verhindere, wie die Modellannahmen der »Neuen Politischen Ökonomie« suggerieren. Die Unterstellung eines solchen grundsätzlichen Demokratieversagens sei nicht nur gefährlich, so Heise, sie halte der theoretischen wie empirischen Überprüfung aufgrund einiger Inkonsistenzen im Modell auch nicht stand. Im Gegenteil seien die Angriffe auf den historischen Kompromiss immer wohl dosiert vonstatten gegangen, da sich einige den Interessenorganisationen der Arbeitgeber geläufige wirtschaftliche Effizienzen im deutschen Regelwerk verbergen, etwa hinsichtlich der Arbeitnehmerfluktuation und dem daran geknüpften Qualifikationsniveau, dem Betriebsfrieden und überdies auch hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Weitsicht der Tarifparteien. Die schrillen Zwischentöne mehrten sich zwar angesichts eines aus den internationalen Entwicklungen erklärbaren verteilungspolitischen Hungers der Status- bzw. so genannten Leistungseliten (nicht so rational und berechnend zu verstehen wie vielleicht interpretationsfähig), dienten bislang aber immer dem »Dehnen« niemals dem »Brechen« des erreichten Kompromisses. Von Interesse sind hierbei gerade jüngere Forschungsergebnisse aus dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika, die scheinbar ungetrübteren Blickes bestimmte Resistenzen bei der Reform des Wirtschaftsmodells unmittelbar den Arbeitgebern zuschrieben, ausgerechnet

im Rahmen der christlich-liberalen Koalition unter Bundeskanzler Helmut Kohl.

Die wettbewerbspolitische Performance des rheinischen Kapitalismus sei auch überwiegend gut, wie zahlreiche Indikatoren im internationalen Vergleich (hier insbesondere Großbritannien, Neuseeland, Niederlande, USA) eindrucksvoll belegen, wenn sich die Wachstumsentwicklung, der Stand der öffentlichen Investitionen und damit die Zukunftsvorsorge wie Bildungsinfrastruktur etc. und andere wichtige Indikatoren auch unbestreitbar problematisch entwickelten. Die interessenpolitisch motivierte Erzeugung eines Untergangsklimas sei jedoch unredlich, wie auch die durch dieselben Lobbys als Gemeinwohl verkauften wirtschaftspolitischen Fehler der Vergangenheit. Verantwortlich für die jüngeren Entwicklungen sei vor allem der Verzicht auf geld- und fiskalpolitische Instrumente, der gerade in den Mutterländern des modernen Monetarismus, im Widerspruch zum theoretischen Fundament, nicht geübt wurde. Wobei dies auch mit der notwendigen ökonomischen Stabilisierung des beschriebenen gesellschaftlichen Gefüges zu tun gehabt habe.

Ebenso facettenreich wie die Analyse wird dann ein Ausblick auf die tatsächlichen Herausforderungen zur Umgestaltung des bundesrepublikanischen Wirtschaftsmodells gewagt, der aber auf Grund der Beschränkung im Umfang und des Schwerpunktes der Publikation auf das anspruchsvolle Vorhaben des »polit-ökonomischen Sezierens« von Mythen nur Ansätze wie die Reform der sozialen Sicherungssysteme anreißen kann, und dadurch teilweise lohnenswerte Debatten (z. B. ein Pro und Contra des von Heise präferierten Beveridge-Modells einer steuerfinanzierten Sicherung und die Probleme der beschränkten Privatisierung der Renten- und Gesundheitsvorsorge bzw. den Potenzialen der Produktivitätsentwicklung für die Stabilität des gegenwärtigen Systems) unbeleuchtet beläßt. Der Einsatz der methodischen Instrumente und der Beleg für die Notwendigkeit einer Renaissance des geld- und fiskalpolitischen Managements machen das Buch unverzichtbar. Einige modelltheoretische Vorkenntnisse in den Wirtschaftswissenschaften sind sicherlich hilfreich, um in den vollen Genuss der Arbeit zu gelangen.

Für den Stellenwert der Debatte ist es natürlich unabdingbar zu akzeptieren, daß das etablierte »Modell Deutschland« auch Veränderungsbereitschaft erfordert, um seine Substanz zu erhalten. Das selektive Imitieren neoliberaler Experimente ohne Rücksicht auf die Konstruktionsebene eines Modells ist nach Heise aber weder gesund noch Erfolg versprechend. Dem Autor ist beizupflichten, wenn er zu bedenken gibt, dass dem historischen Kompromiss »eine gehörige Portion Stolz und Verteidigungsbereitschaft zu wünschen wäre.«

FABIO DE MASI

Erich Mühsam:
Unpolitische Erinnerungen.
 Mit einem Nachwort
 von Hubert van den Berg,
 Aufbau Taschenbuch Verlag
 Berlin 2003, 221 S. (8,50 €)

Peter A. Kropotkin:
Memoiren eines Revolutionärs,
 Band I und II
 Neue Übersetzung aus dem
 Englischen, hrsg. von Heiner
 Becker und Nicolas Walter,
 UNRAST-Verlag Münster 2002,
 549 S. (28 €)

Mühsams »Unpolitische Erinnerungen«, die er zwischen 1927 und 1929 als Fortsetzung für die Unterhaltungsbeilage der Vossischen Zeitung schrieb und die zu seinen Lebzeiten keinen Buchverleger fanden, sind endlich wieder lieferbar. Die letzte Ausgabe in einem großen Publikumsverlag liegt immerhin 25 Jahre zurück.

Während die Rolle der mißratenen Tochter Lübecks mit Franziska Gräfin von Reventlow und damit blaublütig besetzt war, wurde der mißratene Sohn von Erich Mühsam, dem Sproß eines Apothekers mosaischen Glaubens, gegeben. Selbst Heinrich Mann, für den jeder anständige Bürger der Hansestadt nur Abscheu zu äußern befugt war, wirkte gegen ihn geradezu gutbürgerlich.

Mühsam ist außerhalb anarchistischer und literarischer Kreise vor allem durch sein Ende als eines der frühen Opfer nationalsozialistischen Mordens bekannt geblieben. Da er trotz nicht endenwollender Qualen und Folter den Freitod verweigert hatte, war er in der Nacht zum 10. Juli 1934 im KZ Oranienburg, für das der – durch den Nationalsozialismus selbstverständlich völlig unbelastete – Kindl-Konzern 1933 der SA-Standarte 208 eine stillgelegte Brauerei kostenlos zur Verfügung gestellt hatte, ermordet und in die Toilette gehängt worden. Für die Organe im Vaterland der Werktätigen war das natürlich eine unverdiente Schlappe – die sie zu der Konsequenz führte, wenigstens die heimtückisch in ihre Arme geflüchtete Ehefrau Mühsams für den kommunistischen Anarchismus ihres Mannes zur Rechenschaft zu ziehen. Aber auch die 1936 und abermals 1938 verhaftete Zensl Mühsam verweigerte den Tod, obwohl ihr über Jahre hinweg auf der Polizeistation, die sie nach ihrer Entlassung aus dem GULag (1947) regelmäßig zu besuchen hatte, immer wieder versichert wurde, daß sie die Freiheit nicht mehr erleben werde. Während sie noch in der Verbannung litt, gelang es 1949 dem »Insel«-Lektor Fritz August Hünich, die »Unpolitischen Erinnerungen« ihres Mannes in Leipzig erstmals für ein größeres Publikum als Buch herauszugeben. Wesentliche Teile dessen politischen Schrifttums hingegen konnten in der DDR nie erscheinen.

Die Vossische Zeitung wollte 1927 ihrem bildungsbürgerlichen Publikum mit Mühsam einen der wildesten Bürgerschrecks des Kaiserreichs und der Münchner Räterepublik präsentieren, ohne daß der jedoch Gelegenheit erhalten sollte, seine politischen Ansichten zu verbreiten. Mühsam, dessen fünf Jahre Festungshaft erst kurze Zeit hinter ihm lagen und der als Anarchist eine ungewisse Zukunft vor sich wußte, ließ sich auf diese Arbeit nicht zuletzt ein, weil sie ihm zweimal im Monat 125 RM einbrachte. Sein Thema war der Literat und Bohemien Erich Mühsam.

Dieser Fügung verdanken wir, wenigstens von *einem* der interessanten politischen Köpfe der deutschen Linken mehr zu wissen als nur, wie dröge und gleichförmig Politik ist. Das Friedrichshagen-Kapitel allein schon entschädigt für all die politischen Biographien und Autobiographien, die seit der Wende nun auch den Osten in eine historisch-literarische Ödnis der

Selbstbespiegelung und Selbstbeweihräucherung zu verwandeln drohen.

Hubert van den Bergs Nachwort ist informativ und sachlich – außer dort, wo er versucht, der bessere Feminist zu sein und Mühsam, der sich beim Zerstören der christlichen Doppelmoral nun wahrlich nicht geschont hat, allen Ernstes vorwirft, nicht so politisch korrekt, wie offenbar Herr van den Berg sein Sexualleben zu gestalten pflegt, mit dem anderen Geschlecht umgegangen zu sein. (S. 205 f.) Aber man muß Nachworte ja nicht unbedingt lesen.

Gleiches gilt für Vorworte und Einleitungen. Die ungezeichnete Einleitung zu Kropotkins Memoiren glaubte ich überspringen zu dürfen, da ihr Beginn vor »vielleicht«, »sicherlich« und »wohl« nur so strotzt und den Verfasser als entsprechend kompetenten Vermutungsgelehrten ausweist. Doch was danach kommt, ist unwesentlich besser. Die als neue Übersetzung angekündigte Fassung liest sich streckenweise wie eine Rohfassung. Offensichtlich wurde nicht einmal Korrektur gelesen. Da wünscht man sich wehmütig Pannwitz' Übersetzung aus dem Jahre 1900 zurück, auch wenn sie zeittypisch etwas schwülstig geraten war.

In einem Punkt erhält man aus der Einleitung, die ich am Ende – durch den verkauderwelschten Kropotkin gestählt – doch noch las, Aufklärung: In den Anmerkungen vermißt man zwar elementare Erklärungen zu Kropotkin und über die Geschichte des Anarchismus. Statt dessen findet man aber die absonderlichsten Belege aus russischer Spezialliteratur des 19. Jahrhunderts, insbesondere auf dem Gebiet der Geographie, sowie seltsam gehässig anmutende Korrekturen von Kleinigkeiten, bei denen der ohne Unterlagen schreibende Emigrant Jahre und anderes verwechselte. Wie der Einleitung zu entnehmen ist, stammen diese Auslassungen aus der sowjetischen Ausgabe von 1966 – offenbar eins zu eins. Das hat der arme Kropotkin nun wirklich nicht verdient.

Am Ende griff ich zu Kropotkins »Französischer Revolution«, die einst Gustav Landauer – während der Räterepublik an der Seite Mühsams und Tollers und daselbst von der prä-nazistischen Konterrevolution gemeuchelt – liebevoll besorgt hatte, und erwarb bei www.zvab.de dankbar erneut den mir abhandengekommenen Pannwitz.

JÖRN SCHÜTRUMPF

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Bestellkupon

An
UTOPIE kreativ – Redaktion
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

- Ich abonniere UTOPIE kreativ
zunächst für ein Jahr zum nächstmöglichen
Termin zum Preis von 57 € incl. Versand
(Inland) bzw. 75 € (Ausland).
- Ich abonniere UTOPIE kreativ
im Förderabonnement zum Preis von
75 € incl. Versand.
- Ich bestelle das aktuelle Heft
zum Preis von 6 € bzw. 10 € (Doppelheft)
- Ich bestelle ein kostenloses Probeheft
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte
der Nummern 123 bis 146 zu je 2,50 €
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte
der Nummern 1 bis 122 (soweit vorrätig)
zum Preis von je 1 €

(bitte ankreuzen)

.....
Name, Vorname

.....
Straße

.....
PLZ, Ort

.....
Kontonummer

.....
BLZ / Geldinstitut

.....
Datum/Unterschrift:

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr,
wenn nicht spätestens 4 Wochen vor Ablauf des
Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird.
Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen
widerrufen. Es gilt das Datum des Poststempels.

Datum, 2. Unterschrift

JÖRG ROESLER Leftist Regional Parties in Western Europe – an Experience for the PDS?

Only sporadically do regional conflicts in Western Europe receive attention in the media. This occurs mostly in cases of violence, as is the case in the Basque region or in Corsica. But the number of regions demanding more rights from their respective »nation state« is much more numerous. »Nation state parties« mainly cater to the majority of the electorate in a given country. Therefore specific regional interests are mainly represented by regional parties – and these are mostly left-wing. But the dilemma of the PDS in Germany is that it tries to be both – an East German regional and a German nation-state party, to the left of the Social Democrats. The author argues that the combination of these – at times conflicting – objectives demands a more sophisticated structure than the PDS currently has.

GRETCHEN BINUS Trends of Monopolist Property

Monopolist property today dominates all structures of power in the society. Its development, as a special category of capitalist ownership of the means of production, contributes toward a reactionary solution of the contradictions between the social production, on the one hand, and the private appropriation, on the other. The author describes how the increasing socialization of capital, through joint-stock companies and capital, depresses the barriers for profitable investments and helps create an ongoing gigantic redistribution of material and mental resources to the benefit of the even further accumulation of the big capital. The small and medium enterprises, with all of their economic power, are closely linked to the monopolist property. Their growth or demise is directly dependant upon the big capital profit logic. Therefore, stopping the dominance of the monopoly capitalist forms is a primary challenge to all democratic forces.

IRENE GALLINGE A New Dimension of Insolvency

In the year 2002, the annual number of cases of insolvency in Germany was four times higher than in the beginning of the Nineties. Such an enduring series of bankruptcies is without precedent. It surpasses the traditional scheme of the cyclic growth and recession. Today's cases of insolvency no longer serve as a means of structural renovation. They no longer open the way to new growth. They become a brake on further economic development. They are obviously signs of profound changes in the conditions for growth in capitalism in general. The author discusses particularly the influence of these changes on the small and medium sized enterprises and comes to the conclusion that the government planned regulation does not effectively help these enterprises back onto the path of growth and stability.

UBIRATÁN DE SOUZA The Participatory Budget in the Federal State Rio Grande do Sul (Brasil)

The Participatory Budget was launched in 1989 in the Brazilian town of Porto Alegre. Ten years later, it had conquered the whole Federal State of Rio Grande do Sul – of which Porto Alegre is the capital. The author – who, as Secretary of State for Budget and Finances, had been directly involved – describes the structure and the process of Participatory Budget in Rio Grande do Sul in 1999: The more than 660 municipal public meetings, the regional meetings, the discussions of investment priorities, the final meetings of the State Council of Participatory Budget and the delivery of the Budget Planning to the Parliament. He also discusses the effects that the meetings have had on popular political thinking and behavior as well as on the general democratization of the society as a whole.

FRANCISCO DE OLIVEIRA

São Paulo: the Participatory Budget's »Litmus test«

While referring to the history of efforts to create new types of people's participation in governing and administrating municipalities – a history that began with the Commune de Paris, extending beyond the liberal traditions of North America at the beginning of the 20th century and stretching to the revolutionary councils in Turino, the banlieue rouges of Paris and the developments in Grenoble, Bologna and Modena in the Sixties – the author examines the basics of Participatory Budgeting of Porto Alegre, Belo Horizonte and Rio Grande do Sul. He goes on to describe the special conditions of the Participatory Budget of São Paulo, which – in contrast to Porto Alegre – is only beginning. São Paulo represents, the author maintains, with its 12 million inhabitants a »litmus test« for the general concept of Participatory Budget.

KLAUS-RAINER RUPP

Participatory Budget as a Left Alternative to »Citizens' Municipality«

The author compares the model of Participatory Budget of Porto Alegre to a model known as »Citizens' Municipality« that he knows from his hometown, Bremen. This Bremen model – he analyses – also calls for more transparency, for more public discussions. The decisive difference is that these appeals are not made with the objective of a broader popular participation, beginning already at the level of budget planning and extending throughout the subsequent decision making process, as is the case in Porto Alegre. In Bremen, the aim is to minimize public protest and to create an »understanding« for the budget cuts and privatization of public services, which is taking place in nearly all German towns and municipalities.

MARIO CANDEIAS

Left perspectives for the provision of public goods and the generalization of social rights

This article makes a résumé of the contributions to the first workshop of a European network on »privatization – public goods – regulation« in construction. It debates the neoliberal policy of commodifying any social relation, transnationally exercised, while trying to defend the vital public goods necessary for a life in dignity. At the same time, from a grassroots perspective, the contributions focus on the criticism and politicization of the concept of global public goods. The necessity becomes apparent for combining local anti-privatization movements with a critical reconstruction of a public sphere, alternative forms of social provision of public goods and transnational generalization of social rights.

HALINA BENDKOWSKI

Beyond EMMA. Or: How to Remember and to Promote the Feminist Discussion?

The author takes the publication of the book »Historisch-kritisches Wörterbuch des Feminismus« (Historically Critical Dictionary of Feminism) as an opportunity to discuss some results of the feminist movement in Germany during the past decade. Looking into some of the absurdities of the male dominated women's research, praising the UN-declaration of 1993 »Women's Rights are Human Rights« as an important change in the anti-violence-debates and criticizing the actual development of German feminism as a sort of »one woman show« of EMMA-publisher, Alice Schwarzer. She recommends that feminism find its way back to the real political struggle for gender democracy and against inequality in income and social status.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ULRICH BUSCH,
THOMAS GERLACH, ARNDT HOPFMANN,
ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,
JÖRN SCHÜTRUMPF, MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE,
DIETMAR WITTICH (V.i.S.d.P.)

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
Tel.: 030- 44 310-157/130/123, Fax-122

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 122:	je	1 €
Heft 123 bis 146	je	2,50 €